Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlin's: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte. — Cassel: Th. Dietrich & Co. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co., Jäger's Buchhandl. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nootbaar, Jacob Türkheim, Adolf Steiner. — Hannover: Carl Schüssler. — Mainz: D. Frenz. — Minden: C. Marowski. —

Morgen-Ausgabe.

Würzburg: Stahel's Buchhandlung. — Wien: A. Oppelick, Stubenbastei 2. — England, Frankreich, Holland und Belgien: G. L. Daube & Co. in Paris, 31bis Faubourg-Montmartre et 31 Passage Verdeau. — Für Frankreich: Havas, Laffite & Co., Place de la Bourse 8. — Polen und Russland: Rajchman & Frendler in Warschau, Senatorengasse 22.

Nr. 254. **Berlin, Freitag den 27. Juni 1879.** **18. Jahrgang.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf.**, für Berlin nehmen **sämmtliche Spediteure, Post-Expeditionen**, sowie die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32**, Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.** incl. Bringerlohn entgegen. **Preis** der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition an. **Preis** pro fünfspaltige Petitzeile **40 Pf.** Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin SW. Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung,** unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Die Redaktion und die Expedition **frankiren** alle ihre Sendungen, nehmen daher auch nur **frankirte** Briefe an.

Wochen-Abonnement.

Für die **Reise- und Bade-Saison** haben wir ein **Wochen-Abonnement** auf unsere Zeitung eingerichtet. Dasselbe beträgt für die Woche mit **zweimaliger täglicher** Kreuzbandsendung innerhalb des Deutschen Reiches und der österreichisch-ungarischen Monarchie **Mk. 1. 20,** für die übrigen Staaten **Mk. 1. 50.** Um die Abonnenten regelmäßig und pünktlich in den Besitz der Zeitung zu setzen, ist es erwünscht, daß beim Wechsel des Aufenthaltsortes die Expedition 1 bis 2 Tage vorher davon Kenntniß erhält.

Telegraphische Korrespondenz

(Wolffs Bureau.)

Posen, Donnerstag, 26. Juni. Die im Dezember v. J. polizeilich angeordnete Schließung des die Provinz Posen umfassenden polnischen Volksbildungsvereins ist heute vom hiesigen Appellationsgericht bestätigt worden.

Wien, Donnerstag 26. Juni, Abends. Meldung der „Polit. Korresp." aus **Bukarest:** Der Senat hat sich dafür ausgesprochen, daß die Initiative zur Vorbereitung des Gesetzentwurfs betreffs der Lösung der Judenfrage, von den Kammern ergriffen werden solle. Der Senat hat eine Kommission niedergesetzt, welche sich im Einvernehmen mit der Regierung dieser Arbeit unterziehen soll.

Haag, Donnerstag, 26. Juni, Nachmittags. Heute hat das feierliche Leichenbegängniß des verstorbenen Prinzen von Oranien stattgefunden, welchem der König und die Prinzen Alexander und Friedrich beiwohnten.

Paris, Donnerstag, 26. Juni, Nachmittags. Heute Mittag fand in der Kirche St. Augustin eine feierliche Messe für den verstorbenen Prinzen Louis Napoleon statt. Prinz Jérôme Napoleon, dessen Söhne, die Prinzessin **Mathilde, die Königin von Spanien,** der Erzbischof von Paris, das diplomatische **Korps,** die hervorragendsten Bonapartisten und eine zahllose Volksmenge wohnten der Feierlichkeit bei, welche ohne irgend welchen Zwischenfall verlief.

Madrid, Donnerstag 26. Juni. Die Regierung hat, da unweit Lissabon Fälle des gelben Fiebers vorgekommen sind, den aus Portugal kommenden Provenienzen gegenüber **eine** dreitägige Quarantaine angeordnet.

(Siehe auch Seite 3.)

Amtliche Nachrichten aus dem Reichs- und Staats-Anzeiger.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

den nachbenannten Offizieren folgende Auszeichnungen zu verleihen, und zwar:

das Großkreuz des Rothen Adlerordens mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe: Allerhöchstihrem General-Adjutanten, General-Lieutenant v. Schweinitz, Botschafter in St. Petersburg;

den Rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe: Allerhöchstihrem Flügeladjutanten, Obersten Grafen v. Alten, Kommandeur des Regiments der Gardes du Corps;

den königlichen Kronenorden erster Klasse: Allerhöchstihrem Generaladjutanten, Generallieutenant v. Albedyll, Chef des Militairkabinets und der Abtheilung für die persönlichen Angelegenheiten im Kriegsministerium; sowie

den Stern der Großkomthure des königlichen Hausordens von Hohenzollern mit Schwertern am Ringe: Allerhöchstihrem Generaladjutanten, Generallieutenant Prinzen Heinrich VII. Reuß, Botschafter in Wien.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

den Ober-Regierungsrath Rathjen in Kassel zum Geheimen Finanzrath und vortragenden Rath im Finanzministerium zu ernennen.

Der Kanzleidiätarius Krüger ist zum Geheimen Kanzleisekretair im Reichskanzler-Amt ernannt worden.

Die durch verschiedene Blätter laufende Notiz, daß die Regierung nunmehr auch mit dem Erwerbe des Rheinischen Eisenbahn-Unternehmens für den Staat vorgehe, entbehrt, wie wir erfahren, der Begründung. Ob die Regierung aber nicht wohl thun würde, die unter Zinsgarantie stehende Eifelbahn in Staatsverwaltung zu nehmen — wozu sie das Recht hat — und damit zugleich der weiteren Entwickelung des Eisenbahnwesens in der Eifel kräftigen Vorschub zu leisten, ist eine andere Frage.

Nach Mittheilungen hiesiger Börsenblätter werden oder sind aus Kreisen der Aktionaire der Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft für die am 30. d. M. bevorstehende Generalversammlung Anträge vorbereitet, welche darauf abzielen, für die Abtretung des Unternehmens an den Staat neben der von der Regierung offerirten festen Rente von sechs Prozent noch eine nicht unerhebliche Konvertirungsprämie, vielleicht sogar vorläufig in illimitirter Höhe, zu verlangen. Nach unseren Informationen dürften derartige Anträge auf Erfolg nicht zu rechnen haben.

Zur **egyptischen Frage** sind seit gestern Nachmittag folgende Nachrichten des W. T. B. zu verzeichen:

London, Donnerstag 26. Juni, Nachmittags. Wie dem „Reuter'schen Bureau" aus Kairo von heute gemeldet wird, hat der Khedive den Befehl des Sultans, zu Gunsten des Prinzen Tewfik Pascha die Regierung niederzulegen, bereits heute Morgen erhalten und ist bereit, diesem Befehl nachzukommen.

Kairo, Donnerstag 26. Juni, Nachmittags. Der Khedive Ismail hat die Regierung niedergelegt, die Proklamirung des Erbprinzen Mohamed Tewfik zum Khedive ist unmittelbar bevorstehend.

In den westlichen Kantonen der **Schweiz** zirkulirt, wie wir Züricher Blättern entnehmen, eine Petition an das eidgenössische Eisenbahndepartement, worin Holzhändler, Säger und Waldbesitzer verlangen, daß der Transport von einheimischem Holz auf schweizerischen Eisenbahnen gleich viel koste wie der von fremdem; gegenwärtig werde letzteres in Folge von Spezialtarifen um die Hälfte billiger transportirt.

Im weiteren Verlaufe der gestrigen Sitzung des **Reichstags** wurden noch die Positionen 37 (Thiere) und 39 (Vieh) erledigt. In ersterer Position wurde in Lit. a. auf Antrag des Abg. Dr. Delbrück ein wesentlich redaktionelles Amendement angenommen und die Worte „frische Fische" eingeschoben, dagegen andere Abänderungsanträge abgelehnt. Auch bei den Viehzöllen blieben die Zollsätze für sämmtliche Unterabtheilungen (a—k), mehrfachen Abänderungsanträgen entgegen, in der Höhe der Vorlage unverändert, nur erhielt Lit. d., Jungvieh, den Zusatz „im Alter bis zu 2½ Jahren". Nächste Sitzung heute Mittag 12 Uhr (Tarif).

Der „Reichs-Anzeiger" veröffentlicht nachstehende auf Grund des Sozialistengesetzes erlassene Bekanntmachung:

Die Polizeibehörde in Hamburg verbot den Küper Sängerbund daselbst.

Die Hoffnungen der Aktionaire der Hannover-Altenbekener Eisenbahn, daß ihre Aktien in Folge Ueberganges des Magdeburg-Halberstädter Eisenbahnunternehmens auf den Staat endlich einen reellen Werth (18 pCt. für die Stammaktien, 36 pCt. für die Stamm-Prioritätsaktien) erhalten würden, schwinden auf nicht absehbare Zeit dahin, je mehr sich die Aussichten auf das Zustandekommen des Vertrages zwischen dem Staate und den Vorständen der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn trüben. Die Altenbekener Aktionaire mögen sich für diesen Verlust bei Denen bedanken, welche durch übertriebene Forderungen das Geschäft zu Falle bringen. Die Regierung thut aber unserer Meinung nach recht, wenn sie sich nicht irre machen läßt und ruhig abwartet.

Die Finanzlage der Einzelstaaten.

Entsprechend den in der Tarifkommission laut gewordenen Wünschen haben die Regierungen der Mittelstaaten — von Baiern, Sachsen, Württemberg, Baden und Hessen — dem Reichstage die folgenden Darlegungen über die finanzielle Situation ihrer Staaten gemacht.

1. Baiern.

Die nach dem Finanzgesetze für die XIV. Finanzperiode vom 10. März 1878 (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 111) für jedes der beiden Jahre 1878 und 1879 festgesetzten Staatseinnahmen belaufen sich im Bruttobetrage auf 221,633,348 ℳ. Die hierauf entfallenden Erhebungs-, Verwaltungs- und Betriebsausgaben betragen nach dem allegirten Finanzgesetze 91,831,889 ℳ, es hätte sohin zur Deckung der eigentlichen Staatsausgaben verbleiben sollen ein Staatseinnahmen-Nettobetrag von 129,801,459 ℳ.

Allein schon im Jahre 1878 hat sich, wie in den Verhandlungen des bairischen Landtages (Kammer der Abgeordneten 1879 insbesondere Beilagen Band IV. S. 315) näher nachgewiesen und durch die Rechnungsresultate inzwischen bestätigt ist, gegen diesen Nettobetrag der Staatseinnahmen eine wirkliche Mindereinnahme von rund 12½ Millionen Mark ergeben. Da ferner nach gepflogenen Erhebungen Anzeichen für eine Besserung durchaus fehlen und Ueberschüsse der Vorjahre, wie sie zur Ausgleichung in die XIV. Finanzperiode übertragen werden konnten, nicht mehr vorhanden sind, so werden sich für jedes Jahr der XV. Finanzperiode, d. i. pro 1880 und 1881, bei folgenden Einnahmepositionen Minderungen im Nettobetrage ergeben, und zwar:

a) beim Etat der Uebertragungen von Ueberschüssen der Vorjahre	7,054,240 ℳ
b) beim Etat d. Tax- u. Stempelgefälle	3,000,000 „
c) beim Etat d. Malzaufschlagsgefälle	1,200,000 „
d) beim Etat der Forst-, Jagd- und Triftgefälle	4,900,000 „
e) beim Etat der Staatseisenbahnen	3,700,000 „
Sa.	19,854,240 „

Die voranschlägigen Staatsausgaben für ein Jahr der XIV. Finanzperiode betragen in Uebereinstimmung mit den voranschlägigen Netto-Staatseinnahmen . . . . 129,801,459 ℳ

An diesen voranschlägigen Staatsausgaben der XIV. Finanzperiode wird für jedes Jahr der XV. Finanzperiode eine bedeutende Mehrung bei dem Etat der Staatsschuld eintreten. Nach dem von der königlichen Staatsschuldentilgungskommission bereits vorgelegten Etatsvoranschlag für die XV. Finanzperiode beträgt für jedes Jahr dieser Finanzperiode

der Bedarfsvoranschlag der allgemeinen Schuld	7,846,683 ℳ
der Bedarfsvoranschlag der Eisenbahnschuld	37,486,650 „
der Bedarfsvoranschlag der Grundrentenschuld	856,215 „
Summa	46,189,548 ℳ

In der XIV. Finanzperiode betrug für jedes Jahr

der Bedarfsvoranschlag der allgemeinen Schuld	6,749,870 ℳ
der Bedarfsvoranschlag der Eisenbahnschuld	32,996,171 „
der Bedarfsvoranschlag der Grundrentenschuld	761,562 „
Summa	40,507,603 ℳ

Es beträgt sohin der Bedarf für die Staatsschuld für jedes Jahr der XV. Finanzperiode mehr um . . 5,681,945 ℳ.

Dieser Mehrbedarf rührt in der Hauptsache von der Vermehrung der allgemeinen Schuld und Eisenbahnschuld und dem entsprechenden Zuwachs von Zinsen her.

Nach vorstehender Darlegung wird sich an den Willigungen der XIV. Finanzperiode für die XV. Finanzperiode, und zwar:

a) bei den voranschlägigen Netto-Staatseinnahmen eine Minderung von	19,854,240 ℳ
b) bei den voranschlägigen Staatsausgaben eine Mehrung von	5,681,945 ℳ
sohin ein ungedeckter Betrag von	25,536,185 ℳ

für jedes der beiden Jahre 1880 und 1881 ergeben.

Es ist übrigens hervorzuheben, daß an den Etatssätzen der Jahre 1878 und 1879 irgend welche nennenswerthe Ersparungen für die Jahre 1880 und 1881 nicht in Aussicht stehen. Vielmehr wird außer dem bei dem Etat der Staatsschuld ersichtlich gemachten Mehrbedarf ein solcher auch bei dem Pensionsetat, und zwar aus Anlaß der Durchführung der Justizgesetze, sowie für Errichtung des Verwaltungs-Gerichtshofes hervortreten.

Diese und noch ähnliche andere Bedarfserhöhungen können zur Zeit ziffernmäßig nicht angegeben werden und sind in obiger Abgleichung nicht berücksichtigt.

2. Sachsen.

Im Königreich Sachsen bestehen zweijährige Finanzperioden und erstreckt sich die laufende Finanzperiode auf die Jahre 1878 und 1879. Bei der bestehenden Einrichtung des Staatsrechnungswesens sind die Ergebnisse der letzten Finanzperiode 1876/77 zwar noch nicht vollständig festgestellt, indessen dürften die vorläufig ermittelten Resultate wesentlichen Aenderungen nicht mehr unterliegen. Der Voranschlag der ordentlichen Einnahmen und Ausgaben für jedes Jahr der Finanzperiode 1876/77 bilancirte mit 60,162,428 ℳ. Die Istausgabe hat den Voranschlag nur um 10,911 ℳ, in beiden Jahren zusammen um 21,822 ℳ überstiegen. Dagegen ist bei den Einnahmen ein Ausfall von 13,203,752 ℳ in der Finanzperiode, oder von 6,601,876 ℳ gemeinjährig eingetreten, so daß unter Zurechnung der Ueberschreitung bei den Ausgaben ein Fehlbetrag von 13,225,574 ℳ in der Finanzperiode 1876/77 sich ergiebt. Dieses ungünstige Ergebniß ist in der Hauptsache durch die Mindereinnahmen bei den 4 Haupteinnahmeposten, den Staatsforsten, den fiskalischen Kohlen- und Hüttenwerken und den Staatseisenbahnen, herbeigeführt worden, indem 1. die Staatsforsten statt eines Sollreinertrages von 16,000,000 ℳ nur 12,208,583 ℳ, 2. die Kohlenwerke statt 1,386,000 ℳ nur 924,870 ℳ, 3. die Hüttenwerke statt 1,791,722 ℳ nur 1,101,274 Mark, 4. die Eisenbahnen statt 50,777,586 ℳ nur 42,466,884 ℳ, die vier vorstehend benannten Einnahmezweige daher 13,253,697 ℳ weniger Ueberschuß abgeliefert haben, als veranschlagt war. Die Ergebnisse des ersten Jahres der laufenden Finanzperiode, des Jahres 1878 sind noch nicht genau zu übersehen, da die Ausgaben bisher nur unvollständig bekannt sind, indessen ist aus dem Stande der Bruttoeinnahme zu erkennen, daß die Verhältnisse sich gegen die vorhergehende Finanzperiode kaum gebessert haben. Die ordentlichen Ausgaben sind um 4,144,692 ℳ jährlich höher veranschlagt, als in der vorhergehenden Finanzperiode. Dagegen haben die Staatsforsten, obwohl deren Ertrag um 1,262,000 ℳ jährlich niedriger etatisirt war, als in der Finanzperiode 1876/77, nur 6,287,329 ℳ, also abermals einen Ausfall von rund 450,000 ℳ ergeben; die Steinkohlenwerke, mit 460,200 ℳ etatisirt, haben nur 285,200 ℳ, also 175,000 ℳ weniger; die Eisenbahnen statt der veranschlagten 26,508,500 ℳ nur 21,875,000 ℳ, also 4,633,500 ℳ weniger abgeliefert, so daß sich bei diesen drei Posten allein ein Ausfall am Etatssoll von pptr. 5,200,000 ℳ herausstellt. Hiernächst zeigen aber auch die Steuern und Abgaben eine Mindereinnahme von 562,000 ℳ Davon 480,000 ℳ allein bei der Einkommensteuer, so daß das Jahresdefizit nach Abzug einiger Mehreinnahmen auf pptr. 5,000,000 ℳ sich belaufen wird. In dem laufenden Jahre scheinen sich zwar die Einnahmen bei einigen Zweigen der Staatswirthschaft wieder etwas heben zu wollen, indessen sind bei den wichtigsten derselben, den Staatseisenbahnen, die Bruttoeinnahmen im ersten Quartal des Jahres 1879 noch um weitere 605,000 ℳ gegen das Vorjahr herabgegangen. Berücksichtigt man, daß das Anlagekapital der Staatseisenbahnen seit dem Jahre 1876 bis Ende 1878 sich um circa 80 Millionen Mark erhöht, die Bruttoeinnahmen dagegen ungeachtet eines Zuwachses von 330 Kilometer Eisenbahnen von 62 auf 58 Millionen Mark gesunken und der Reinertrag von 14,370 ℳ auf 11,195 ℳ per Kilometer herabgegangen ist, daß ferner ein großer Theil der in neuerer Zeit erbauten Gebirgsbahnen nicht einmal die Betriebskosten deckt, so ist wenig Aussicht, daß sich die Verhältnisse in dieser Beziehung bessern. Vielmehr werden die Einnahmen der sächsischen Bahnen einen weiteren Rückgang von Millionen erfahren, sofern einheitliche Normalfrachtsätze für ganz Deutschland in das Leben treten. Unter solchen Umständen ist eine niedrige Veranschlagung der Einnahmen für die Periode 1880/81 um circa 4 Millionen Mark nicht zu umgehen und es wird, da auch bei der größten Einschränkung eine Steigerung der Ausgaben um ca. 1½ Millionen Mark in Aussicht steht, selbst wenn die Matrikularbeiträge — welche für das Jahr 1879 4,698,645 ℳ betragen — durch Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches vollständig aufgehoben werden, die Bilanzirung des ordentlichen Budgets für die Finanzperiode 1880/81 mit großen Schwierigkeiten verknüpft und eine Ermäßigung der Zuschläge zur Einkommensteuer, welche gegenwärtig 50 pCt. des Solleinkommens oder 6,177,000 ℳ jährlich betragen, nicht thunlich sein. Hierbei ist aber nicht zu übersehen, daß zur Bestreitung von außerordentlichen Ausgaben, zu welchen bisher die Ueberschüsse früherer Finanzperioden verwendet wurden, solche Ueberschüsse nicht mehr zu Gebote stehen, dieselben daher entweder ganz unterlassen oder mit Hülfe von Kreditmaßregeln bewirkt werden müssen.

3. Württemberg.

Der württembergische Staatshaushalt hat seit seiner Neuordnung nach Abschluß der Verfassung und Begründung der Etatswirthschaft von 1819 bis 1871 mit Ausnahme der Zeit von 1847/1852, in welcher in Folge des allgemeinen Nothstandes und der politischen Ereignisse eine Ausnahme eintrat, der Regel nach ein Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben nachgewiesen, und es konnte sogar aus den gegenüber den budgetmäßigen Sätzen rechnungsmäßig erzielten Mehreinnahmen und Ersparnissen ein Fonds zur Bestreitung außerordentlicher Staatsausgaben beziehungsweise zur Deckung des Defizits beim ordentlichen Dienst in einzelnen Etatsperioden gebildet werden, die sogenannte Restverwaltung.

Der Eintritt in das Deutsche Reich bewirkte zunächst insofern eine erhebliche Aenderung im württembergischen Budget, als seit 1872 einerseits die Bestreitung des Militairaufwandes mit Einschluß der Militairpensionen, andererseits der Ertrag der Zölle und Zollvereinssteuern an das Reich überging, und außerdem fortlaufend noch namhafte Leistungen an das Reich in der Form der Matrikularbeiträge zu machen waren.

Im Durchschnitt der vier Etatsjahre vom 1. Juli 1867/71 hatten die jährlichen Ausgaben der württembergischen Staatskasse für das Departement des Kriegswesens 7,7 Millionen Mark, und für Militairpensionen 0,5 Millionen Mark in runden Summen betragen, wogegen der Ertrag der Zölle und Zollvereinssteuern für die württembergische Staatskasse in derselben Zeit auf etwas mehr als 6 Millionen Mark sich belaufen hat, und von der württembergischen Staatskasse an Matrikularbeiträgen für das Deutsche Reich im Durchschnitt der Jahre 1875/78 jährlich 6 Millionen Mark zu entrichten waren.

Neben diesem Mehraufwand ergab sich aber auch sonst in den letzten Jahren die Nothwendigkeit einer erheblichen Steigerung des Aufwands fast auf allen Gebieten der württembergischen Staatsverwaltung. (Wird tabellarisch im Einzelnen aufgeführt. Der Staatsbedarf im Ganzen betrug 1875/76: 44,309,223 ℳ, 1876/77 46,494,593 ℳ, 1877/78 48,654,183 ℳ, 1879/80 52,754,478 ℳ, 1880/81 53,674,493 ℳ.)

Feuilleton der Norddeutschen Allgem. Zeitung.

96 Berlin, den 27. Juni 1879.

Das goldene Kalb.*)

Roman in sechs Büchern

von

Dr. Rud. von Gottschall.

Fünftes Buch.

10. Kapitel.

Der Ball der Schlachtopfer.

(Fortsetzung.)

Die Frau Regierungsrath winkte bereits holdselig zustimmend, als ein junger Rittergutsbesitzer hinzutrat, der ein sehr umfängliches Gut und eine sehr umfängliche Frau besaß, die aus diesem Grunde schon längst auf den Aussterbeetat der Ballvergnügungen gesetzt worden war, und mit den Ballmüttern zusehen mußte. Der tanzlustige Gatte ließ sich dadurch in seinen Touren und Extratouren nicht irre machen; jetzt bestand er auf seinem Recht, Frau Marder durch den Saal zu führen, da er sie für den nächsten Tanz, eine Polka, engagirt habe. Der Husar bestritt dies Recht; es begann erst mit diesem Tanz selbst, frühestens mit der Tanzpause, und er wurde darin von seinem Freunde, dem Ulanenlieutenant, unterstützt; er bemächtigte sich daher ohne Weiteres des Armes der Frau Marder, indem er von der Ansicht ausging, daß auf Grundlage einer geschehenen Annexion die diplomatischen Verhandlungen einen günstigeren Verlauf nehmen würden; er hatte der jüngsten Politik das Geheimniß abgelauscht, ein fait accompli zu schaffen.

Doch der Rittergutsbesitzer vertrat ihm den Weg; er war schon auf dem Kreistag als ein sehr redelustiger Mann bekannt, der mit Zähigkeit an seinen Meinungen festhielt; ein sophistischer Assessor, der sich durch die gewagtesten Auslegungen der Rechtsparagraphen auszeichnete, nahm seine Partei; es kam zu einem lebhaften Wortwechsel und der Streit, nicht um die Hand, sondern um den Arm der Frau Marder, drohte bedenkliche Folgen nach sich zu ziehen, da trat zwischen die Streitenden ein junger Mann, der durchaus nicht in der Absicht gekommen war, Frieden zu stiften. Er sah sehr echauffirt aus; sein Halstuch war schief umgeschlungen, seine Haare verwirrt. Auch erschien er nicht in Balltoilette; er hatte zwar einen Frack angezogen, der sein Mißvergnügen über die ungewohnte Aufgabe, einen so hochgewachsenen Jüngling zu bekleiden, nicht verleugnen konnte, und wie erschreckt über dieselbe nach allen Seiten zurückfuhr, einen Frack, der offenbar dem Inventar eines Hotelkellners von mittlerer Größe angehörte; im Uebrigen waren seine hellen Beinkleider und seine Stulpstiefel durchaus nicht ballmäßig.

„Aber, Sidonie, das ist zu arg."

„Amadeus", seufzte Frau Marder im Gefühl lebhafter Beschämung.

„Du läßt mich hier im Hotel sitzen und amüsirst Dich allein auf einem Feste."

Der Husar und der Rittergutsbesitzer waren gleichmäßig zurückgetreten von der jungen Frau, auf welche ältere, und wie es schien berechtigtere Ansprüche geltend gemacht wurden.

„Du kannst mir dies Vergnügen nicht mißgönnen, lieber Bruder", versetzte Frau Marder mit rascher Geistesgegenwart, „wenn Du auch leidend bist und zu Hause bleiben mußt."

„Bruder, leidend?" rief Amadeus aus; er glich in diesem Augenblick einem vor einem Schlagbaum scheuenden Pferd.

„Doch, Dein Fieber scheint in der That zugenommen zu haben."

„Fieber!" sagte jetzt der junge Oekonom, indem er sich die wirren Haare von der Stirn strich, „ich bin gesund wie ein Fisch im Wasser!"

Frau Marder fürchtete weitere Enthüllungen, es blieb ihr nichts übrig, als den Rückzug anzutreten.

„Ich bitte, Herr Lieutenant, entschuldigen Sie mich bei diesen Herren, denen ich Tänze zugesagt habe, und die auf meiner Tanzkarte stehen; es sind ja alles Ihre Freunde. Ich übergebe Ihnen die Karte, sie ist voll bis zum Rand; das Befinden meines Bruders nöthigt mich, auf diese Freude zu verzichten und ihn nach Hause zu begleiten, um ihn zu pflegen."

Und mit zierlichem Knix empfahl sich die gnädige Frau, indem sie Branders Arm ergriff und ihn in denselben heftig kniff.

„Abscheulich — Du wirst mir Rede stehen", flüsterte sie ihm dabei in's Ohr.

„Doch, Du kannst nicht verlangen, daß ich immer allein in meinem Gefängniß sitze. Du läßt Dir hier von Offizieren den Hof machen — ich hab' es gesehen — und ich langweile mich inzwischen und zähle die Blümchen an der Tapete."

Wieder kniff ihn Frau Marder in den Arm; diese Grausamkeit that ihr wohl; sie konnte wenigstens so ihrem grenzenlosen Aerger Luft machen.

„Sprich nicht so laut, man hört uns noch. Auf alle diese Tänze muß ich verzichten, auf den Kotillon sogar."

„Du hast mir kein Wort davon gesagt, daß Du auf den Ball gingst; Du hast mich betrogen. Ich erfuhr's erst vom Kellner, von dem ich mir den Frack borgte, und von der Nanny —"

Die Erwähnung der schönen Nanny goß Oel ins Feuer; der Arm des jungen Mannes mußte schon bedenkliche blaue Flecke zeigen.

„So — — und mit Nanny unterhältst Du Dich? So tanze doch mit ihr im Korridor herum, tanze doch — — aber störe meine Vergnügungen nicht. Und überdies, Du bist ein Gefangener, Du gabst Dein Wort, Du hast es jetzt schmählich gebrochen."

„Ach was, auch die Gefangenen dürfen spazieren gehen, mit der Schildwache. Na, die kannst Du ja spielen."

In diesem Augenblicke legte sich eine Hand auf die Schulter des jungen Brander, geisterhaft und doch schwer, sehr schwer. Er kannte diese Hand, ohne sich umzudrehen, und ihn überlief ein unangenehmes Frösteln.

„Junger Mann", sagte Baron Edwin mit gedämpfter Stimme, „Sie fügen zu Ihren anderen leichtsinnigen Streichen noch die Wortbrüchigkeit hinzu. Danken Sie's Gott, daß wir morgen fortreisen: ich hätte Sie sonst morgen hier von der Polizei verhaften lassen, da Sie das Versprechen freiwilliger Haft nicht gehalten haben. Morgen mit dem ersten Zuge — — seien Sie bereit, sonst weckt Sie der Unteroffizier der nächsten Stadtwache. Madame wird dafür sorgen, daß Sie nicht zu spät und zu lange schlummern."

Und mit einer leichten etwas spöttischen Verneigung gegen Frau Marder empfahl sich der Baron.

„Ich komme mir vor", sagte diese ärgerlich, „wie an die Galeere geschmiedet, wenn ich mit Dir umherziehe."

„Da hast Du's, Sidonie", versetzte Brander, indem er mit den langen Armen zornig aus den kurzen Aermeln herausfuhr, „wir müssen uns trennen, und noch den Abend vor unserer Trennung spielst Du mir diesen Streich. Weiter noch eins! Lieber wollte ich einem drehkranken Schafe nachrennen, das sich verlaufen hat, als einem vergnügungslustigen Weibe, dem nur wohl ist, wenn der enge Ballschuh ihre feinen fünf Zehen zusammendrückt."

Sidonie war auch nicht in bester Stimmung, und wer das Liebesgeflüster des Paares bei der Heimfahrt nach dem Hotel belauscht hätte, würde gewiß nicht geglaubt haben, daß er hier die Opfer einer leidenschaftlichen Verblendung vor sich sehe.

Durch den Tanzsaal schritt indeß Sintenis mit düsteren Mienen; mit den scharfen Blicken eines Raubvogels, der bereit ist, auf seine Beute herniederzuschießen, musterte er die jungen Schönen, die er wie Homunculus ein für allemal im Plural liebte; Lebensmüdigkeit und wilde Genußsucht beherrschten ihn gleichzeitig.

An eine Säule gelehnt stand Anna v. Schmehlen, mit ihrer Tante und ihren Cousinen von der Philharmonie eingeladen.

„Er ist zurück", flüsterte ihr Sintenis zu.

„So sorgen Sie dafür, daß er bald um Alma's Hand anhält. Die Mutter weist ihn nicht zurück, und wenn die Tochter sich weigert, nun, sie wird böse Tage haben."

„Da giebt's doch noch Hindernisse", sagte Sintenis mit zweideutigem Lächeln; er wußte, daß er hier falsches Spiel spielte.

„Ueberwinden Sie dieselben, lieber Freund."

„Wir werden sehen", versetzte der Hauslehrer.

Anna sah ihn mit Blicken voll glühender Leidenschaft an: ihre Liebe zu Rudolf hatte sich in Haß verwandelt; sie spielte va banque mit dem Leben und sah in Sintenis den verwegensten Spielgenossen. Dem heitersten aller Sterblichen, der sie so gleichgültig zurückgewiesen, zum Trotz und Hohn wandte sich ihr Herz dem düstersten Pessimisten zu. Sintenis übte einen magnetischen Zauber aus; die wilden Vögel, an irren Flug gewöhnt, bannte er in seine Kreise.

„Da kommt mein Tänzer", sagte Anna mit bösem Lächeln, „eine empörende Null, wie alle die Andern! Ich wünschte, der Teufel setzte sich als Eins davor und führe mit dem ganzen Schwamm zur Hölle."

Mit verbindlichem Lächeln verneigte sie sich dann vor dem jungen, schlanken Herrn, der mit ihr in die Reihen der Tänzer trat.

Sintenis stieg die Treppe empor in das Boudoir Louisens.

Warpinger hatte eben einen Regen von Markscheinen auf den Tisch ausgeschüttet: er hatte am Büffet Kandidaten geworben, die gerade ihr Portemonnaie zur Hand hatten und sogleich ihr Eintrittsgeld bezahlten. In lebenslustiger Stimmung trennt man sich am leichtesten von dem Mammon. Louise war damit beschäftigt, die Namen der Neueingetretenen in ihr Notizbuch einzutragen.

Warpinger verließ den kleinen Salon, indem er einen mißtrauischen Blick auf Sintenis warf: es entging ihm nicht, daß seine Geschäftsgenossin seit der Anwesenheit des alten Freundes sehr zerstreut, aufgeregt, ja oft in verzweifelter Stimmung war.

(Fortsetzung folgt.)

---

*) Nachdruck ist verboten.

Während so im Laufe von nur 5 Jahren der ordentliche Staatsaufwand sich im Ganzen um mehr als 9 Millionen Mark gesteigert hat, hält hiermit die Vermehrung der ordentlichen Einnahmen nicht gleichen Schritt, obwohl seit 1877/78 eine Steigerung der direkten Steuer von Grund und Boden, Gebäuden und Gewerben von 6¾ Millionen Mark auf rund 8¾ Millionen Mark stattfinden mußte. Dabei ist nach den Erfahrungen der letzten Jahre zu besorgen, daß die für 1879/80 und 1880/81 berechneten Einnahmen in Wirklichkeit nicht anfallen werden, da unter den ungünstigen Zeitverhältnissen die Erträge aus den Staatsforsten, der Staatseisenbahnen, der Hüttenwerke des Staates und auch bei den Verbrauchssteuern im bedauerlichen Rückgang begriffen sind, welchem eine Abnahme der Staatsausgaben ausgleichend nicht gegenübersteht.

Für die beiden Etatsjahre 1879/81 ist die Unzulänglichkeit der ordentlichen Einnahmen etatsmäßig auf zusammen 15,603,681 M 8 ₰ berechnet, zu deren Deckung neben einem Beitrag aus der Restverwaltung ein Staatsanlehen von nahezu 7,000,000 M vorgesehen werden mußte, ein außerordentliches Mittel, das bei einem geordneten Staatshaushalte erheblichen Bedenken unterliegt.

Der Ueberzeugung, daß eine Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reichs auf dem demselben bereits zugewiesenen Gebiet der Zölle und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern für eine geordnete Fortentwicklung des württembergischen Staatshaushalts ein unabweisbares Bedürfniß ist, konnte sich die königlich württembergische Staatsregierung schon seit einer Reihe von Jahren um so weniger entziehen, als die von Jahr zu Jahr sich mehr fühlbar machenden finanziellen Schwierigkeiten in Württemberg nicht nur weitergehender Natur sind und denselben auf die Dauer weder durch Einschränkungen im Ausgabebudget, noch durch eine wesentliche Steigerung der Landeseinnahmen allein begegnet werden kann.

Die unter den günstigen Zeitverhältnissen namentlich durch den höheren Ertrag der Staatsforste und durch Zuweisung der verfügbaren Kriegsentschädigungsgelder angesammelte Restverwaltung wird in Folge des zur Deckung des Defizits für 1879/81 zu leistenden Zuschusses erschöpft und von 1881 ab wird, wenn nicht die an das Reich zu leistenden Matrikularbeiträge in Wegfall kommen, eine Unzulänglichkeit von mindestens 8 Millionen Mark für 1 Jahr sich ergeben, deren Deckung durch Erhöhung der direkten Staatssteuern erfolgen müßte, was auf die größten Schwierigkeiten stoßen würde, da diese jetzt schon eine drückende Höhe um so mehr erreicht haben, als aus dieser Steuerquelle auch die Bedürfnisse der Gemeinden und Amtskorporationen zu decken sind, die ebenfalls in stetem Wachsen begriffen sind, während andererseits bei dem auf der Landwirthschaft und der Industrie lastenden Druck keine Zunahme, sondern eine Abnahme der Steuerfähigkeit zu Tage tritt. Wenn daher eine Verminderung oder der gänzliche Entfall der Matrikularbeiträge einträte, so würde in Württemberg keine Verminderung der bereits zu bestehenden Steuern zu erwarten sein, sondern nur eine Erhöhung derselben abgewendet.

4. Baden.

Das Gesetz vom 9. Februar 1878, die Feststellung des Staatshaushaltes für die Jahre 1878 und 1879 betreffend (Gesetzes- und Verordnungsblatt für das Großherzogthum Baden von 1878 Nr. V. Seite 17), beziffert die Summe der in dieser Periode für den Haushaltsetat der allgemeinen Staatsverwaltung erforderlichen ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben auf . . . 75,078,034 M
die Summe der ordentlichen und außerordentlichen Einnahmen auf 68,762,491 "
und es ergibt sich demnach für die erwähnte Periode eine Unzulänglichkeit von . . . . 6,315,543 "
deren Deckung theils durch die aus dem umlaufenden Betriebsfonds zu entnehmenden Ueberschüsse früherer Jahre, theils durch einen außerordentlichen Zuschuß aus der Amortisationskasse, also durch Schuldenaufnahme, in Aussicht genommen ist.

Der Voranschlag für die Budgetperiode 1880 bis 1881 ist noch nicht fertig gestellt. Indessen wird bei der Annahme, daß die wirthschaftlichen Verhältnisse sich nicht noch ungünstiger gestalten, für die kommende Periode die gleiche Unzulänglichkeit wie für die laufende, d. h. für das Jahr 1880 ein Ausfall von rund 3,200,000 M zu erwarten sein. Zur Deckung dieses Ausfalles stehen aber Ueberschüsse aus früheren Jahren nicht mehr zur Verfügung, und müßte daher solche entweder durch Schuldenaufnahme oder durch Erhöhung der Steuern bewirkt werden.

Für den von dem allgemeinen Staatshaushalt ausgeschiedenen Haushalt der Eisenbahnverwaltung berechnet sich die Unzulänglichkeit gegenüber den Betriebsausgaben und dem Aufwand für Verwaltung, Passivzinsen und planmäßige Amortisation im Jahre 1878 auf 4,808,189 M.

Für das Jahr 1880 wird nach einer vorläufigen Berechnung durch das Anwachsen obigen Aufwandes, namentlich auch in Folge des Hinzutretens der Verzinsung neuer Anlehen, bei sehr günstiger Veranschlagung der Einnahmen die Unzulänglichkeit sich auf den Betrag von 5,700,000 M erhöhen.

Demnach berechnet sich die Unzulänglichkeit des gesammten Staatshaushaltes für das Jahr 1880 auf 8,900,000 M.

5. Hessen.

Nach dem letzten mit den Ständen vereinbarten Staatsbudget des Großherzogthums Hessen erscheinen zwar die Staatsausgaben im Gleichgewicht mit den Staatseinnahmen. Dieses Gleichgewicht hat indessen nur dadurch hergestellt werden können, daß, wie dies auch schon früher der Fall war, zur Bestreitung der Ausgaben außerordentliche Einnahmen verwendet werden. Auf solche außerordentliche Einnahmen kann in Zukunft nicht gerechnet werden, und der Betrag, um welchen demnächst für Erhöhung der ordentlichen Einnahmen zu sorgen sein würde, ist im Verhältniß zu dem Jahresbudget von rund 17,000,000 M ein erheblicher.

Aber nicht allein dieser Einnahme-Ausfall ist in Betracht zu ziehen, sondern auch die zu erwartende Vermehrung der Staatsausgaben, wobei es sich nicht nur um die im gewöhnlichen Laufe der Dinge hervortretende Steigerung der Bedürfnisse in verschiedenen Zweigen der Staatsverwaltung, sondern auch darum handelt, Anforderungen gerecht zu werden, deren Erfüllung, weil sie bisher zurückgestellt werden mußte, nun um so dringlicher geworden ist. Dazu kommt ferner, daß die Lösung neuer staatlicher Aufgaben größeren Umfangs, wie die Durchführung der Gerichtsorganisation, nicht umgangen werden kann.

Unter solchen Umständen und da an direkten Staatssteuern (Grundsteuer, Gewerbesteuer, allgemeine Einkommensteuer) schon jetzt fast 9 M auf den Kopf der Bevölkerung fallen, erscheint für die Finanzen des Großherzogthums eine wesentliche Erleichterung und zum Mindesten der Wegfall des Matrikularbeitrags — welcher sich übrigens für das laufende Jahr um nahezu 100,000 M höher, als im Budget veranschlagt, beziffert — nicht nur in hohem Grade wünschenswerth, sondern als ein wirkliches Bedürfniß.

Vom Reichstage.

* Die „Germania" meldet d. d. Posen, 25. Juni:

„Die polnischen Abgeordneten haben sich in zwei kürzlich abgehaltenen Plenarsitzungen über ihre Abstimmung dem neuen Zolltarif gegenüber schlüssig gemacht. Sie werden bei der zweiten Lesung für sämmtliche Finanzzölle, mit Ausnahme des Petroleums, und für sämmtliche Schutzzölle, mit Ausnahme des Zolles auf Kohlen, stimmen und jedenfalls auch dem Antrage auf Erhöhung des Getreidezolles beitreten. Wie die Schlußabstimmung ausfallen wird, darüber ist noch kein Beschluß gefaßt."

Nach dem „Kur. Pozn." hätten jene Fraktionssitzungen am 23. und 24. d. M. stattgefunden, und wären sämmtliche Mitglieder, mit Ausnahme des erkrankten Fürsten Czartoryski, anwesend gewesen.

Deutschland.

Hof- und Personal-Nachrichten.

Se. Majestät der Kaiser hat, wie aus Ems gemeldet wird, am Mittwoch Abend der Vorstellung im Theater beigewohnt. Den Brunnen trank Allerhöchstderselbe gestern wieder im Zimmer und nahm darauf ein Bad.

— Der Wirkl. Geh. Rath und Präsident des Reichsbank-Direktoriums v. Dechend ist nach Süddeutschland und der Schweiz abgereist.

Reichs- und Staats-Angelegenheiten.

[Militairisches.] Unter zahlreicher Betheiligung von Offizieren hiesiger Garderegimenter erfolgte am Mittwoch Nachmittag, von dem Leichenhause des neuen Garnison-Kirchhofes hinter der Hasenhaide aus, das Leichenbegängniß des im Teupitzsee verunglückten Hauptmanns Kurts vom Kaiser Alexander Garde-Grenadierregiment. Der Garnison- und Hofprediger Frommel hielt die Trauerrede. Nach Einsegnung der Leiche wurde der Sarg von 10 Unteroffizieren des Regiments, unter Vortritt der Regimentsmusik und unter dem präsentirten Gewehr der zweiten Kompagnie des Kaiser Alexander-Regiments, zum offenen Grabe getragen. Unter den Leidtragenden bemerkte man, wie die „Nat.-Ztg." berichtet, außer der Wittwe und den Kindern den kommandirenden General Se. königl. Hoheit den Prinzen August von Württemberg, den Divisionskommandeur Generallieutenant v. Pape, fast sämmtliche Offiziere des Regiments und Offiziere von sämmtlichen Garderegimentern.

— Zur Feier des Leibnizischen Jahrestages wird die königliche Akademie der Wissenschaften am Donnerstag, den 3. Juli, Nachmittags um 5 Uhr, eine öffentliche Sitzung veranstalten, zu welcher der Zutritt, auch ohne besondere Einladung durch Karten, freisteht.

Regensburg, 24. Juni. Aus Veranlassung der Vermählung des Prinzen Friedrich von Hohenzollern hat dessen Vater, Se. königl. Hoheit der Fürst Anton von Hohenzollern, das Ehrenkreuz I. Klasse an Se. Durchlaucht den Fürsten Max von Thurn und Taxis, den Bruder der Neuvermählten seines Sohnes, sowie an den Grafen Boos v. Waldeck, Chef der fürstlichen Verwaltung, und an den Hrn. Bischof Senestrey von Regensburg verliehen. Die II. Klasse des genannten Ordens erhielten der königlich preußische Geheimrath Graf Unruh, welcher die Ziviltrauung vollzog, und der fürstliche Hofkavalier Frhr. v. Reichlin-Meldegg. Die III. Klasse wurde einer Anzahl von fürstlichen Beamten und goldene und silberne Medaillen vielen Bediensteten des fürstlichen Hauses zu Theil. Gestern Abends fand im städtischen Theater der Postillon von Lonjumeau als Festvorstellung statt, zu welcher sich die Neuvermählten und viele der hohen Gäste eingefunden hatten, und nach derselben wurde auf Veranlassung des Magistrats die große Fontaine auf dem Präsidentenweiher glänzend beleuchtet, welches Schauspiel die höchsten Herrschaften vom Balkon des Theatergebäudes aus und eine große Volksmenge bewunderten. Heute wurde die Vermählungsfeier durch ein Festdiner beendigt, zu welchem die Spitzen der königlichen Regierung, die Stabsoffiziere des hiesigen Regiments und viele der fürstlichen Beamten geladen waren.

Ansbach, 20. Juni. Auf Ansuchen der kirchlichen Behörden der protestantischen Landeskirche ist gestattet, an sechs Sonntagen, nämlich am Neujahrstage, Weihnachtsfest, Oster- und Pfingstfest, Bußtag und Reformationsfest eine Bitte für Kaiser und Reich in das Kirchengebet einzuschalten. (Frk. Ztg.)

Frankreich.

= **Paris**, 24. Juni. Der heut gewählte Ausschuß des Senats für die Vorlage, betreffend die Rückkehr nach Paris, erklärt sich durchaus dem Vorschlage günstig und kann in demselben nur einige Lücken entdecken. So scheint ihm z. B. die Bestimmung wünschenswerth, es solle in gewissen Fällen jeder Kammer für sich überlassen bleiben, zu beschließen, daß sie nicht in Paris tagen wolle. Dahin gehöre der Fall, daß der Senat als Staatsgerichtshof oder über einen Auflösungsantrag, das Abgeordnetenhaus über die Frage verhandle, ob das Ministerium in Anklagezustand versetzt werden soll. Der Seinepräfekt Herold bemühte sich, jedoch vergeblich, den Luxembourg-Palast für den Pariser Gemeinderath zu retten. Herr Fresneau endlich brachte ein ohne Zweifel noch viel aussichtsloseres Amendement ein, nach welchem der Sitz der öffentlichen Gewalten noch auf ein Jahr in Versailles verbleiben soll.

Die Deputirtenkammer setzt ihre Berathung des Ferry'schen Unterrichtsgesetzentwurfes unter heftigster Opposition der Rechten fort.

Der Deputirte Senglé erklärt in einer Zuschrift an die „France" die Angabe dieses Blattes, daß er nach dem Vorgange eines seiner bonapartistischen Kollegen in die republikanische Union übertreten werde, für aus der Luft gegriffen, wie zur Genüge aus der Thatsache hervorgehe, daß er noch die jüngste von der Partei des Appells an das Volk veröffentlichte Proklamation mitunterzeichnet hätte.

Die Gemahlin des Marschalls Mac-Mahon ist in London eingetroffen, um sich nach Chislehurst zu begeben und der Kaiserin persönlich ihr Beileid auszusprechen. Der „Globe" versichert, daß auch ein offiziöses Kondolenzschreiben des Präsidenten Grévy, welches derselbe seinem Adjutanten diktirt hatte, in Cambden Place eingetroffen sei. „La Presse" dagegen kann auf Grund im Elysee eingezogener Erkundigungen die Meldung des „Globe", daß Herr Jules Grévy ein Schreiben an die Kaiserin gerichtet hätte, für unbegründet erklären. Dieses Dementi wird auch vom „Temps" und anderen Blättern in der bestimmtesten Form bestätigt.

Aus dem Lager des Prinzen Napoleon hört man nur, daß dieser neueste Prätendent noch immer in der größten Verlegenheit ist, was er eigentlich mit seinen Ansprüchen anfangen soll. Schon ließ man ihn gestern einen offenen Brief an Girardin schreiben, in welchem er die Rolle eines Prätendenten und vollends eines Vorkämpfers des Klerikalismus ablehnt und nur die Funktionen eines Oberhauptes der Familie übernehmen zu wollen erklärt, nicht ohne noch die Republik seiner besonderen Zustimmung zu dem von ihr gegen die Ultramontanen eingeleiteten Kampfe zu versichern. Dieser Brief, welchen der „Figaro" sogar wörtlich mittheilt, ist nicht geschrieben worden; aber es unterliegt keinem Zweifel, daß der Prinz es auf eine Ausweisung aus Frankreich nicht ankommen lassen und das Amt eines Führers der streitenden bonapartistischen Partei nicht übernehmen will.

Wie die „Agence Havas" meldet, empfing der Prinz Napoleon gestern eine Anzahl von bonapartistischen Abgeordneten und Senatoren. Da einer der Letzteren eine Anspielung auf das Projekt machte, den Prinzen Victor als Prätendenten auf den Schild zu erheben, erwiderte der Prinz Napoleon lachend, indem er sich von seinen Gästen verabschiedete: „Ach, meine Herren, es giebt Fragen, über die man erst gar nicht mehr diskutirt!"

Der „Liberté" zufolge wird der Prinz Napoleon sogleich nach der kirchlichen Feier vom nächsten Donnerstag sich wieder nach Trouville begeben. Er sei nicht mehr gesonnen, irgend ein Manifest zu erlassen. Die „Estafette" endlich hört, daß er die Absicht habe, die Prinzessin Clotilde, von der er seit mehreren Jahren getrennt lebt, nach Paris kommen zu lassen, und mit ihr künftig Salon zu machen.

Der Kronprinz Rudolf von Oesterreich und der Prinz Leopold von Baiern sind mit ihrem Gefolge gestern früh hier eingetroffen und inkognito im Hotel du Rhin abgestiegen. Sie besuchten im Laufe des Tages das naturhistorische Museum und setzten heute die Reise nach München fort.

Großbritannien.

♂ **London**, 24. Juni. Im Oberhause erklärte der Herzog von Cambridge, daß er sich gedrängt fühle, eine kurze Erklärung bezüglich des traurigen und beklagenswerthen Ereignisses der jüngsten Tage abzugeben. Es könne nur ein allgemeines Gefühl der Theilnahme für die, ihres Sohnes beraubte erlauchte Mutter herrschen. Da die Umstände, unter denen der kaiserliche Prinz nach Südafrika gegangen, zu Mißverständnissen Veranlassung gegeben, so erachte er es für passend, die vom 25. Februar 1879 datirten Einführungsschreiben zu verlesen, welche der Prinz an Sir Bartle Frère und Lord Chelmsford mitgenommen habe. Se. königliche Hoheit verlas hierauf den Brief an Lord Chelmsford, welcher besagt, daß der Prinz auf eigene Faust ausziehe, um als Zuschauer so viel als möglich von der kommenden Kampagne zu sehen. Der Prinz habe sehnlichst gewünscht, der Armee einverleibt zu werden; die Regierung habe jedoch einen solchen Schritt nicht für zulässig erkannt. Schreiber (der Herzog von Cambridge) ersucht jedoch Lord Chelmsford, dem Prinzen so viel zu zeigen, als möglich sei. Der Brief schloß mit folgenden Worten: „Der Prinz ist ein prächtiger, junger Kerl (fellow) voll Geist und Entschlossenheit und wird sich, da er unter der Artillerie viel alte Freunde besitzt, ohne Schwierigkeiten zurechtfinden; wenn Sie ihm in irgend einer Weise an die Hand gehen können, so bitte ich, dies zu thun. Was ich allein befürchte, ist, daß er zu viel Muth und Thatendrang (that he is too plucky and go-ahead) besitzt." (Der Brief an Sir Bartle Frère war des gleichen Inhalts.) Alles was ihm (Redner) nach Verlesen dieser Briefe übrig bliebe, sei die Erklärung, daß Nichts geschehen sei, um den jungen Mann in eine gefährliche Stellung zu bringen. Ein Jeder bedauere das Vorgefallene; von Seiten der Behörden sei jedoch Nichts geschehen, was zu einer solchen Katastrophe hätte führen können.

Lord Beaconsfield bemerkt, daß Alle das allgemeine Bedauern über den Tod des jungen Prinzen theilten, welcher von dem Wunsche beseelt gewesen, dem Lande in fernen Landen zu dienen und dessen Leben in solch grausamer und nutzloser Weise geopfert worden sei. Der Prinz Napoleon habe lange in diesem Lande gelebt, wo er seine militairische Erziehung genossen habe; wäre er am Leben geblieben und hätte die passende Gelegenheit gefunden, so würde er sicher den angeborenen Muth der tapferen Nation bewiesen haben, deren Anhänger er gewesen. Es sei unmöglich, in diesem Augenblicke nicht Jener zu gedenken, welche das höchste Interesse an diesem zu früh entschwundenen Leben gehabt habe; allein bei solchen Veranlassungen seien Trostsprüche fruchtlos und unmöglich. Die Zeit dürfte jedoch kommen, da die Sympathien eines tapferen und großen Volkes von der trostlosen Mutter gewürdigt werden würden.

Nach einigen sympathischen Aeußerungen Lord Granville's wurde der Gegenstand verlassen. Es folgte noch eine ergebnißlose Anfrage Lord Granville's über die Lage in Egypten.

Im Unterhaus kündigt Sir H. Havelock an, er werde am 24. fragen, welche Weisungen Lord Chelmsford gegeben habe, als Prinz Louis Napoleon das Hauptquartier verließ, um sich der Kolonne des Obersten Wood anzuschließen, welche Vorsichtsmaßregeln von letzterem getroffen wurden, um die Person des Prinzen vor unnützer Gefährdung zu schützen, und ob die Regierung, falls sie keine Nachrichten über diese Punkte besitze, eine bezügliche Anfrage an Lord Chelmsford richten wolle. Sir W. Fraser zeigte an, er werde am 26. fragen, welche Stellung der Prinz bei den englischen Truppen einnahm und wie der Offizier heiße, auf dessen Anordnung er diejenige Dienstleistung übernahm, bei der er sein Leben einbüßte.

Auf eine Anfrage Sir A. Gordon's erwidert Mr. Stanhope (Unterstaatssekretair für Indien), ein Auszug des Friedensvertrages mit Afghanistan sei bereits durch die Zeitungen veröffentlicht worden. Der volle Wortlaut werde, begleitet von einer Karte, welche den Gebietszuwachs zeige, sobald als möglich vorgelegt werden.

Das Haus geht nach verschiedenen Zwischenbemerkungen zur Ausschußberathung des Heeresdisziplingesetzes über. Bei Artikel 48 wird auf Antrag Sir A. Gordon's ein Zusatz eingeschoben, demzufolge militairische Strafen, wie z. B. Prügel, nicht über solche Personen, welche zwar das Heer begleiten, aber nicht zu ihm gehören, verhängt werden sollen, wie z. B. über Berichterstatter, Marketender ꝛc.

Mr. Fras. Buchell, Mitglied des königlichen Kollegiums der Wundärzte in Romsey, schreibt unter dem 22. ds. an den Redakteur der „Daily News":

„Ich sende Ihnen anbei den Auszug eines Briefes, den die hier lebende Mutter eines unserer Soldaten in Südafrika erhalten hat. Ein Theil desselben ist so grauenerregend, daß es mich freuen sollte, denselben offiziell dementirt zu sehen, oder falls dies nicht geschehen kann, zu hören, daß die nöthigen Schritte geschehen sind, um die Wiederholung so entsetzlicher Barbareien zu verhindern.

Auszug des Briefes, geschrieben von einem Gemeinen des 60. Regiments königlicher Scharfschützen. Süd-Afrika, 13. März 1879.

„Ehe man es sich versieht, bedrängt uns der Feind aus nächster Nähe, aber sie haben die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Am 2. April, als wir Pearson aus Ekowe herausholten, fielen sie zu Tausenden über uns her, allein wir räumten rasch genug unter ihnen auf und da unsere Köche gerade unser Frühstück an jenem Morgen herrichteten und wir uns just zum Mahle setzen wollten, kam der Feind über uns her und wir beschossen ihn für etwa eine Stunde; unserer Lebtage haben wir keinen solchen Anblick gesehen. Zu Tausenden lagen sie auf dem Boden umher; wir hatten unser Frühstück an jenem Morgen verloren und aßen an jenem Tage auch kein Mittagessen, weil die Zulu's, die wir getödtet hatten, so schrecklich stanken; was die Verwundeten betrifft, so schickten wir, nachdem das Feuer eingestellt war, unsere Schwarzen unter sie hinaus und die tödteten alle Verwundeten; einige derselben baten unsere Schwarzen um einen Tropfen Wasser, ja die gaben ihnen Wasser! sie stießen ihnen ihre Assegais durch den Leib, daß sie hinten wieder herauskamen."

Im Kriegsministerium ist eine lange Depesche von Lord Chelmsford eingetroffen; dieselbe giebt einige Details über Gefechte mit den Basutos, meldet aber keine weiteren Einzelnheiten über den Tod des kaiserlichen Prinzen.

— Ein Telegramm der „Köln. Ztg." aus London vom 25. ds. lautet: Das Befinden der Kaiserin Eugenie ist heute weniger befriedigend; sie kann nicht genügend Nahrung nehmen und wird heute schwerlich Jemanden empfangen können.

Niederlande.

* **Haag**, 24. Juni. Die Leiche des Prinzen von Oranien ist gestern Abend 7 Uhr im Haag eingetroffen und vorläufig in der Todtenkapelle des Palais des verstorbenen Prinzen beigesetzt worden. In Paris begleiteten Prinz Alexander, der niederländische Gesandte, sowie mehrere Räthe der Gesandtschaft, der niederländische Konsul und einige Offiziere aus dem Gefolge des Prinzen Alexander die Leiche zum Bahnhofe, wo dieselbe gestern Morgen 3½ Uhr eintraf und der Sarg in einer schwarz drapirten Kammer bis zur Aufnahme in den Eisenbahnwaggon aufgestellt wurde. Letzterer, ein gewöhnlicher Packwagen, war ebenso wie die Leichenkammer innen und außen mit schwarzem Tuch behangen und mit silbernen Fransen und Borten verziert. Der äußerste Sarg ist aus Mahagoniholz angefertigt, ruhte auf sechs silbernen Löwenklauen und war vollständig

Aus Berlin.

Lokales. * Se. königl. Hoheit Prinz Albrecht von Preußen, der bekanntlich in seinem Palais in der Wilhelmstraße in dem neuen Anbau nach seinen eigenen Motiven einen prachtvollen Speisesaal herstellen läßt, läßt gegenwärtig in dem herrlichen Park hinter seinem Palais in der Nähe der kleinen Eingangspforte von der Königgrätzerstraße aus ein großartiges Palmen- und Kamelienhaus aus Eisen und Glas erbauen. Sobald dieser Bau vollendet, werden die alten Treibhäuser, welche zerstreut im Garten vertheilt waren, abgebrochen werden. Der Park steht gegenwärtig in vollster Baum- und Blüthenpracht, und sind die drei eroberten Geschütze, die auf der Bastion vor der Hinterfront des prinzlichen Palais aufgestellt sind, von einem im saftigsten Grün prangenden Rasen umgeben.

* (Nach Mittheilung des statistischen Bureaus der Stadt Berlin) sind bei den hiesigen Standesämtern in der Woche vom 15. Juni bis inkl. 21. Juni cr. zur Anmeldung gekommen: 134 Eheschließungen, 821 Lebendgeborene, 46 Todtgeborene, 728 Sterbefälle.

* (Von der Gewerbeausstellung.) Der Erbgroßherzog von Mecklenburg-Strelitz mit Gemahlin, der Erbprinz Leopold von Anhalt, sowie der Prinz Friedrich von Anhalt besuchten am Mittwoch Nachmittag die Gewerbeausstellung, nahmen im Kaiserpavillon das von Herrn Schnak servirte Diner ein, und machten dann einen längeren Rundgang durch die Ausstellungsräume. — Nachdem der Fremdenverkehr in Berlin nachgelassen, der in der Ausstellung in den letzten Wochen ein überaus großer gewesen ist, beginnen die Berliner selbst die Ausstellung wieder zahlreicher zu besuchen. — Eines recht lebhaften Verkehrs erfreut sich die Wechselstube der Berliner Wechselbank Hermann Friedländer u. Sommerfeld, Unter den Linden 45, wodurch der Beweis geliefert wird, wie sehr für ein derartiges Institut in der Ausstellung wirklich ein Bedürfniß vorhanden gewesen ist. Man hat täglich Gelegenheit zu beobachten, daß in ausländischem Gelde, besonders in französischem, englischem, italienischem und russischem, ein recht beträchtliches Wechselgeschäft besteht. Vorzugsweise bedeutend ist der Verkehr in letzter Münzsorte, und scheinen demnach die Russen das größte Fremdenkontingent zu stellen. Der Verkauf der Loose der Gewerbeausstellung, der dort stattfindet, hat wahrhaft enorme Dimensionen angenommen, und auch im Effektengeschäft sind die Umsätze recht erheblich. Im Großen und Ganzen ist der Zuspruch und Erfolg der Wechselstube ein über alle Erwartung günstiger. — In der großen Halle am Haupteingange vor der Fontaine ist seit einigen Tagen der zur Verloosung kommende erste Hauptgewinn aufgestellt. Derselbe, aus dem Atelier der Hofjuweliere Sy u. Wagner hervorgegangen, und von H. Zacharias entworfen und modellirt, besteht in einer silbernen Tafelgarnitur, welche eine Jardinière mit zwei abnehmbaren Konfektschalen auf reichem Plateau, zwei neunarmigen Girandolen und zwei Fruchtschalen umfaßt. Alle diese Gegenstände sind im Renaissancestyl gehalten und von sehr zarter Ausführung. Als Griffe der Jardinière dienen zwei Panther, und an dem oberen durchbrochenen Rande, um den sich Festons und Blumenguirlanden in grün vergoldeten Farben herumziehen, sind die Henkel mit zwei Engelsköpfchen geziert. In der Mitte der vorderen und hinteren Längsseite befindet sich je ein mit einem Phantasiekopfe reich vergoldetes Schild, und um den Fuß schlingen sich ebenfalls reich vergoldete Blumengehänge und Kränze in grüner Vergoldung. Dieselben Verzierungen tragen die Kandelaber und Fruchtschalen, und sind wie die Jardinière aus freier Hand getrieben. Der Preis der Garnitur ist auf 10,000 M angegeben.

* Sonntag, den 29. Juni 1879, Vormittags 11½ Uhr, findet in Krug's Garten (Schillstraße) eine Versammlung zur Berathung über: Die endliche Beseitigung des „Schwarzen Grabens" statt. Nach längeren Verhandlungen ist es dem Vorstande des Vereins der Westvorstadt gelungen, Abhülfe für die Mißstände, welche der „Schwarze Graben" mit sich bringt, in Aussicht stellen zu können. Die betreffenden Behörden sind geneigt, eine theilweise Kanalisation des Grabens und zwar auf der für die Vereinsgegend maßgebenden Strecke zu fördern. Dies soll geschehen, wenn durch freiwillige Beiträge 10,000 M aufgebracht sein werden. Es ist zu hoffen, daß wenn ein derartiger erheblicher Beitrag gezahlt wird, den im Vereinsgebiete Ansässigen ferner nicht mehr die Erlaubniß versagt werden wird, das Tageswasser von ihren Grundstücken nach dem neu zu legenden Thonrohr abzuleiten.

— Die bisherige Voruntersuchung gegen den Eisenbahnbillet-Fälscher Fricke hat ergeben, daß derselbe bereits seit langer Zeit das Fälschungsgeschäft in systematischer Weise erfolg- und fruchtreich betrieben hat und daß die Organisation, welche er dem von ihm erfundenen und eingeführten Schwindel gegeben, fast jede Möglichkeit einer Entdeckung desselben ausgeschlossen hat, vorausgesetzt, daß sich treulose Beamte an der Ausführung des Betruges betheiligten. Bei der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn, bei welcher Fricke in früheren Jahren als Drucker beschäftigt gewesen, scheint er, so schreibt die „Voss. Ztg.", seit einer Reihe von Jahren falsche Billets in großer Masse und ohne Unterbrechung angebracht zu haben und es sind eine Reihe von Kassen- und Kontrollbeamten, von denen einige inzwischen versetzt oder verabschiedet und einer sogar gestorben ist, dringend verdächtig, gemeinschaftlich mit Fricke agirt zu haben, ohne daß bis zur Verhaftung des F. auch nur der geringste Verdacht, daß Billetfälschungen vorgenommen worden, entstanden war. Nach dem Geständnisse Fricke's und einiger betheiligten Beamten ist der Schwindel in folgender Weise verübt worden: Die Eisenbahnbillets der verschiedenen Klassen der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn und der von der Direktion dieser Bahn ressortirenden Verbindungsbahn, sowie der Nordbahn und der Berlin-Dresdener Bahn führen fortlaufende Nummern, die sich sowohl auf den Billets als auch auf den angefügten Koupons befinden. Dem Beamten an der Verkaufskasse werden eine Reihe von Billets der verschiedenen Klassen innerhalb eines Nummernzyklus gegeben, von denen er an das Publikum nach Bedarf verkauft und deren Rest er der Inspektion wieder zurückliefert. Die Schaffner und ebenso der Zugführer sind demzufolge in der Lage, aus den Nummern der Billets und ebenso der Koupons zu ersehen, ob sie zu dem von ihnen geführten Zug gehören oder nicht resp. bei Retourbillets, ob sie innerhalb des Nummernzyklus der Respektzeit fallen. Ein falsches Billet mit einer nicht innerhalb des Nummernzyklus befindlichen Nummer würde daher verdächtig sein und leicht zu der Entdeckung des Betruges führen. Fricke hat daher durch vorzügliche Apparateinrichtungen — unter anderen hatte er sich eine Schnelldruckpresse im Werthe von 1000 Thlrn. angeschafft — sich in den Stand gesetzt, kurz vor der Ausgabe der Billets nach der Angabe des Kassenbeamten falsche Billets mit korrespondirenden Nummern herzustellen und den Beamten zu übergeben. In der Regel waren es Billets II. Klasse und auch I. Klasse zu Eil- und Kurierzügen nach entfernten Stationen. Bekam nun der Zugführer die Koupons der Passagierbillets, so vermochte er nichts von dem Betruge zu erkennen, da der Verkäufer an der Kasse die echten Billets derselben Nummer gar nicht verkauft, sondern an die Inspektion zurückgegeben hatte. Wohl aber war bei der Schlußkontrolle in der Inspektion, wohin die Koupons der verwendeten Billets von den Zugführern abgeliefert werden, eine Entdeckung möglich. F. trat deshalb, ebenso wie mit dem Kassenbeamten, auch mit dem Kontrollediener in der Inspektion in Verbindung, dessen Hauptbeschäftigung darin besteht, die zur Kontrolle abgelieferten Koupons ihrer Zahlenreihe nach aneinander zu reihen und dem Kontrollbeamten zur Revision vorzulegen. Dieser Unterbeamte, welcher stets rechtzeitig in Kenntniß von den verausgabten Nummern der falschen Billets gesetzt worden war, beseitigte von den ihm zugegangenen Koupons diejenigen, welche die signalisirten Nummern trugen, und legte dem Kontrolleur nur die Koupons der echten Billets vor, so daß dieser Alles ordnungsmäßig vorfand. Dieses großartige Fälschungsgeschäft wäre wohl nie entdeckt worden, wenn nicht der Kassenbeamte, von Gewissensbissen gedrängt, Anfang dieses Jahres dem F. die Gemeinschaft gekündigt hätte und F. demzufolge bei dem Kassenbeamten der Berlin-Dresdener Bahn in erfolgloser Weise versucht hätte, dasselbe Unternehmen anzubahnen.

(Der „jüdische Referendar",) jenes bekannte Pamphlet aus der „Schlesischen Volkszeitung", welches bereits einmal in Breslau Veranlassung zu einer Gerichtsverhandlung gegeben hatte, in welcher der Redakteur der „Schlesischen Volkszeitung", Herr Nowack, und der Buchhändler Dr. Reith, welcher einen Separatabdruck des erwähnten Artikels herausgegeben hatte, wegen Beleidigung mittels der Presse angeklagt, und der Erstere zu 200 M, der Letztere zu 100 M Geldstrafe verurtheilt worden waren, hatte heute noch ein Nachspiel vor der siebenten Kriminaldeputation des hiesigen Stadtgerichts. Es war nämlich jene Gerichtsverhandlung in der „Volks-Zeitung" und dem „Berliner Börsen-Courier" einer Kritik unterzogen und in dieser namentlich der Staatsanwalt Professor Dr. Fuchs angegriffen worden, dessen Anträge von den beiden Blättern für zu milde befunden wurden, und dem daher eine Sympathie für die Angeklagten in den betreffenden Artikeln der beiden genannten Blätter imputirt und weiter vorgeworfen wurde, daß er sich der jetzt modernen Judenhetze angeschlossen habe. Staatsanwalt Fuchs hatte in Folge dessen auf Grund des in Nr. 20 der „Volks-Zeitung" vom 24. Januar ds. Js. enthaltenen Leitartikels unter der Ueberschrift „Die Saat beginnt Früchte zu tragen" und eines in Nr. 41 des „Berliner Börsen-Courier" unter der Rubrik „Der Reporter" enthaltenen Artikels den Strafantrag gegen die beiden verantwortlichen Redakteure dieser Zeitungen, Herrn Edmund Philipps und Herrn Georg Davidsohn, wegen Beleidigung seiner Person und zwar zunächst wegen verleumderischer Beleidigung gestellt. Eine Anklage wegen verleumderischer Beleidigung war aber nicht erhoben worden, weil konstatirt wurde, daß beide zur Verantwortung gezogene Redakteure bei dem am 22. Januar zu Breslau verhandelten Prozesse nicht zugegen gewesen waren. Dagegen wurden Beide wegen einfacher, öffentlicher Beleidigung unter Anklage gestellt, und der Staatsanwalt beantragte, nachdem er sich in seinem Plaidoyer dahin ausgesprochen, daß die inkriminirten Artikel unzweifelhaft eine Beleidigung enthielten, da dem Staatsanwalt Fuchs darin Voreingenommenheit und Parteilichkeit vorgeworfen worden, gegen Herrn Philipps, der sich in neuerer Zeit wiederholt Strafen wegen Preßvergehens zugezogen, 200 M, gegen Herrn Davidsohn 100 M Geldstrafe. Nach längerer Berathung erkannte der Gerichtshof dahin, daß beide Angeklagte der Beleidigung mittels der Presse schuldig und jeder von ihnen mit einer Geldstrafe von 200 M eventuell 20 Tagen Gefängniß zu belegen sei.

(Polizeibericht.) Als der Kutscher Bachtau am 25. d. M. Nachmittags vor dem Hause Wallstraße Nr. 5, während der Fahrt auf seinen Rollwagen steigen wollte, glitt er dabei aus und fiel so vom Wagen auf das Straßenpflaster herunter, daß er überfahren wurde. ꝛc. Bachtau hat hierbei eine Quetschung der Brust und der Beine, sowie eine Verletzung am Kopfe erlitten und mußte nach Bethanien gebracht werden. — Zur selben Zeit wurde ein Mann in seiner Wohnung in der Oranienstraße erhängt gefunden. — Als an demselben Tage Vormittags der Maurer Tausch auf dem Dache des Hauses Schillingstraße Nr. 4 mit dem Ausbessern eines Schornsteins beschäftigt war, glitt ihm hierbei ein Mauerstein aus der Hand. Der Stein traf einen auf dem Straßendamm mit Steinsetzen beschäftigten Lehrling in den Rücken und verletzte denselben anscheinend nicht unerheblich, so daß er nach seiner Wohnung gebracht werden mußte.

Theater und Kunst.

* Der Verfasser des Lustspiels „Rosenkranz und Güldenstern, welches bei seinem ersten Erscheinen auf der Bühne des Hofburgtheaters in Wien so großes Aufsehen erregte, Herr Michael Klapp, ist bereits hier eingetroffen, um den im Wallnertheater stattfindenden Vorproben für seine Dichtung, welche mit den Wiener Hofschauspielern, dem Herrn Sonnenthal, Herrn und Frau Hartmann und Herrn Thimig als Gäste am 1. Juli im Wallnertheater in Szene gehen soll, beizuwohnen.

von den von allen Seiten gespendeten Lorberkränzen bedeckt. Auf dem Deckel des Sarges, auf dessen oberem Ende ein vom Prinzen Alexander gespendeter silberner Lorberkranz lag, befindet sich ein silbernes Schild mit den Daten des Geburts- und Todestages. Nachdem die Leiche in den Waggon gebracht war, stiegen Prinz Alexander nebst Gefolge, die unbedeckten Hauptes der Verladung beigewohnt hatten, in den Salonwagen, und der aus 8 Fahrzeugen bestehende Zug setzte sich in Bewegung. In St. Quentin, wo der Zug hielt, wurden dem Verstorbenen zuerst die militairischen Ehren erwiesen, indem ein Bataillon des 87. Linienregiments in Galauniform und mit umflorten Trommeln auf dem Perron aufgestellt war und das Gewehr präsentirte. Dasselbe geschah in Busigny, Aulnoye und Feignies. Auf der belgischen Grenzstation Quevy wurde der Zug von belgischen Behörden und dem niederländischen Gesandten in Brüssel empfangen, die alsdann gleichfalls in dem Salonwagen die Reise fortsetzten. In Bergen waren 1200 Mann Truppen, Lanciers, Jäger und Linientruppen, auf dem Perron aufgestellt; alle Gaslaternen waren angezündet und mit Trauerflor umhüllt. Von hier aus kehrte der niederländische Gesandte nach Paris zurück. Um 12 Uhr 20 Minuten traf die Leiche in Brüssel ein, wo die gesammte Garnison, alle Militär- und Zivilbehörden auf dem Bahnhofe sich eingefunden hatten und der Zug mit den Klängen der niederländischen Nationalhymne empfangen wurde. Nach einigem Aufenthalte, den Prinz Alexander dazu benutzte, das Beileid der versammelten Behörden entgegenzunehmen, setzte der Zug sich unter Trommelwirbel wieder in Bewegung. In Antwerpen wiederholte sich dasselbe. Auf allen Stationen, welche der Zug passirte, wehten die Flaggen halbstock. Im Haag hatte sich Prinz Friedrich und die Hofwürdenträger zum Empfange der Leiche eingefunden; der König ließ sich durch den Kommissar der Provinz und den Bürgermeister, Prinzessin Heinrich durch den Hofmarschall v. Ameronqen vertreten. Nachdem der Sarg aus dem Waggon genommen, wurde derselbe in Gegenwart des Ober-Hofmarschalls, des Ober-Zeremonienmeisters und sonstiger Beamten auf den Leichenwagen gebracht, der nicht im Stande war, alle Blumen und Kränze aufzunehmen. In zweispännigen Wagen folgten die Prinzen, sowie sämmtliche Würdenträger dem von Husaren eskortirten Leichenwagen durch die Spalier bildenden Truppen nach dem Palais des verstorbenen Prinzen, wo die Leiche, wie schon erwähnt, vorläufig in der Todtenkapelle beigesetzt wurde.

— Die Abtragung der Festungswerke in Luxemburg ist schon seit längerer Zeit eingestellt worden, nachdem sich herausgestellt hat, daß eine vollständige Entfernung der Befestigungen theilweise unmöglich sei, jedenfalls aber gewaltige Summen beanspruchen würde. Die in natürlichem Fels ausgehauenen Werke, z. B. das in das Alzettethal vorspringende, vollständig ausgehöhlte und kasemattirte Felsenriff, sind vollständig in ihrem früheren Zustande belassen worden, ebenso der Melusinenthurm u. a. mittelalterliche Befestigungen. Die Wallgräben wurden ausgefüllt und in prächtige Anlagen umgewandelt. Diesen entlang sind ganze Reihen neuer, meist von Ausländern bewohnte Villen entstanden. Besonders zahlreich haben sich französische Familien angesiedelt, welche außer der schönen und gesunden Lage der Stadt seit Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Frankreich hauptsächlich durch den Umstand angezogen werden, daß in Luxemburg noch immer das Einstehersystem besteht. In Folge dieses Bevölkerungszuwachses sind die durch den Abzug der ehemaligen preußischen Besatzung versiegten Einnahmequellen durch neue ersetzt worden, so daß der Wohlstand der Bevölkerung sich wieder zu heben begonnen hat. (Schwäb. Merk.)

Süd-Amerika.

Aus **Valparaiso** wird dem Reuter'schen Bureau unterm 31. Mai (via Lissabon) gemeldet: Ein Abgesandter der Republik Ecuador kam hier am 21. ds. an. Er ist von seiner Regierung ermächtigt, deren Vermittelung zwischen Chili und Peru anzubieten. Die Ueberlebenden der Mannschaft des chilenischen Kriegsschiffes „Esmeralda", das von der peruanischen Panzerfregatte „Huascar" in den Grund gebohrt wurde, sind als Kriegsgefangene nach Iquique abgeführt worden. Es heißt, daß die „Independencia", nachdem sie während der Verfolgung des „Covadonga" auf der Höhe des Caps Grueſa auf den Strand gelaufen, einen Schuß unterhalb ihrer Panzerbekleidung empfing und bald darauf ein totales Wrack wurde. Der „Covadonga" entkam in sinkendem Zustande nach Antofagasta. Der „Huascar" hat die chilenischen Fahrzeuge in Mejillanes zerstört und am 26. Mai Antafagasta angegriffen, aber nachdem er vergeblich versucht, die Strandbatterien zum Schweigen zu bringen, dampfte er davon, um sich, wie man glaubt, der übrigen peruanischen Flotte in Callao anzuschließen. Es wird ein neues Rencontre zwischen den feindlichen Flotten erwartet. Der Präsident von Peru ist in Iquique angekommen, nachdem 1500 Mann seiner Armee in Pisagua ans Land gestiegen.

Provinzial-Zeitung.

Riesenburg. Am 17. fand in Riesenburg die Gruppenschau der landwirthschaftlichen Vereine von Rosenberg, Riesenburg, Dt. Eylau, Bischofswerder und Freystadt statt. Die rege Theilnahme aus Land und Stadt bewies das lebhafte Interesse, welches man dem für unser Vaterland so wichtigen landwirthschaftlichen Beruf und der ihm nahestehenden gewerblichen und industriellen Thätigkeit entgegenbringt. Zum Schluß der Ausstellung vereinigte man sich zu einem Festdiner im Deutschen Hause, und wurde der Toast auf Se. Majestät den Kaiser von dem vom Lokalkomité eingeladenen Landrath v. Brünneck ausgebracht. Die Hauptgedanken, welche in dieser Rede ihren Ausdruck fanden, bezogen sich darauf, daß, nachdem die von unseren Königen stets mit besonderer Fürsorge geförderte Landwirthschaft eine Zeit lang von den in der Richtung einer einseitigen politischen Parteischablone hervorgehenden Interessen im Staate überflügelt worden, in neuester Zeit Se. Majestät durch Seine Regierung wieder eine besondere Beachtung der Landwirthschaft zu betonen und ihre Interessen durch ein gekräftigtes landwirthschaftliches Ministerium zu vertreten befohlen habe. Daß die Landwirthe hierfür unserm Kaiser ihren tiefgefühlten Dank sagten und daß sie sich unter solcher Fürsorge zu doppelter Thätigkeit in ihrem Beruf und für ihre Stellung im Staate gekräftigt fühlten, sei selbstverständlich. Sie wollten ja keinesfalls die anderen Stände zurückdrängen, sondern nur für sich eine gleiche und verdiente Berücksichtigung in Anspruch nehmen. Wenn sie mit Fleiß und Intelligenz das Ihrige dazu thäten und auch diejenigen Angriffe mit Energie zurückwiesen, welche die staatliche Berücksichtigung der Landwirthschaft als unberechtigtes Klasseninteresse fälschlich verurtheilen, dann würden sie auch diejenige Stellung einnehmen, welche Se. Majestät in Seiner allseitigen Gerechtigkeit ihnen zu Theil werden lassen wollte. — An das mit Begeisterung aufgenommene Hoch auf den Kaiser schlossen sich dann noch mehrfache andere Reden, wobei nur noch diejenige des Vorsitzenden des Rosenberger landwirthschaftlichen Vereins, Herrn v. Auerswald-Faulen erwähnt werden soll, welche wegen ihres Hinweises auf die Einigkeit der Kleinstädte und des platten Landes allseitige Zustimmung fand. — Den Schluß dieses von schönstem Wetter begünstigten Tages bildete dann ein Konzert des Trompeterkorps des 8. Ulanenregiments, wozu wiederum der Besitzer des Deutschen Hauses seinen Garten zur Verfügung gestellt hatte, wo die heitere Feststimmung bis spät in den Abend durch gute Bedienung seiner Gäste unterstützt wurde. (Westpr. Landbote.)

Breslau. (Das Wasser der Oder) ist oberwärts erheblich abgefallen und bereits von vielen überflutheten Stellen zurückgetreten. Die Gefahr einer noch größeren Ueberschwemmung scheint sonach gehoben zu sein. Aus Glogau wird gemeldet, daß man dort auf 14 Fuß Wasserhöhe gefaßt ist. Ein Augenzeuge, der am 17. die Ueberschwemmungsgebiete von Ratibor und Oppeln besichtigte, theilt Folgendes mit. Nachdem bereits seit Mitte Mai starke Regengüsse in Oberschlesien niedergegangen und hierdurch sowohl die Oder als auch die Nebenflüsse derselben zu beiden Seiten fast uferooll waren, fand in der Nacht vom 14. zum 15. d. am nördlichen Fuße der Sudeten ein Wolkenbruch statt, dessen Wassermassen weder von den bereits tief durchwühlten Ländereien, noch von den überfüllten Wasserläufen aufgenommen werden konnten. In Folge dessen trat die Oder von der österreichischen Grenze ab aus ihrem Bette und richtete auf den von ihrem Hochwasser erreichten Wiesen und Feldern außerordentliche Verwüstungen an. Am 15. Juni hatte der Wasserstand der Oder bei Ratibor eine Höhe von 6 Metern erreicht. Schon auf der Fahrt von Breslau nach Ratibor konnte man am 17. d. wahrnehmen, daß auch die Glatzer Neisse von Löwen bis Schurgast ihre Ufer überstiegen und sehr bedeutende Flächen der benachbarten Wiesen und mit Roggen, Weizen oder Kartoffeln bestellten Felder überschwemmt hatte. In Oppeln war der Wasserstand der Oder bereits sehr hoch (etwa 4,75 Meter), und der am linken Ufer gelegene Sommerdeich zwischen der Eisenbahn und der Chausseebrücke erschien ernst bedroht. Bei Prywor und der nächsten Ortschaft erreichte das Hochwasser auf dem uneingedeichten rechten Oderufer fast den Eisenbahndamm. Auch bei Kosel war die Oder bedeutend ausgetreten. Ebenso hatte die Klodnitz in Folge des Rückstaues umfangreiche Gebiete überschwemmt. Während in der vorhergehenden Nacht der Pegel zu Ratibor 6,80 Meter markirt hatte, wurde am 17. Vormittags nur noch eine Pegelhöhe von 4 70 Meter beobachtet, so daß am 17. bereits eine Abnahme der Ueberschwemmungsgefahr gemeldet werden konnte. Eine Besichtigung des Ueberschwemmungsgebiets auf dem rechten Oderufer in der Nähe von Ratibor bot einen überaus traurigen Anblick. Von einer Bergkuppe bei Lubom aus konnte man die Niederung der Oder zu beiden Seiten des Flusses bis Oderau übersehen. Obgleich das Hochwasser bereits um mehr als 2 Meter gefallen war, ließen die Felder doch deutlich erkennen, daß außerordentlich große Wiesenflächen und Getreidefelder vollkommen überschwemmt gewesen und die diesjährigen Erträge vollständig verwüstet waren. Der von dem Hochwasser angerichtete Schaden ließ sich selbstredend sofort auch nicht annähernd ermitteln, doch dürfte derselbe aller Wahrscheinlichkeit nach leider sehr erheblich sein. Tausende von Morgen Kartoffel- und Getreidefelder sind von den Fluthen überspült, Hunderttausende von Zentnern Heu verschwemmt, überall droht Noth und unabsehbares Elend in den von dem Unglück heimgesuchten Ortschaften.

Hannover, 25. Juni. (Eröffnung des neuen Bahnhofes.) Der „H. Cour." berichtet unterm 24. d. M.: In der Frühe des heutigen Tages hat sich ein Ereigniß vollzogen, das von größter Tragweite für das Verkehrswesen unserer Stadt ist: der neue Zentralbahnhof, welcher den während mehrerer Jahre an den Rand der Stadt verlegten Verkehr wieder in den Mittelpunkt derselben zurückführt, ist eröffnet. Um 5 Uhr 45 Minuten hat der erste Personenzug in der Richtung nach Kassel die neue Perronhalle verlassen, eine Stunde später fuhr als erster der ankommenden Züge ein Berlin-Kölner Personenzug in den neuen Bahnhof ein. Die lange herbeigesehnte Eröffnung, welche übrigens ohne besondere Feierlichkeit vor sich ging, wird in der ganzen Stadt als ein sehr erfreuliches Ereigniß begrüßt: trotz der frühen Stunde hatte sich denn auch heute Morgen auf dem Bahnhofsplatze eine außerordentlich zahlreiche Menge versammelt, welche sich alsbald in die inneren Räume des neuen Gebäudes ergoß. Die Wartesäle und die Perrons, zu welchen der Zutritt vorerst nur gegen Lösung eines Perronbillets gestattet ist, waren bald dicht mit Neugierigen besetzt, von denen Viele sich Billets zu dem ersten abgehenden Zuge gelöst hatten, um die Fahrt bis Wülfel oder bis zu einer anderen nahegelegenen Station mitzumachen. Das Bahnhofsgebäude und die benachbarten Unterführungen prangten in festlichem Schmuck aus Guirlanden, Bäumchen und wehenden Fahnen, die Springbrunnen auf dem Bahnhofsplatze, welche während des ganzen Tages ihre Wasserstrahlen emporwarfen, die Kandelaber und der Sockel des Ernst-August-Denkmals waren mit Kränzen umwunden. Die Besitzer der naheliegenden Hotels, welche die Eröffnung des Bahnhofes wohl am sehnsüchtigsten herbeigesehnt haben, sind nicht zurückgeblieben und haben ihre Häuser mit Fahnen und Guirlanden hübsch geschmückt. Der schöne Platz, welcher den ganzen Tag von einer festlich gestimmten Menschenmenge gefüllt war, bot bei dem meist sonnigen Wetter einen sehr günstigen Anblick dar.

Kassel, 23. Juni. Im hiesigen Zuchthause ist heute Nacht ein allem Anscheine nach auf ein Komplott zurückzuführender Ausbruch versucht worden, der indessen glücklicherweise mißlang. Gegen 1 Uhr versuchte der vor einigen Jahren wegen dreifachen Raubmordes zum Tode verurtheilte, vom Kaiser aber zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigte Tagelöhner Vinzon aus seiner Zelle in die Freiheit zu gelangen, wurde aber von dem Posten gesehen und niedergeschossen. Seine Verwundung soll lebensgefährlich sein. Die Behörde glaubt, wie man der „N. Fr. Pr." schreibt, schwerwiegende Gründe zu haben, eine förmliche, ihre Fäden nach außen spinnende Verschwörung anzunehmen, weshalb sofort eine umfassende Untersuchung angeordnet worden ist.

Bäder-Zeitung.

* **Bad Ems**, 24. Juni. Die Frequenz unseres Bades hat seit einigen Tagen eine außerordentliche Steigerung erfahren, so daß wir gegen das Vorjahr jetzt ein Plus von etlichen hundert Gästen haben. Nach der heutigen Liste beziffert sich der Besuch auf 4545 Personen: 3066 Kurgäste und 1479 Passanten. Für nächsten Samstag Abend ist zu Ehren der Allerhöchsten Anwesenheit eine große Illumination in Aussicht genommen. Den Tag darauf, also Sonntag, den 29. Juni, Nachmittags 5 Uhr, findet die große Kaiserregatta statt, welche Festlichkeit besonders glänzend zu werden verspricht. Während der Fahrten konzertiren zwei Orchester, die Kurkapelle und eine Militairkapelle aus Koblenz. Abends ist Festvorstellung im Kursaaltheater.

Literarisches.

* Neuer deutscher Wechselstempelsteuer-Tarif. Bekanntlich ist kürzlich vom Reichstag die Novelle vom Wechselstempelsteuer-Gesetz in dritter Lesung genehmigt worden und im Reichsgesetzblatte promulgirt. Das Gesetz tritt am 1. Juli d. J. in Kraft. Da hiemit der bisherige Wechselstempel-Tarif eine vollständige Umänderung erleidet, wurde derselbe, zum erleichterten Gebrauch für die betheiligten Kreise, in übersichtlicher Form zusammengestellt, mit Einzelangabe der Steuerbeträge für Wechsel bis zur Summe von 50,000 ℳ Dem Tarif, welcher im Verlag der Expedition des „Neuen Tagblatts" in Stuttgart soeben erschienen ist und zum Preise von 23 ₰ franko versandt wird, sind eingehende wissenswerthe, dem Wechselstempelsteuer-Gesetz entnommene Erläuterungen über Verwendung, Entwerthung der Stempelmarken und Blankets u. dergl. beigefügt worden; auch enthält derselbe am Schluß eine Belehrung für das Publikum wegen der neuen vom 1. k. **Mts.** an an den Postschaltern zum Verkauf kommenden Stempelwerthzeichen, bezw. wegen der Einlösung und des Umtausches der alten nicht mehr gültigen Marken und Blankets.

* Die im Verlage von Eduard Hallberger in Stuttgard erscheinende Allgemeine illustrirte Zeitung „Ueber Land und Meer" bringt in ihren neuesten Nummern wieder eine Fülle zeitgemäßen Stoffes aus allen Gebieten des Wissens in Verbindung mit zahlreichen, den Text begleitenden Illustrationen, die eine künstlerische Zierde einer jeden Nummer sind. Als besonders schön gelungen heben wir für diesmal die Bilder und den Text zur „Goldenen Hochzeitsfeier des deutschen Kaiserpaares" hervor. Diese Huldigung wird eingeleitet durch ein herrliches Gedicht von Karl Gerok. Das Journal kostet bekanntlich nur 3 ℳ pro Quartal oder 50 ₰ pro Heft. Wir empfehlen es unseren Lesern hiermit von neuem auf das Beste.

* Gelehrsamkeit oder Bildung? Versuch einer Lösung der Gymnasiums- und Realschulfrage von Dr. Hermann Fechner, Gymnasial-Oberlehrer. Breslau 1879. — Verlag von Wilhelm Koebner. Zu der in letzter Zeit wieder so lebhaft ventilirten Frage des höheren Unterrichts wird uns in obiger Broschüre ein sehr beachtenswerther Beitrag geliefert. Der Verfasser sucht nachzuweisen, daß als Ziel der höheren Schulen nur die „Bildung" angenommen werden dürfe, wenn die auf den höheren Schulen Vorbereiteten in Wirklichkeit den durch das Leben und den wissenschaftlichen Beruf an sie gestellten Anforderungen genügen sollen. Er sieht das Wesentliche der Bildung in der harmonischen Ausbildung des Geistes, weswegen er die Zweitheilung des Bildungsweges in realistische und humanistische Anstalten bekämpft. Sonach sei nur eine einzige Art der höheren Schulen nöthig und statthaft, und zwar ein modifizirtes Gymnasium. Von unserem Laienstandpunkte aus halten wir uns zu einer detaillirteren Kritik der Vorschläge des Verfassers obiger Broschüre nicht für ausreichend befähigt, doch meinen wir, dürfte schon der einfache Blick auf die buntscheckigen Stundenpläne unserer höheren Lehranstalten genügen, um die so vielfach beklagte geistige Verflachung der heutigen Generation vollauf zu erklären und dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß an die Stelle der extensiven Tendenz des Unterrichts wieder die intensive treten und den kommenden Geschlechtern jene geistige und gemüthliche Tiefe zurückgeben möchte, aus welcher Deutschland von jeher die edelsten Perlen seines Kulturlebens geschöpft hat.

Haus- und Landwirthschaft.

(Petroleumquellen.) Aus Heide, 22. Juni, schreibt man der „Fl. N. Ztg.": In Deutschland wird bekanntlich in drei Distrikten, nämlich in unserer Provinz (bei Heide), in der Provinz Hannover (bei Schöningen) und im Elsaß (bei Altkirch 2c.) Petroleum gewonnen. Was nun die Ergebnisse der deutschen Petroleumquellen anbelangt, so ergiebt eine Vergleichung mit Amerika folgende Resultate: Die Durchschnittsdauer einer Quelle ist in Amerika 2 Jahre 9 Monate, in Deutschland 5 Jahre und mehr. Der Gewinn ab Waggon Grube beläuft sich für 100 Kilogramm Rohöl in Amerika auf 19 bis 22 pCt., in Schleswig-Holstein auf 21,2 pCt., in Hannover auf 21,5 pCt. und im Elsaß auf 62 pCt. Die durchschnittliche Jahresproduktion beträgt in Amerika 3 Millionen Kilogramm mit einem durchschnittlichen Nutzen von 20,5 pCt. und in Deutschland circa 10,000 Kilogramm mit einem Durchschnittsgewinn von 34,9 pCt. bei Gewinnung des Rohöls.

Vermischtes.

Knielingen (in Baden), 23. Juni. Dem Fischer Konrad Bechtold hier, welcher am 11. d. Mts. seine goldene Hochzeit feierte, ist gestern, wie der „B. Pr." berichtet wird, aus dem Geheimen Zivilkabinet Sr. Majestät des Kaisers ein Brief folgenden Wortlauts zugegangen:

„Berlin, den 19. Juni 1879. Se. Majestät der Kaiser und König haben mit Interesse erfahren, daß, gleichwie Se. Majestät mit Allerhöchstdero Gemahlin, auch Sie mit Ihrer Ehefrau am 11. d. Mts. das Fest der goldenen Hochzeit gefeiert haben. Aus diesem Anlaß bin ich beauftragt worden, Ihnen Beiden zu diesem Jubeltage nachträglich Sr. Majestät beste Glückwünsche auszusprechen. Der Kabinetsrath, Wirklicher Geh. Rath (gez.) v. Wilmowski."

Syrakus. (Julihitze in Sizilien.) Einer interessanten Reiseskizze von Hans Fröhlich, die in dem Julihefte der Westermann'schen Monatshefte erschienen ist, entnehmen wir zum Troste unserer norddeutschen Leser die folgende Schilderung: „So kam ich zur Mittagsstunde dort an, und das bedeutet keine Kleinigkeit. Denn Syrakus gilt für die heißeste Stelle des heißen Siziliens. Der nackte, steinige, trockene Boden seiner großen Hochfläche ist zwar frei von den Fiebermiasmen der feuchteren Niederungen, läßt aber auch die volle tropische Kraft der afrikanischen Sonnengluth — denn man befindet sich unter dem 37. Grade, also in gleicher Breite mit der Küste von Tunis und Algier — ungebrochen und ungedämpft abprallen, und die erhitzten Steine strömen eine wahrhaft übermüthige Wärme aus. Es ist eine wahrhafte Feuerprobe, die der Nordländer hier zu bestehen hat. Die einzige erträgliche Stunde des Tages ist um Sonnenaufgang; um 6 Uhr wird es heiß, um 7 Uhr sehr heiß, um 8 Uhr furchtbar heiß und um 9 Uhr hört die Möglichkeit einer menschenwürdigen Existenz auf. Dann flieht Alles hinter die Steinmauern der Häuser. Um 1 Uhr beginnt aber erst die Hitze zweiter Instanz, wo die ganze Atmosphäre so durchgekocht ist, daß der Unterschied zwischen Schatten und Sonne fast verschwindet, nur daß man sich dort mehr gesotten und hier mehr gebraten fühlt. Jede geistige Potenz verdunstet, ein hülfloser Leichnam wälzt sich auf dem Lager, ausschließlich mit Schwitzen beschäftigt. Gegen 5—6 Uhr Abends ist zwar das Schlimmste überstanden; da man aber nun durch angeborenes deutsches Pflichtgefühl genöthigt wird, die dazu gehörigen Sehenswürdigkeiten in Augenschein zu nehmen, dies aber nicht gut ohne eine gewisse Bewegung der Gieder zu bewerkstelligen ist, so beginnt jetzt erst das eigentliche Schwitzbad. Selbst die Erfrischung durch das Seebad ist nicht groß, da das Wasser ungefähr die Temperatur einer mundgerechten Fleischbrühe hat. Um die Mittagszeit meines ersten Tages in Syrakus stieg ein seekrankes Gewitter am Horizont herauf, knurrte und gurgelte etwas, vermochte aber keinen einzigen Tropfen herauszuwürgen und zog endlich mit eingekniffenem Schwanze wieder ab. Darauf aber war es heißer denn je zuvor.

(Ein in Papiergeld angelegtes Vermögen verbrannt.) Ein recht harter Schicksalsschlag hat vor einigen Tagen die Mühlenbesitzer Kintzel'schen Eheleute in der kaum eine halbe Meile von Meseritz entfernten Mühle betroffen. Die Genannten besaßen, wie in jener Gegend allgemein bekannt war, außer ihren Grundstücken noch ein bedeutendes baares Vermögen, welches sie aber stets als todten Mammon verbargen und sorgfältig hüteten, und zwar diente ihnen zur Aufbewahrung desselben, wie sich jetzt herausstellte, ein in ihrer Wohnstube befindlicher altmodischer Kamin, in welchem nicht mehr geheizt wurde, und der deshalb durch eine massive Thür verschlossen war. Dieser Kamin läuft direkt in den in Benutzung befindlichen Schornstein des Mühlengebäudes aus. Nun entstand dieser Tage in jenem Schornsteine ein Rußbrand, und unglücklicherweise fielen dabei auch einige Funken in den oben beschriebenen Geldschrank und entzündeten die dort aufbewahrten Geldpapiere. Jedenfalls muß das Häufchen derselben recht ansehnlich gewesen sein. Auch das dort aufbewahrte Gold und Silber ist mehr oder weniger zerschmolzen. Man spricht davon, daß die Gesammtsumme des vernichteten Geldes sich auf 40 bis 50,000 ℳ beläuft, und daß Kintzel davon nur einen geringen Theil ersetzt erhalten wird, da er nur von wenigen der total verkohlten Papiere die Nummern notirt hatte.

* (Ein neuer Komet.) Lewis Swift in Rochester, Staat New-York, meldet die von ihm am 16. Juni gemachte Entdeckung seines Kometen mit einem kurzen Schweife.

Handel und Industrie.

— Rheinische Eisenbahn. Die Direktion hat an die hiesigen Anmeldestellen das Ersuchen gerichtet, Anmeldungen auf die jungen Aktien wiederum anzunehmen, mit dem Vorbehalt jedoch, daß die Direktion in Köln bei inzwischen eingetretener Vollziehung des aufgelegten Betrages diese Anmeldungen zurückweisen kann. Jedenfalls ergiebt sich aus dieser neuen Anordnung, daß zur Zeit die jungen Aktien noch nicht voll bezogen sind.

— Holsteinische Marschbahn. In der am Sonnabend abgehaltenen Generalversammlung gab zunächst die Direktion einen Bericht über die Lage des Unternehmens. Nach Dechargirung der Bilanz u. s. w. wurde der Antrag des Aufsichtsraths, daß die Direktion ermächtigt werde, die Kosten für die generellen Vorarbeiten für Weiterführung der Bahn von Heide nach dem Norden aus dem Baufonds zu entnehmen, angenommen, doch ist unter Norden Husum als Endpunkt zu betrachten. Direktion und Aufsichtsrath hatten den Antrag gestellt, daß beschlossen werde: eine normalspurige Sekundair-Eisenbahn von St. Michaelisdonn nach Marne auf Kosten der Gesellschaft zu erbauen und hierzu aus den Ueberschüssen des Baufonds bis zur Summe von 400,000 ℳ zu verwenden, jedoch unter der Bedingung, daß das zum Bau erforderliche Terrain von ca. 40 Hektar vorbehaltlich der genauen Feststellung und einschließlich sämmtlicher Nebenentschädigungen zum Preise von 4000 ℳ per Hektar zur Verfügung gestellt werde. Derselbe wurde mit großer Majorität angenommen.

— Oesterreichische Staatsbahn. Nach einer Angabe der Wiener „N. Fr. Pr." dürften die Kosten, welche die Herstellung der provisorischen Bauten der Oesterreichischen Staatsbahn in Folge der Szegediner Katastrophe erforderte, circa 200,000 fl. betragen, und dürften dieselben, aller Wahrscheinlichkeit nach, aus dem Betriebe gedeckt werden.

— Saalbahn. Die am 24. d. abgehaltene Generalversammlung war von 121 Aktionairen besucht, welche 1176 Stimmen führten. Die Decharge wurde ohne Diskussion ertheilt und das ausscheidende Mitglied des Verwaltungsraths wiedergewählt.

— Nachdem die Bauarbeiten auf der Staatsbahn Tarvis-Pontafel ihrer Vollendung nahe gerückt sind, hat die k. k. Direktion für Staats-Eisenbahnbauten schon vor einiger Zeit beim k. k. Handelsministerium und der Generalinspektion der österreichischen Eisenbahnen um die Einleitung der vorgeschriebenen Kommissionen behufs der Betriebseröffnung für den Monat Juli l. J. angesucht. Diesem Antrage konnte jedoch, der „Pol. Corr." zufolge, seitens des Handelsministeriums nicht stattgegeben werden, da es bisher nicht möglich war, die internationale Regelung des Eisenbahnanschlusses bei Pontafel und den Abschluß des mit der königlich italienischen Regierung zu diesem Behufe zu vereinbarenden Staatsvertrages herbeizuführen.

— Kottbus-Großenhain. Der „R. A." veröffentlicht einen III. Nachtrag zum Statut der Bahn, nach welchem auf Anordnung der Staatsregierung mit Genehmigung der Generalversammlung vom 30. April cr. an die Stelle der §§ 6 und 7 des Statuts abgeänderte Paragraphen treten, welche die Bildung eines Reservefonds und Erneuerungsfonds vorschreiben.

— Reichenberg-Pardubitz. Die Aktionaire wollen beachten, daß der am 1. Juli cr. fällig werdende Koupon nicht mehr, wie dies bisher geschehen, mit Gold-Obligationen, sondern im Einklang mit den in der letztjährigen außerordentlichen Generalversammlung gefaßten Beschlüssen mit Papier-Obligationen eingelöst wird. Es sind zu diesem Behufe, da die ganze zu beseitigende schwebende Schuld 2,400,000 Fl. betrug und hiervon bereits 600,000 Fl. durch Ausgabe der restlichen Gold-Obligationen von 1874 gedeckt sind, noch 1,800,000 Fl. Obligationen auf Papierwährung zu emittiren, die den Aktionairen an Stelle des baaren Geldes zum Parikurse in Zahlung gegeben werden, in der Weise, daß auf je 50 Koupons eine Obligation von 200 Fl österr. Papier entfällt. Zum jetzigen ungefähren Kurse der Reichenberg-Pardubitzer Prioritäten von 65 pCt. umgerechnet, stellt sich der effektive Werth des nominal sich auf 4 Fl. = 8 ℳ beziffernden Koupons auf ca. 5 ℳ, und 4½—5 ℳ ist denn auch derjenige Kurs, der an der Börse gegenwärtig für diese Koupons bezahlt wird.

* Preußische Bodenkredit-Aktienbank. Die Aktionaire der Bank können sich nicht beklagen, daß wir die Situation dieses Instituts nicht schon seit langer Zeit in dem richtigen, d. h. recht trüben Lichte geschildert hätten. Die Semesterbilanz, welche in der zweiten Hälfte des Juli erscheinen wird, dürfte nach Andeutungen hiesiger Börsenblätter eine abermalige Verschlechterung der ganzen Lage der Bank konstatiren. Es soll darin, und wir halten das für sehr wahrscheinlich, mitgetheilt werden, daß die Grundstücksankäufe in Subhastationen die Ziffer von ca. 11 Millionen Mark überschritten haben. Außerdem wird sich aus dieser Semestralbilanz ergeben, daß auch die Gewinne im laufenden Jahre wesentlich niedrigere sind, als im ersten Semester des Jahres vorher. Schließlich wird ja die Frage, welche Dividende etwa zur Vertheilung gelangen kann, in letzter Instanz davon abhängen, wie hoch die Abschreibungen zu bemessen sind, und darüber kann in dem Semestralbericht keine Auskunft ertheilt werden. Es wird in diesem Bericht den Aktionairen nur gesagt werden, daß, da die Abschreibungen größere werden sein müssen, als im Jahre vorher, und da andererseits die Gewinne sich verkleinert haben, sie sich jedenfalls auf eine neue Verringerung der Dividende gefaßt zu machen haben.

— Internationale Bank in Hamburg. Der Verwaltungsrath beruft die Aktionaire zu einer außerordentlichen Generalversammlung auf den 24. Juli ein, um über die Auflösung der Bank Beschluß zu fassen. — Der Verwaltungsrath giebt hierzu folgende Motivirung: Der Verwaltungsrath hat es bisher für angemessen erachtet, sich den Bestrebungen gegenüber, welche auf die Liquidation der Bank hinzielten, ablehnend zu verhalten, ohne indessen verkannt zu haben, daß den Aktionairen allein das Recht zustehe, über ihr Eigenthum, welches in der Bank repräsentirt ist, zu verfügen. Derselbe sieht sich aber genöthigt, zu erklären, daß die zu Tage getretenen Liquidationsbestrebungen dem regelmäßigen Geschäfte und dem Ansehen der Bank nicht unbedeutenden Schaden zugefügt, und auch die Londoner Mitglieder des Board der International Bank of Hamburg u. London Limd. veranlaßt haben, an ihr ferneres Verbleiben im Board Bedingungen zu knüpfen, welche die Existenz des Londoner Etablissements von der jederzeitigen Wiederkehr derartiger Liquidationsbestrebungen der Hamb. Intern. Bank unabhängig zu stellen geeignet sein würden. Der Verwaltungsrath muß die Berechtigung der von den Londoner Herren gestellten Forderungen anerkennen, hat sich aber nichtsdestoweniger von der gänzlichen Unmöglichkeit, diese Wünsche zu erfüllen, überzeugen müssen. Zu diesem ersten an und für sich unübersteiglichen Hindernisse gesellte sich der Umstand, daß der Verwaltungsrath, durch Krankheit, aus Gesundheitsrücksichten und durch verschiedene Umstände veranlaßt, fünf Vakanzen aufweisen wird, welche unter gegenwärtigen Verhältnissen auszufüllen schwierig sein dürfte. Es bleibt daher dem Verwaltungsrathe, welcher sich bei solcher veränderten Sachlage zur Weiterführung der Geschäfte außer Stande sieht, kein anderer Ausweg, als die Beantragung der Liquidation der Bank. Um über den Liquidationsantrag einen Beschluß fassen zu können, bedarf es der Vertretung von ⅔ des Aktienkapitals der Bank von 15,000,000 ℳ in der Generalversammlung.

— Bank von Frankreich. Die Dividende der Aktien für das erste Semester ist auf 57,73 festgesetzt, nach Abzug der Steuer auf 56.

— Bauverein Unter den Linden. Ueber die Situation der Gesellschaft sind gegenwärtig Nachrichten im Umlauf, die geeignet erscheinen, bei den Aktionairen schwere Besorgnisse wachzurufen. Die „B. B. Z." kann gegenüber diesen Nachrichten, welche sämmtlich die Schwierigkeiten betonen, die die Beschaffung der demnächst fällig werdenden Hypotheken der Gesellschaft verursachen soll, auf das Bestimmteste versichern, daß der Landrath von Bonin seine volle Bereitwilligkeit ausgesprochen hat, seine am 1. Oktober cr. fällig werdende Hypothekenforderung zu prolongiren, und daß auch der Buchdruckereibesitzer Bernstein wegen einer Prolongation seiner Forderung keineswegs Schwierigkeiten erhebt. Es werden also dem Vorstand der Gesellschaft nach dieser Richtung hin vorläufig jedenfalls keine Verlegenheiten erwachsen.

— Dannenbergersche Kattunfabriken. In der am 24. d. M. abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung war ein Aktienkapital von rund 5,800,000 ℳ vertreten. Die Liquidation des Unternehmens wurde mit 9342 gegen 314 Stimmen beschlossen, und wählte die Versammlung alsdann einstimmig den bisherigen Direktor Herrn Adolph Dux und Felix Falk zu Liquidatoren.

Dividenden.

— Westpreußische 5proz. Pfandbriefe II. Serie. Die gekündigten, aber bisher nicht eingereichten 5proz. Pfandbriefe II. Serie werden vom 1. Juli cr. ab bei der Generalagentur der Königlich Westpreußischen General-Landschaftsdirektion (J. Saling) in Berlin eingelöst.

— Ostpreußische Pfandbriefe. Der im Johannistermin fällige Koupon wird vom 1. Juli cr. ab bei dem Herrn Meyer Cohn in Berlin eingelöst.

— Ostpreußische Südbahn. Die per 1. Juli cr. zur Rückzahlung gekündigten 5proz. Prioritätsobligationen II. und III. Emission werden schon von jetzt ab in Berlin bei der Direktion der Diskontogesellschaft und bei der Berliner Handelsgesellschaft eingelöst.

— Prag-Duxer Eisenbahn. Auf den am 1. Juli 1874 fällig gewesenen, bisher nicht eingelösten 6. Koupon der Prioritätsobligationen wird vom 1. Juli cr. ab eine Abschlagszahlung von 1 fl. 50 kr. österr. W. geleistet, während für den Rest desselben ein neuer über 2 fl. 25 kr. lautender Bezugsschein ausgegeben wird; die Einlösung erfolgt bei der Gesellschaftskasse in Prag.

— Aussig-Teplitzer Eisenbahn. Die am 30. Juni resp. 1. Juli cr. fälligen Koupons der Prioritätsanleihen werden von da ab mit 7 ℳ 50 ₰ pro Stück in Berlin bei der Direktion der Diskontogesellschaft und bei dem Herrn S. Bleichröder eingelöst.

— Kronprinz Rudolph-Bahn. Der am 1. Juli cr. fällige Aktienkoupon wird von da ab mit 5 fl. österr. W. in Silber bei den Herren Feig u. Pinkuß in Berlin eingelöst.

— Zoologischer Garten. Der am 1. Juli cr. fällige Koupon der 6proz. Obligationen Serie II. wird mit 18 ℳ und der Koupon der 6proz. Obligationen Serie I. mit 9 ℳ von da ab bei dem Herrn S. Bleichröder in Berlin eingelöst.

Konkurs-Nachrichten.

— Ueber das Vermögen 1. des Kaufmanns Bernhard Gustav Harang, in Firma C. F. Prutz Wittwe zu Altwarp, Kreisgericht Anklam, ist Konkurs eröffnet. Zahlungseinstellung 26. Mai cr. Verwalter Kaufmann Otto Bluhme zu Anklam. Termin 2. Juli cr. 2. der Firma Schindler u. König zu Reichenbach i. Schl. und der Inhaber derselben, Kaufleute Wilhelm Schindler und Karl König daselbst. Zahlungseinstellung 10. Mai cr. Verwalter Kaufmann Otto Paulisch. Termin 30. Juni cr.

Verkehrs-Nachrichten.

* Laut Telegramm sind die Hamburger Postdampfschiffe: „Lessing" am 11. d. M. von Hamburg und am 13. d. M. von Havre abgegangen, nach einer Reise von 10 Tagen 23 Stunden am 25. d. M. 8 Uhr Morgens wohlbehalten in New-York angekommen; „Silesia", am 18. d. M. von Hamburg abgegangen, am 20. d. M. Morgens in Havre angekommen und von dort am 21. d. M. 10 Uhr Morgens nach New-York weiter in See gegangen. — „Herder", am 12. d. M. von New-York abgegangen, ist am 22. d. M., 1½ Uhr Nachmittags in Plymouth angekommen, Cherbourg selbigen Tages passirt und bereit am 24. d. M., Abends 7 Uhr, in Hamburg eingetroffen. Das Schiff brachte 167 Passagiere, 107 Briefsäcke, volle Ladung und 74,800 Dollars Contanten. — „Cimbria" ging am 25. d. M. von Hamburg via Havre nach New-York ab. — „Teutonia" ging am 21. d. M. Morgens von Hamburg via Havre nach Westindien, traf am 23. Nachmittags in Havre ein und setzte am 24. d. M., 2 Uhr Nachmittags, die Reise nach St. Thomas fort. — „Bavaria", am 18. d. M. von St. Thomas nach Hamburg abgegangen, passirte Lizard am 25. d. M. Morgens. — „Montevideo", am 13. d. M. von St. Vincent via Lissabon nach Hamburg abgegangen, traf am 21. d. M. in Lissabon ein und setzte dann seine Fahrt nach Hamburg fort. — „Bahia" ist am 18. via Lissabon nach Brasilien abgegangen.

New-York, Mittwoch 25. Juni. Der Hamburger Postdampfer „Lessing" ist heute Morgen 8 Uhr hier eingetroffen.

Während des Druckes eingetroffene Depeschen:

Versailles, 26. Juni, Abends. Die Deputirtenkammer fuhr in der Berathung der Ferry'schen Gesetzentwürfe fort. Dem Republikaner Lamy, der sich im Namen der Freiheit gegen die Ferry'schen Vorlagen ausgesprochen hatte, trat der Unterrichtsminister Ferry selbst entgegen, indem er die Ueberweisung des Unterrichts als ein dem Staate zustehendes Recht in Anspruch nahm und darauf hinwies, daß der klerikale Unterricht, der zu einer ernsthaften Gefahr geworden sei, die von ihm gemachte Vorlage nothwendig gemacht hätte.

Rom, Donnerstag 26. Juni, Abends. Der Fürst von Bulgarien wurde heute im Quirinal unter Erweisung fürstlicher Ehren vom König und von der Königin empfangen. Zu Ehren desselben findet morgen im Quirinal ein Diner statt, zu welchem die Minister, das diplomatische Korps und das Gefolge des Fürsten Einladungen erhalten haben. Der Fürst stattete heute auch den beim Quirinal beglaubigten Botschaftern der Großmächte einen Besuch ab und empfing den Ministerpräsidenten Depretis und Tornielli in Audienz.

Kairo, Donnerstag 26. Juni, Abends. Erbprinz Tewfik begab sich heute Nachmittag 5 Uhr, begleitet von den diplomatischen Vertretern der Mächte, nach der hiesigen Zitadelle und wurde dort, unter Lösung von 101 Kanonenschüssen, zum Khedive ausgerufen. Die Proklamirung Tewfiks zum Khedive ist von den Eingeborenen und von den Europäern mit großer Befriedigung empfangen worden. Der bisherige Khedive Ismail wird sich dem Vernehmen nach demnächst nach Konstantinopel begeben.

(Fortsetzung des redaktionellen Theils Seite 5.)

Wegen der umfassenden Inventur-Arbeiten bleiben
heute, Freitag den 27. Juni, und
morgen, Sonnabend den 28. Juni,
sämmtliche Verkaufsräume und Bureaux meines Etablissements geschlossen.
Rudolph Hertzog, 15. Breite-Str. 15.
7559

Zoologischer Garten.
Die Herren Actionaire und Abonnenten und deren Angehörige werden höflichst ersucht, ihre Legitimationen am Eingange des Gartens stets vorzuzeigen. 7534
Da die Actien häufig in andere Hände übergehen, andererseits die Controllbeamten wechseln, ist die Identität der berechtigten Besucher nur durch die bezüglichen Karten und Photographien festzustellen, ohne welche der Eintritt in den Garten nicht mehr gestattet werden kann.
Berlin, Mitte Juni 1879.
Der Vorstand.

Geeignete Personen, welche bereit sind, die **Amtsanwaltschaft** hierselbst gegen die Vergütigung, wie sie von der Justizverwaltung festgesetzt werden wird, vom 1. October d. J. an zu übernehmen, fordern wir auf, sich baldigst bei uns unter Nachweis ihrer Qualifikation zu melden.
Salzwedel, den 21. Juni 1879. 7557
Der Magistrat.

Schönfließ i. d. Neumark.
Die hiesige **Bürgermeisterstelle** ist vacant und soll neu besetzt werden. Das Gehalt derselben ist auf jährlich 1800 M. pensionsfähiges Einkommen festgesetzt. Dieser Stelle sollen die Funktionen als Standesbeamter und Polizei-Anwalt beigefügt werden, und wird für erstere 150 M., für letztere 90 M. jährliches Honorar bewilligt. Für Bureaukosten werden jährlich 360 M. gewährt. Meldungen geeigneter Bewerber nimmt unter Einreichung ihrer Zeugnisse entgegen 7556
Friedemann,
Stadtverordneten-Vorsteher.

Für meinen Sohn im 11. Jahre suche baldmöglichst einen tüchtigen **Kandidaten.**
Zollen bei Soldin N/M. 7436
G. Henning, Rittergutsbesitzer.

Eine **geprft. evangel. Erzieherin,** die fertig Französisch und Englisch spricht, auch etwas musikalisch ist und schon in Stellung war, **wird vom 1. October d. J. auf's Land zu zwei Kindern von 9—13 Jahren gewünscht.** Offerten vermittelt sub **J. Z. 9120 Rudolf Mosse, Berlin SW.** 7495

Für Lehrer.
Zur Forthülfe eines 11jährigen Knaben — Quartaner — resp. um ein sicheres Urtheil über denselben zu gewinnen, wird für die Dauer der Sommerferien auf einem Gute ein erfahrener, akademisch gebildeter Lehrer gewünscht. Der Herr könnte mit einem guten Honorar eine angenehme Sommerfrische verbinden.. Offerten 2c. erbitte unter **A. B.** Zirke, Pr. Posen, postlagernd. 7563

Ein Gymnastallehrer w. i. d. Ferien z. unterrichten, auch auf Reisen oder auf dem Lande. Adr. erb. i. d. Expedition dieser Zeitung unter **R. S. 7.** 7566

Im Verlage von Wilh. Hertz (Besser'sche **Buchhandlung**) Berlin NW., Marienstr. 10, erschien soeben:
Die goldene Kaiserhochzeit
Ein Festspiel in fünf Bildern
zum 11. Juni 1879 von
F. K. M.
Preis M. 1. 50. 7565

Verlag von Ferdinand Enke in Stuttgart.
Soeben ist erschienen und durch jede Buchhandlung zu beziehen:
Handbuch
des 7552
Reichs-Civil-Prozeßrechts
auf rationellen Grundlagen,
mit vergleichender Darstellung
des gemeinen deutschen Civilprozesses
für Studirende und zum Gebrauch in der Praxis.
Von Prof. Dr. **Karl Bolgiano** in München
Allgemeiner Theil.
38 Bogen in Oktav. Preis 9 Mark.

Zur Reise!
Unsere selbst fabricirten **Engl. Biscuits** in Blechdosen à M. 1,25. 1,50. 3. 4,50. 6,50 2c. **Pound-Plum-Wedding-Cake** à Stück 1,20. 2 und 3 M. **Reiseflaschen mit diversen Liqueuren** zu 1. 1,50. 2,50. 3,75 2c. **Himbeer-, Erdbeer-, Kirschen-, Citronen-, Apfelsinen-, Johannisbeeren-Limonaden** und **Marmaladen** à M. 1,50, **ff. Confecte** à Pfd. 1,20. 1.60. 2 und 3 M. **Reise-Chocoladen, Pfeffermünz-** und **Erfrischungs-pastillen, Fruchtperlen,** sowie feine **Chinesische Thee's** zu 3, 4, 5 und 6 M. empfehlen
Gebr. Thiele,
Hoflieferanten,
Fabrik Engl. Biscuits und Cakes,
27. Leipzigerstr. 28. W. 7394
Filiale: **Potsdamerstraße 130.**

Strümpfe zum Anweben!
Es ist doch schade darum, Strümpfe zu verwerfen, an denen nur die Füße zerrissen sind, so hören wir täglich, und mit vollem Rechte, die Damen sprechen, welche uns Strümpfe **zum Anweben** bringen! Der **obere** Theil, sogen. Beinlängen, **kostet das Meiste** u. ist noch gut erhalten, weshalb den schon früher bezahlten Theil nicht wieder benutzen?! Wir rathen deshalb jeder Dame, ihre Strümpfe (auch gestrickte) wieder **anweben** zu lassen in der **Strumpf-Anwebe-Fabrik von Kreyssig & Sohn, Berlin, 22. Leipzigerstr. 22.** 7553

Gegen **Sommersprossen,**
Sonnenbrand, Röthe, Mitesser 2c. und Hautunreinheiten aller Art, sowie zur **Verfeinerung** und **Kühlung** der Haut empfehle:
Eau de Lys de Lohse,
Schönheits-Lilienmilch,
à 1 M. 50 ₰, 3 M. und 6 M.
LOHSE, Königl. Hoflieferant, W., **Jägerstraße 46.** 6539
Aufträge nach außerhalb prompt effectuirt.
Zu finden in allen renommirten Parfumerien.

Die Herren **Dollfus-Mieg & Cie.**
in Mülhausen im Elsaß
empfehlen hiermit ihre ausgezeichnete 7448
D. M. C.
farbige und waschechte Stickbaumwolle
(Coton à broder),
welche durch jedes gute Detailgeschäft zu beziehen ist.
Auf Verlangen werden Musterkarten mit Nummern-Angabe der Farben gratis und direct aus der Fabrik versandt. Das Garn hingegen kann nur durch Zwischenhändler bezogen werden.
Man wolle sich vor Imitationen verwahren.

Rheinische Eisenbahn.
Kündigung resp. Conversion der 5%igen Prioritäts-Obligationen I., II. und III. Emission.
Auf Grund des § 5 der Allerhöchsten Privilegien vom 14. October 1869, 19. Juli 1871 und 4. November 1872 sowie der unter dem 13. d. M. ertheilten Allerhöchsten Genehmigung, kündigen wir hiermit die in Gemäßheit der angeführten Allerhöchsten Privilegien emittirten, bis auf den heutigen Tag noch nicht zur Amortisation ausgeloosten 5procentigen Obligationen dergestalt, daß vom 1. Januar 1880 ab die Verzinsung derselben aufhört und von diesem Tage ab gegen Einreichung der Original-Stücke nebst Talons der Nominalbetrag der Obligationen nebst 5 Procent Zinsen für die Zeit vom 1. October bis 31. December 1879 einschließlich bei den später noch bekannt zu machenden Zahlstellen in Empfang genommen werden kann.
Zugleich erklären wir uns hiermit bereit, die gekündigten Obligationen in solche zu verwandeln, welche vom 1. Januar 1880 ab mit 4½ Procent für das Jahr verzinslich sind. Diejenigen Gläubiger, welche von diesem Anerbieten Gebrauch machen wollen, haben die zu convertirenden Obligationen in der Präclusivfrist vom 1. bis 31. Juli cr. einschließlich bei den nachstehend bezeichneten Stellen:
1. **dem Effecten-Büreau unserer Verwaltung hierselbst,**
2. **der General-Direction der Seehandlungs-Societät,**
3. **dem Herrn S. Bleichröder in Berlin,**
4. **der Bank für Handel und Industrie in Berlin,** 7554
5. **der Direction der Disconto-Gesellschaft in Berlin,**
6. **den Herren S. Oppenheim jun. & Co. hier,**
7. **dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein hier,**

nebst Talons in einem nach der Reihenfolge der Nummern geordneten Verzeichniß der Obligationen einzureichen. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei jeder der vorbezeichneten sieben Einlösestellen vom 1. Juli cr. ab zu haben. Die zur Convertirung eingereichten Stücke werden nebst den dazu gehörigen Talons kostenfrei abgestempelt und mit dem Vermerke der Zinsreduktion versehen. Der an den Obligationen allein noch befindliche, am 1. October 1879 fällige Coupon wird den Inhabern der zu convertirenden Obligationen belassen. Gegen Aushändigung der abgestempelten Talons wird vom 2. Januar 1880 ab eine neue, den Zeitraum vom 1. October 1879 bis dahin 1884 umfassende Serie von Zinscoupons nebst Talons verabfolgt, deren erster, am 1. April 1880 zahlfälliger Coupon, über 5 Procent Zinsen vom 1. October bis 31. December 1879 und zugleich über 4½ Procent Zinsen vom 1. Januar bis 31. März 1880, deren übrige Coupons dagegen über 4½ Procent Zinsen für je ein halbes Jahr lauten.
Köln, den 25. Juni 1879. **Die Direction.**

FRANZ JOSEF BITTERQUELLE
Das anerkannt wirksamste aller Bitterwässer. „Selbst bei reizbarem Darme verabreicht, erzielte dieses Wasser schmerzlose Wirkung." Prof. Dr. Leube, Erlangen. — „Ist schon in kleinen Gaben wirksam und nicht unangenehm zu nehmen." Geheimrath Prof. Dr. Kußmaul in Straßburg. — „Kann längere Zeit hindurch genommen werden, ohne Nachtheile zu verursachen und ohne an sicherer Wirkung zu verlieren." Prof. Dr. Spiegelberg, Breslau. — „Bei Magen- u. Darmkatarrhen, hab. Stuhlverstopfung, Appetitlosigkeit, Blutanschoppung, Hämorrhoiden, Leberleiden und Frauenkrankheiten wurden vorzügliche Erfolge erzielt." V. med. Abth. d. k. k. Allgem. Krankenhauses zu Wien.
Vorräthig in allen renommirten Mineralwasserhandlungen. 6695

Fortsetzung Seite 5 und 6.

D. & B. Loewenberg, **Möbel** **Leipzigerstr. 14, neben der Reichspost.**
Wir empfehlen unser so reichhaltiges Lager gediegener Möbel, Spiegel und Polsterwaaren vom einfachsten bis zum elegantesten Genre, deren Solidität und **mottensichere** Polsterung wir unbedingt **garantiren, auch gewähren Theilzahlung.** Die Preise haben wiederum bedeutend ermäßigt. Schlaf-Sopha 16 Thlr., franz. Plüschgarnitur 56 Thlr., Büffets 35 Thlr., Cylinderbür. 26 Thlr., Bettstelle mit Sprungfederboden (60 Sprungfed.) nur 14 Thlr., mahag. Sophatische 5 Thlr., Wäschespind 10 Thlr., Waschtoilette mit Marmor 12 Thlr., Localtische und Wiener Stühle, Spiegel und Trumeaux. Ferner **große Auswahl hochleganter eichen antik prachtvoll geschnitzter und die so wunderschönen hochherrschaftlichen schwarz-matten Möbel** zu auffällig billigen Preisen. Anschläge und Zeichnungen gratis und franco. 7404

Prämiirt Lyon 1872, Wien 1873, Paris 1878 Silberne Medaille.
Saxlehner's Bitterquelle
Hunyadi János
durch Liebig, Bunsen, Fresenius etc. analysirt, ist laut Gutachten medicinischer Autoritäten (Virchow, Bamberger, Wunderlich, Kussmaul, Scanzoni, Spiegelberg, Friedreich, Nussbaum, Buhl etc.) als das
Vorzüglichste und Wirksamste aller Bitterwasser
erprobt und empfohlen. — Niederlagen sind in allen soliden Mineralwasserhandlungen und den meisten Apotheken, doch wird das p. t. Publikum im eigenen Interesse gebeten, in den Niederlagen ausdrücklich **Saxlehner's Bitterwasser** zu verlangen. 6723
Der Besitzer: **Andreas Saxlehner, Budapest.**

Post- und Telegraphen-Station. **Ostseebad Misdroy.** **Saison vom 15. Juni bis 20. September.**
Herrliche Lage unmittelbar an der See und dem prächtigsten Laub- und Nadelwalde, mit meilenweiten Promenaden, gesunde ozonreiche Luft, daher auch als klimatischer Curort sehr besucht. — Vorzügliche Bade-Anstalten zu kalten und warmen See- und Soolbädern. — Comfortable Hotels und Privatwohnungen zu allen Ansprüchen. — Frequenz 1878: 4500 Gäste. — Tägliche Dampfschiff-Verbindung mit Stettin. — Eisenbahn-Verbindung über Swinemünde. — Nähere Auskunft ertheilt
6496 **Die Bade-Direction.**

Zu Einrichtungen, Ergänzungen
empfehle ich die Arbeiten meiner
Holzwaaren-Fabrik für **Haus-** und **Küchengeräthe.**
Ausserdem mein Lager gediegener 6605
Kinder-Spiel-Waaren.
Hochachtungsvoll
41/42. Kurstr., Gustav Kiessner, Kurstr. **41/42.**

Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn.
Internationale Eisenbahn-Verbindung
über **Potsdam — Bleyberg — Düsseldorf.**

Courierzug	Schnellzug	Expreßzug					Courierzug	Expreßzug
10⁰ Abds.	8⁴⁵ Vm.	1⁰ Nm.	Abf.	Berlin Potsdamer Bahnhof		Ank.	7⁴² Vm.	10¹⁵ Abds.
7⁵⁷ Vm.	8⁵¹ Abds.	10⁴³ Abds.	Ank.	Düsseldorf		Abf.	7⁵⁸ Abds.	11³¹ Vm.
9⁵⁰ Vm.	11¹⁶ Abds.	12⁹ Nchts.	Ank.	Aachen T.		Abf.	6¹⁵ Abds.	10⁸ Vm.
2⁵ Nm.		4³⁸ Früh	Ank.	Brüssel	über Bleyberg	Abf.	10⁴⁰ Vm.	6¹⁵ Vm.
5³⁰ Nm.		9⁵² Vm.	Ank.	Ostende		Abf.	6²⁵ Vm.	3⁵⁰ Früh
3⁴⁵ Früh		5³⁰ Nm.	Ank.	London über Ostende		Abf.	—	8¹⁵ Abds.
6¹⁰ Vm.		5³⁰ Nm.	Ank.	London über Calais		Abf.	—	8¹⁵ Abds.
7⁴⁰ Abds.		9⁴⁵ Vm.	Ank.	Paris		Abf.	7²⁰ Vm.	9¹⁰ Abds.

Passagier-Beförderung ohne Wagenwechsel:
1⁰ Nchm. und 10⁰ Abends von **Berlin** über **Aachen T** bis **Paris.**
1⁰ Nchm. von **Berlin** über **Aachen T.** und **Brüssel** bis **Ostende** und **Calais.**
Zu allen Zügen internationale Billethefte I. Klasse und gemischter (I./II.) Klasse nach allen Stationen; auch II. Klasse nach **Lüttich, Brüssel, Antwerpen, Ostende, Calais, London** via **Ostende** und via **Calais,** sowie Hin- und Rückfahrt-Billets nach **London** zu ermäßigten Preisen zur I. und II. Klasse. Zu dem Zuge 9¹⁰ Abds. von Paris auch directe Billets II. Klasse von Paris bis Berlin (92 Frcs. 10 Cent.).
Diese Billette kommen auch in Carl Riesel's Reise-Comtoir, 42. Jerusalemerstr. I., am Dönhofsplatz, zum Verkauf. 7037
Berlin, den 5. Juni 1879.
Das Directorium.

Churwalden
Alpenkurort 4057' ü. M. Schweiz
Hotel und Pension Krone
(Kurhaus) 1. Juni — 30. September. 6484
Bahnstation Chur. — Engadiner Route.
Arzt: **Dr. Denz.** Propr. **J. Brügger.**

Bad Salzschlirf.
Eisenbahnstation bei Fulda.
Eröffnung der Saison 15. Mai. — Badearzt Sanitätsrath Dr. **Sponholz.** — Versandt der Broschüren und Auskunft über Wohnungen besorgt die Verwaltung, ebenso den Versandt des Mineralwassers, dessen Niederlagen sich in allen größeren Handlungen und Apotheken befinden. — In **Berlin** bei Herren: **J. F. Heyl & Co.,** Charlottenstraße, und Dr. **M. Lehmann,** Spandauerstraße. 7403

Kuranstalt Klönthal,
(Vorauen)
Succursale des Hôtels „Glarnerhof" in Glarus,
ist seit 1. Juni wieder eröffnet. 7045
Es empfiehlt sich bestens **Franz Taruhn.**

Für Lungenkranke
wurde die erste Heilanstalt von **Dr. Brehmer** 1854 in **Görbersdorf** errichtet. Dieselbe liegt in schwindsuchtsfreier Zone, eignet sich daher besonders für **Lungenkranke** in den verschiedenen Stadien. Chefarzt ist **Dr. Brehmer, von dem f. Z. die jetzt allgemein anerkannte Therapie behufs Heilung der Lungenschwindsucht** ausgegangen ist.
Die Patientenzimmer sind mit **allem Comfort** ausgestattet, die eine gut organisirte Krankenpflege zu geben vermag. Die Preise sind mäßig. 6518
Görbersdorf ist Post- und Telegraphen-Station. Nähere Auskunft ertheilt die **Administration der Dr. Brehmer'schen Heilanstalt in Görbersdorf.**

Elegante Damenhüte,
Hauben und **Coiffüren(Specialität)**
Marie Auguste Arends, Besselstr. 16, 1 Treppe.

Mühlenmaschinen. 7558
4 Porcellanwalzenstühle, 1 Griesputzmasch. weg. nicht z. Ausführ. gekomm. Mühlenanlage billig zu verkaufen. Näh, Karlstr. 22. **S. Matheus.**

Specialarzt Dr. med. Meyer,
vom Staate approbirter Arzt, heilt alle **Unterleibs-,** ebenso **Rückenmarks-, Haut-** und **Frauenkrankheiten,** sowie **Schwächezustände** jeder Art nach den neuesten Fortschritten der Wissenschaft, selbst in den hartnäckigsten Fällen, mit stets glänzendem Erfolge. Zu sprechen nach wie vor seit vielen Jahren **nur** Leipzigerstr. 91, **Berlin,** von 10—2 V., 4—7 N. (Auch Sonntags.) **Auswärtige** mit gleichem Erfolge **brieflich.** 6525

Paris.
Hotel Continental
3. rue Castiglione 3.
mit Façade nach dem Tuilleriengarten.
600 Zimmer und Salons. Von Frcs. 4—25 per Tag.
Pension von Frcs. 20 per Tag an.
Café-Divan. — Café-Terrasse. — Wintergarten.
Conversations- und Musiksäle.
Table d'hôte
um 6 U. Zugängig bis ½7 U. 7 Fr. incl. Wein.*)
Besonderer Speisesaal für Restaurant à la carte.
Mäßige Preise.*)
Bäder und Douchen. — Post und Telegraph.
*) Personen, welche nicht im Hotel wohnen, werden auch zugelassen. 7303

Moabiter Klosterbräu
liefert
20 Fl. mit Patentverschluß für 3 Mark
Berlin frei in's Haus
(pro Flasche 10 Pf. Pfand, Patentverschluß ohne Pfand gegen Quittung)
und versendet nach außerhalb 6537
25 Fl. für 5 Mark.
Berlin, Mai 1879.
Brauerei Moabit.

Für die Reise
offerire geräuch. **Cervelatwurst,** Pfd. 1,20 und 1,40, feste Winterwaare und feinste Qualität; **Schinken,** gute pomm. Räucherung Pfd. 1 M., sowie **Leber-, Roth-** und **Zungenwurst, Blasenschinken,** exquisit wie Lachsfleisch. Sämmtliche **Delicatessen** der Saison. Aufträge nach sämmtlichen Badeörtern reell effectuirt, und wird **Emballage nicht** berechnet. 7562
E. A. Hinterlach,
101. Leipziger Straße 101.

Empfehle, als deutsches Fabrikat, zur gefälligen Abnahme meine
Spezialität: **„Rheingoldliqueur",**
welcher als hochfeiner Tafelliqueur die bei uns so sehr eingeführten französischen Liqueure entbehren läßt. Alle übrigen Liqueure in feinster Qualität, besonders **„Jonen's Kräuterbitter",** als Magenbitter, halte ebenfalls bestens empfohlen.
Ludger Jonen,
Aachen. 7079

Fabrik geschnitzter Goldrahmen für Oelgemälde
Emil Ph. Meyer
Kunsthandlung, Gemälde-Salon
Berlin W., Unter den Linden 3
Lager von Majoliken, Kunstmöbeln, Bronzen u. s. w.

Im **Wagenmagazin „zur Sportshalle", Mittelstr. 46,** stehen gute **gebr. Jagdwagen, Phaetons, Doppelkaleschen, Coupé-Whisky** 2c. **preiswerth** zum Verkauf. Gleichzeitig empfehle mein assort. Lager von **Luxuswagen.** 7243
J. Frauenknecht,
Wagenfabrikant.

3283

Apotheker **Richard Brandt's**
Schweizer-Pillen.
Hauptbestandtheile: Extracte aus den feinsten Alpenkräutern, von vielen Aerzten empfohlen gegen Verstopfung, Blähungen, Magensäure, trägen Stuhlgang, Vollblütigkeit, Blutandrang nach Kopf und Brust, Leber- und Gallenleiden **Unschädlich und zuverlässig. Preis pr. Schachtel 35 Pfg.**
Vorräthig in Berlin: Apoth. G. Guldenphennig, Stralauerstr. 47; E. Dahms, Friedrichstr. 19; Wrangelapotheke, Wrangelstraße 113; Apoth. R. Ebert, Friedrichsberg.

Eine große Wohnung, auch für Rechtsanwälte geeignet, Bel-Etage, mit Stallung u. Wagenremise, ist Behrenstr. 32 zu vermiethen. Ausk. b. Portier.

Dicht am Thiergarten, **Regentenstr. 2,** herrschaftl. Wohnungen f. 700 u. 900 Thlr. an ruhige Miether z. October, ev. die 2. Etage: Saal, 10 Zimmer u. reichlicher Nebenraum, f. 1500 Thlr.

Tempelhofer Ufer Nr. 5 ist eine herrschaftliche Wohnung zum 1. October d. J. zu vermiethen.

Eine Besitzung am Rhein,
herrliche Lage, 20 Mt. von Wiesbaden, vornehmer Ruhesitz, ist für die Hälfte des Werthes zu verkaufen. Preis 13,000 Thaler. Näheres unter **H. v. H. 100. Niederwalluf a. Rhein.** 7447

In der Stadt Grodno am schiffbaren Flusse in der Nähe der Eisenbahn ist zu verpachten oder verkaufen unter sehr günstigen Bedingungen
eine Dampfmühle,
ganz neu, mit vier Gängen. Die Dampfmühle hat eine potenzirte Kraft, so daß die Zahl der Gänge nöthigenfalls vergrößert werden kann.
Auskunft und Conditionen in der Wein- und Colonialwaarenhandlung **M. Kaufmann** in **Grodno** (Polen). 7551

Redakteur: J. V.: Hugo Jacobi in Berlin. Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin, Wilhelmstr. 32.

Rußland.

?? Petersburg, 22. Juni. Die Nachrichten über das Befinden der kaiserlichen Majestäten lauten sehr günstig. Auch über das Ergehen der Frau Großfürstin Maria Pawlowna, Gemahlin des Großfürsten Wladimir Alexandrowitsch, wird sehr Erfreuliches gemeldet. Nach übereinstimmenden Versicherungen ist die Wiedergenesung derselben von schwerer Krankheit nahezu vollendet.

Mittwoch, den 11. Juni, war bei den kaiserlichen Majestäten zur Feier der Goldenen Hochzeit des Deutschen Kaiserpaares ein Diner von 40 Gedecken. Tags darauf empfing der Kaiser im Palais von Zarskoe-Selo die Deputation des königlich preußischen Ulanenregiments Kaiser Alexander von Rußland (1. Brandenburgischen) Nr. 3, welche von Sr. Majestät dem Kaiser Wilhelm hierher entsendet ist, um unserem Monarchen zu seinem 50jährigen Jubiläum als Chef des Regiments die Glückwünsche des preußischen Königshauses nebst einem prachtvollen mit Diamanten gezierten Ehrensäbel zu übergeben. Der Griff des Säbels besteht aus Gold; der Säbelknopf hat die Form eines Löwenkopfes, auf welchem der Stern des Ordens pour le mérite mit dem Brustbilde Friedrichs des Großen angebracht ist. Die Parirstange ist unten mit dem blauen Kreuze dieses Ordens, sowie mit dem weißen Georgskreuze geschmückt. Auf dem Bügel liest man in diamanten-verzierter Schrift das Datum des Jubiläums, „den 12. Juni 1879". Die Klinge ist aus feinem Damascener Stahl gearbeitet. Die Koppel entspricht dem Bande des Ordens pour le mérite: schwarz mit silbernen Rändern. Der Säbelgurt ist von Silber. Zu dem Säbel gehören eine Stahlscheide und eine Lederscheide. Beim Empfange der Deputation trug Kaiser Alexander die Uniform des genannten preußischen Regiments mit dem großen Bande des Schwarzen Adler-Ordens und dem Stern des Ordens pour le mérite. Auch alle Großfürsten, welche zugegen waren, hatten die Uniformen ihrer preußischen Regimenter angelegt. Die Großfürsten Sergei und Paul Alexandrowitsch erschienen dabei gleichfalls in der Uniform des 3. Ulanenregiments, dem sie à la suite zugehören. Nachdem der Kaiser mit sichtlicher Freude den vom Regimentskommandeur, Obersten v. Franckenberg-Lüttwitz, ihm dargereichten Ehrensäbel entgegengenommen hatte, schnallte er seinen eigenen Säbel ab und ließ vom Großfürsten Sergei sich den Ehrensäbel anlegen. Darauf richtete er sehr herzliche Dankesworte für den Kaiser Wilhelm, sowie sehr anerkennende Worte für das Regiment an die Deputation, deren Mitglieder nun Orden und Ehrenzeichen verschiedener Klassen, nebst Einladungen zur kaiserlichen Tafel erhielten. Das Diner zählte etwa 60 Theilnehmer. Unter ihnen befanden sich außer den Hohen Herrschaften der kaiserlich deutsche außerordentliche Gesandte v. Alvensleben, welcher den Botschafter Generallieutenant v. Schweinitz für die Dauer seiner Urlaubsreise vertritt, die der hiesigen deutschen Botschaft attachirten Offiziere und der Wirkliche Geh. Rath v. Giers, Gehülfe des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten. Bei der Tafel brachte Kaiser Alexander auf das Wohl des deutschen Kaiserpaares und auf sein königlich preußisches Ulanenregiment in warmen Worten Toaste aus. Nach Aufhebung der Tafel unterhielten sich der Kaiser sowie die anwesenden Mitglieder des Kaiserhauses und namentlich auch der Großfürst-Thronfolger noch längere Zeit in sehr freundlicher Weise mit den preußischen Offizieren. — Einige ausländische Blätter haben in jüngster Zeit wieder Veranlassung genommen, über einen angeblichen Deutschenhaß des Thronfolgers und über dessen angeblich sehr gespanntes Verhältniß zu seinem erlauchten Vater seltsame Gerüchte zu verbreiten. Diese Ausstreuungen erfolgen ganz systematisch und entspringen tendenziösen Erfindungen, deren offenbarer Zweck es ist, nach allen Seiten hin die Zustände in Rußland möglichst schwarz auszumalen. Ihr Bestreben steht im Zusammenhange mit den nihilistischen Plänen und erhält seine Förderung in denjenigen Kreisen, welche bei ihrer Begünstigung destruktiver Ideen es schwer empfinden, daß endlich mit aller Energie dem wühlerischen Treiben der revolutionairen Elemente entgegengetreten wird.

Fürst Gortschakow wird mehrere Monate im Ausland verbleiben. Während seiner Abwesenheit leitet der Wirkl. Geh. Rath v. Giers das Auswärtige Amt. Von Neuem geht hier die Rede, daß Fürst Gortschakow, der in vier Wochen seinen 82. Geburtstag feiert, alsbald in den Ruhestand zu treten gedenke.

Am 16. Juni Abends besichtigte Se. Majestät der Kaiser das Lager von Krasnoe-Selo. Höchstderselbe traf um 8 Uhr zu Wagen aus Zarskoe-Selo in dem Lager ein und begann bald darauf in Begleitung des Großfürsten-Thronfolgers, Oberkommandirenden der betheiligten Truppenkorps, sowie der Großfürsten Sergei und Paul Alexandrowitsch, des Kriegsministers Grafen Miljutin und des Ministers des kaiserl Hofes, Grafen Adlerberg, einen Umritt durch das Lager, welcher mehr als eine halbe Stunde dauerte. Die einzelnen Truppentheile waren vor ihren Zelten aufgestellt und empfingen den Monarchen mit jubelnden Hurrahrufen. Nach Beendigung des Umritts begab sich Se. Majestät zu dem kaiserlichen Zelt, wo inzwischen auch die Frau Großfürstin Cesarewna eingetroffen war. Dort führten die Musikkorps aller im Lager befindlichen Truppen unter der Leitung des Kapellmeisters Wurm mehrere Musikstücke aus, während der Kaiser von den vor dem Zelt versammelten Adjutanten Rapporte entgegennahm. Zum Schluß wurde auf ein Signal von drei Raketen durch sämmtliche Geschütze eine gemeinsame Salve abgefeuert, worauf ein großartiger Zapfenstreich folgte, nach dessen Beendigung der Kaiser mit den anderen Hohen Herrschaften das Theater von Krasnoe-Selo besuchte. In der Suite Sr. Majestät bei der Lagerbesichtigung, sowie bei der Musikaufführung befanden sich die Mitglieder der hier anwesenden Deputation des königlich preußischen 3. Ulanenregiments. Diesen Vertretern der befreundeten Armee werden überhaupt viele Aufmerksamkeiten erwiesen. Am 19. d. M. unternahmen dieselben in Begleitung ihnen beigegebener hiesiger Militairs einen Ausflug nach Kronstadt, wo ihnen die Hafen- und Werftanlagen gezeigt wurden. Ein gastliches Diner bildete den Schluß des Besuches.

Vom Kurator des St. Petersburger Lehrbezirks ist an die Vorsteher der Gymnasien, Progymnasien und Realschulen ein Zirkular erlassen, welches dieselben auffordert, sorgsam darüber zu wachen, daß die Bestimmungen über die Wahrung der Ordnung und des Anstandes außerhalb der Lehranstalten und außerhalb des Hauses von Seiten der Schüler pünktlich befolgt werden. Dabei wird in erster Reihe die Verpflichtung der Schüler betont, stets die vorschriftsmäßige Kleidung, sowie einen Ranzen auf dem Rücken zu tragen. Außerdem schärft der Kurator den Schülern ganz besonders ein, sich auf der Straße eines anständigen und höflichen Benehmens zu befleißigen, ihre Vorgesetzten bestimmungsgemäß zu grüßen und überall ihr vorschriftsmäßiges Ausweisbillet bei sich zu führen. Der Besuch von Maskeraden, Klubs, Restaurants, Konditoreien, Schanketablissements und Billardsälen, sowie von Theatern, wo zweideutige Stücke aufgeführt werden, das Tabackrauchen und der Genuß von spirituosen Getränken ist den Schülern streng verboten.

Das in diesem Jahre zur Kompletirung der Armee, der Flotte und der Grenzwache einzuberufende Kontingent beträgt laut einem Allerhöchsten Befehl 218,000 Mann, die militairpflichtigen Personen mitgerechnet, welche auf Grund früherer Rekrutenquittungen vom Dienst befreit werden.

Deutscher Reichstag.

66. Sitzung vom 26. Juni, 12 Uhr.

Nach Erledigung einiger anderen Nummern der Tagesordnung, worüber das Nöthige schon gestern berichtet, folgte die erste Berathung des Entwurfes eines dritten **Nachtrages** zum Reichshaushaltsetat wegen Erwerbung von Grundstücken für das **Reichstagsgebäude**. Nach dem Gesetzentwurfe sollen aus dem Reichstagsgebäudefonds 5,275,000 ℳ verwendet werden zum Ankauf des Raczynski'schen Grundstücks am Königsplatz Nr. 2, der Grundstücke Sommerstraße 7—9, der deutschen Eisenbahnbaugesellschaft gehörig, und der dem preußischen Fiskus gehörigen Grundstücke am Königsplatz 1 und 3.

Reichskanzleramts-Präsident **Hofmann**: Zunächst bemerke ich, daß die nur bis 1. Juli laufenden Verträge mit dem Grafen Raczynski und der Eisenbahngesellschaft bis zum 1. August verlängert sind. Der Gesetzentwurf geht davon aus, daß der Reichstag den Gedanken, ein monumentales Gebäude als Verkörperung der wiedergewonnenen Einheit des Reiches zu besitzen, nicht aufgegeben hat. Sollte der Reichstag diesen Platz nicht annehmbar finden, so möchte ich bitten, darüber Beschluß zu fassen, ob der Gedanke eines Reichstagsgebäudes, wie er früher bestand, noch festgehalten, od er definitiv aufgegeben wird, damit die Regierung weiß, ob sie ihre Bemühungen fortsetzen soll. Die Bedingungen für die Erwerbung des Bauplatzes sind außerordentlich günstig; sowohl der preußische Fiskus wie die andern Eigenthümer sind sehr entgegenkommend gewesen. Der Reichstag mag nun bestimmen, wie das Projekt ausgeführt werden soll; vielleicht empfiehlt es sich wiederum, wie früher eine gemischte, aus Reichstags- und Bundesrathsmitgliedern bestehende Kommission einzusetzen, die das Programm der früheren Kommission revidirt und dann Vorschläge macht, ob eine neue Konkurrenz ausgeschrieben oder nach einem schon bestehenden Plane gebaut werden soll.

Abg. Dr. **Lucius** bemerkt zunächst, daß eine Ablehnung des vorgeschlagenen Platzes keineswegs den Verzicht auf ein monumentales Reichstagsgebäude bedeute. (Sehr richtig!) Die preußischen Behörden seien dem Reiche freundlichst entgegengekommen, und hoffentlich werde die preußische Landesvertretung die Verträge ratifiziren und Alles thun, um dem Reichstage einen guten Bauplatz zu sichern. Es mag ja Plätze von zentralerer Lage geben, die eine größere künstlerische Gestaltung gestatten. Es lasse sich freilich nicht verkennen, daß die Hauptfront nicht mit dem Haupteingang zusammenfalle; allein es werde Aufgabe der Architekten sein, diese Schwierigkeit zu beseitigen. Redner empfiehlt dann, das Gebäude etwas mehr nach Westen, nach der Siegessäule vorzurücken, weil dadurch der Ankauf der Grundstücke in der Sommerstraße vermieden werden könne. Der Reichstag habe allerdings augenblicklich keinen Grund auszuwandern; allein von der Entscheidung über diesen Bauplatz hänge die Entscheidung über viele Berliner Bauten ab, deshalb müsse die Frage jetzt entschieden werden. Redner empfiehlt dann die Ueberweisung der Vorlage an die Budgetkommission. Zur weiteren Führung der Angelegenheit, z. B. zur definitiven Bestimmung des Bauplanes und zur Vorbereitung des Baues dürfte sich die Bildung einer permanenten Kommission aus Mitgliedern des Reichstages und des Bundesrathes empfehlen

Abg. **Reichensperger** (Krefeld) empfiehlt die Vorlage einer besonderen Kommission zu überweisen. Er glaubt, daß der Platz nicht der geeignetste sei; besonders reichen die ausgeworfenen Kosten bei Weitem nicht aus; die Grundstückserwerbungen würden zur Ausführung des Projektes noch weiter ausgedehnt werden müssen und noch 6—800,000 ℳ erfordern. Redner empfiehlt, mit dem Bau noch zu warten und in der geldknappen Zeit die Zinsen des Reichstagsgebäudefonds für Reichszwecke zu verwenden. Der Platz sei nicht geeignet für ein monumentales Gebäude, denn vis-à-vis habe dasselbe als Pendant die Lustbarkeit von Kroll. Wenn der Architekt Bohnstedt den Platz nördlich vom Königsplatz, nach der Alsenstraße zu, deshalb verwerfe, weil die Viktoria dann dem Gebäude den Rücken zukehren würde, dann sei der jetzt vorgeschlagene Platz deshalb zu verwerfen, weil die Viktoria demselben eine Seite zukehre. Redner empfiehlt, nachdem man einmal den Platz hinter dem Herrenhause sich habe entgehen lassen, den Platz nach der Alsenstraße zu; dadurch könnten 6—7,000,000 ℳ gespart werden, denn der dem preußischen Fiskus gehörende Platz würde dem Reichstage hoffentlich unentgeltlich überlassen werden. Uebrigens dürfe man das jetzige Raczynski'sche Palais als Bauwerk nicht unterschätzen; es mache einen durchaus wohlthuenden Eindruck an seinem Platze, und das Reichstagsgebäude stehe in der Axe der Siegesallee viel besser. Redner bittet, die Angelegenheit nicht der Budgetkommission zu überweisen; es sei hier nicht die Geldfrage in den Vordergrund zu stellen; deshalb empfehle sich die Bildung einer besonderen Kommission.

Abg. **Roemer** (Hildesheim) tritt den Ausführungen des Vorredners im Wesentlichen bei.

Abg. **Gerwig** bedauert, daß der Abg. Reichensperger die Gelder des Reichstagsgebäudefonds ihrer Bestimmung entziehen wolle; der Bestand dieses Fonds sei immer noch ein Strahl der nationalen Begeisterung, die 1870/71 geherrscht habe. Der Platz des Gebäudes könne nach den individuellen Wünschen eines einzelnen Abgeordneten ausgesucht werden, jedenfalls lasse sich eine solche Frage besser in einer Kommission als im Plenum entscheiden. Wenn der Reichstag aber nicht jetzt über einen Platz definitiv entscheidet, könnte leicht die Zeit kommen, wo man von einem Reichstagsgebäude gar nichts mehr wissen will.

Abg. **Marcard**: Ich kann für einen solchen Luxusbau nicht stimmen. Die jetzt zu 28 Millionen Mark aufgelaufenen Kosten für diesen Bau sind im Rausch der 5 Milliarden gegeben und angenommen worden. Jetzt, wo die finanzielle Nothlage des Reiches und der Einzelstaaten eine Menge von Zöllen nöthig gemacht hat, die jedenfalls eine Preissteigerung hervorrufen, halte ich es für durchaus unangemessen, diesen Bau zu beschließen. Ein Bedürfniß dazu kann ich nicht anerkennen, da wir hier ganz gut untergebracht sind. Was die monumentale Seite des Baues betrifft, so meine ich, daß in einer Zeit, wo die meisten wirthschaftlichen Gesetze des früheren Reichstages umgestoßen werden, ein solches Denkmal kaum eine andere Bedeutung haben könnte, wie die eines Epitaphiums. Ich wüßte wenigstens nicht viele Thaten, denen man ein Monument bauen kann; etwa dem Aktiengesetz oder dem Kulturkampf? Sollte der Bau dennoch beschlossen werden, so möchte ich wenigstens vor allzugroßem Luxus warnen. Ich und viele meiner Freunde werden gegen die Vorlage stimmen.

Abg. Frhr. v. **Maltzahn-Gültz**: Ja, meine Herren, ich und einige meiner Freunde werden für die Vorlage stimmen. Gegen die Schlußausführungen meines geehrten politischen Freundes, den Sie vor mir gehört haben, muß ich doch darauf hinweisen, daß selbst, wenn wir anerkennen, daß wir augenblicklich damit beschäftigt sind, einen Theil von wirthschaftlich politischen Fehlern, welche der bisherige Reichstag gemacht hat, zu redressiren, ein Verfahren, worin wir, wie Sie wissen, nach meiner Ueberzeugung vielleicht etwas zu weit gehen, aber wenn wir dies auch anerkennen, wir doch bedenken müssen, daß der Reichstag nicht blos wirthschaftliche Politik gemacht hat und daß die reine Thatsache der Existenz des nationalen Parlamentes wohl werth ist, auch durch Erbauung eines angemessenen Hauses für dasselbe in der Reichshauptstadt dokumentirt und dargestellt zu werden. Also gegen den Gedanken eines monumentalen Gebäudes an und für sich habe ich gar kein Bedenken, weder jetzt, noch habe ich es früher gehabt. Vollkommen anerkennen kann ich diejenigen Ausführungen, welche mein verehrter Herr Vorredner gemacht hat und die dahin zielten, daß es etwas wunderbar erscheine, wenn wir in dem gegenwärtigen Moment für diesen Zweck Geld ausgeben, während wir im Allgemeinen in einer finanziell etwas engeren Lage sind, als wir in einer Reihe von Jahren es gewohnt waren. Aber, meine Herren, die Summe für das Reichstagsgebäude ist doch reservirt, und keiner von Ihnen, oder wenigstens nur eine ganz kleine Minorität des Reichstags, wird der Ansicht sein, daß wir etwa mit Rücksicht auf die wirthschaftliche Lage des Landes überhaupt den Bau eines größeren monumentalen Parlamentsgebäudes für alle Zukunft aufgeben und die dafür reservirten Gelder zu allgemeinen Reichszwecken reserviren sollten. Nur dann würden meiner Meinung nach diejenigen Ausführungen begründet sein, welche nachweisen sollen, daß wir eine verhältnißmäßig günstige Gelegenheit zur Erwerbung eines angemessenen Bauplatzes jetzt nicht benutzen sollten. Und nun komme ich auf den speziellen Platz, um den es sich hier handelt. Ich erkenne auch an, daß es vielleicht in Berlin eine Reihe Plätze giebt, die noch besser geeignet sind. Architektonisch sind andere Plätze, am Königsplatz der Kroll'sche Platz und vielleicht der Platz quer vor dem Königsplatz zweckmäßiger, vom geschäftlichen Standpunkt sind die Plätze in der Stadt entschieden vorzuziehen; aber der Platz, um den es sich jetzt handelt, ist meiner Meinung nach ein solcher, welcher den Anforderungen an die geschäftliche Bequemlichkeit genügt, und welcher ausreichend ist seiner Lage und seiner Größe nach, um auch die Herstellung eines angemessenen und monumentalen Gebäudes zu ermöglichen. Wenn ich das anerkenne, so sehe ich nicht ein, warum wir nicht endlich diese so viel ventilirte Frage dadurch zu einem vorläufigen Abschluß bringen wollen, daß wir diesen Platz, der uns jetzt so erheblich billiger wird, als er im Jahre 1873 uns geworden wäre, kaufen und diesen Kauf wenigstens dadurch vorbereiten, daß wir in einem kleinen Kreise das Projekt genauer durchberathen, denn darin bin ich mit den Herren, die vor mir gesprochen haben, vollkommen einverstanden, daß es, nachdem die verschiedenen Ansichten über die Zweckmäßigkeit des Platzes wieder hervorgetreten sind, angemessen ist, die Vorlage trotz der weit vorgeschrittenen Session in einem kleineren Kreise vorzuberathen, und ob dies in der Budgetkommission geschieht oder in einer eigenen Kommission von sieben Mitgliedern, das gilt mir gleich, vorausgesetzt, daß diese Kommission von 7 Mitgliedern nicht als eine Todtenkommission angesehen wird, und in letzterer Voraussetzung gebe ich der Kommission von sieben Mitgliedern den Vorzug.

Die Vorlage wird darauf der Budgetkommission überwiesen.

Ueber die Petition des geschäftsführenden Ausschusses des großen Komités zur **Errichtung des Nationaldenkmals auf dem Niederwald** um einen Zuschuß von 400,000 ℳ zur Fertigstellung des Denkmals berichtet im Namen der Budgetkommission Abg. Dr. **Lucius** und empfiehlt, dieselbe dem Reichskanzler zur Berücksichtigung bei Aufstellung des nächsten Etats zu überweisen. Man hätte die Errichtung eines Denkmals allerdings der nächsten Generation überlassen können; aber die Idee entsprach nun einmal der herrschenden Strömung, und außerdem seien ja auch die Mittel für das Hermannsdenkmal, für das Kaiserhaus in Goslar und für die Katharinenkirche in Oppenheim gewährt worden. Die Bewilligung enthalte keine Präjudiz für andere Fälle.

Abg. **Windthorst**: Ich hätte mich gefreut, wenn das Denkmal aus freiwilligen Beiträgen hergestellt worden wäre; ich kann ja das Gefühl der Herren, welche das Komité bilden, mir wohl erklären; aber für solche persönliche Gefühle macht man doch keine Ausgaben, wozu die Einnahmen zwangsweise aufgebracht werden. Die Präzedenzfälle stammen aus der Zeit, wo man sehr reich zu sein glaubte. Jetzt ist man bemüht, die Defizits zu decken, da muß man auf äußerste Sparsamkeit halten. Wenn die Regierung auf den Antrag eingeht, so sprechen wir mit der Annahme des Kommissionsvorschlages die Bewilligung von 400,000 ℳ aus. Es widerspricht dem parlamentarischen Gebrauch, von der Regierung nicht geforderte Mittel zu bewilligen. Die Kommission hat sich nicht einmal nach den Ansichten der Regierung erkundigt, denn sie hat ohne Zuziehung eines Kommissarius berathen. Das Komité sollte noch einmal einen ernstlichen Versuch machen, freiwillige Beiträge aufzubringen, namentlich sollten die Mitglieder des großen Komités selbst mit gutem Beispiel vorangehen; ich würde diesem Beispiele folgen, wenn nicht meine Mittel aufgebraucht wären durch die Unterstützung der Geistlichen, denen man ihr Gehalt entzogen hat.

Reichskanzleramtspräsident **Hofmann**: Auch dem Bundesrath ist eine Eingabe des Komité's zugegangen, über welche ein Beschluß noch nicht gefaßt worden ist. Ich kann also im Namen der verbündeten Regierungen keine Erklärung abgeben, glaube aber sagen zu können, daß bei der nationalen Bedeutung des Denkmals und weil Se. Majestät der Kaiser sich an der Einweihung desselben betheiligt hat, der Bundesrath sich nicht von solchen Erwägungen wie der Vorredner leiten lassen wird, zumal wenn Sie dem Antrage Ihrer Kommission beitreten sollten. Ich glaube, daß es sich da nicht um Befriedigung persönlicher Gefühle handelt, sondern wenn Reichstag und Regierung sich über eine Ausgabe verständigen, so thun sie es in der Voraussetzung, daß das Gefühl in der Nation ein allgemein verbreitetes ist. (Beifall.)

Abg. **Römer** (Hildesheim) bedauert, daß so wenige Mitglieder des Reichstages das Modell im Atelier des Künstlers in Dresden in Augenschein genommen haben, sonst würde man dem Vorschlage der Kommission nicht blos Anstands halber, sondern mit großer Freude und hohem Stolze beistimmen; denn es entstehe da eines der vollendetsten Kunstwerke, welches stets zu den schönsten Kunstdenkmalen Deutschlands gehören werde. Es sei allerdings noch der Erzguß erforderlich, aber daß dieser gelingen werde, dafür bürge der Namen des Gießers, des Herrn v. Miller, der auch dafür bürge, daß die Summe von 400,000 ℳ nicht überschritten werde.

Abg. Frhr. v. **Schorlemer-Alst**: Der Minister Hofmann hat sich zu meinem Bedauern dadurch für die Sache engagiren zu müssen geglaubt, daß die Grundsteinlegung durch Se. Majestät den Kaiser vollzogen ist. Passender wäre es gewesen, die Grundsteinlegung nicht eher vollziehen zu lassen, als bis die Vollendung des Denkmals gesichert war. Der Abg. Roemer hat von einer Bewilligung aus Anstandsgefühl gesprochen. Wenn ich Gelder aus Anderer Leute Taschen bewillige, giebt es für mich kein Anstandsgefühl, sondern nur die Frage nach dem Bedürfniß; dem Komité gegenüber habe ich durchaus kein Anstandsgefühl. Ich bin bereit, den Herren meine Anerkennung auszusprechen, daß sie die Sache unternommen haben, vorausgesetzt, daß sie sie hätten durchführen können. An nationalen Denkmälern fehlt es nicht, wir haben die Siegessäule und die Ruhmeshalle. Außerdem liegt gar kein bestimmter Kostenanschlag vor. Man weiß ja noch gar nicht, wie die Germania aussehen wird; die Siegesgöttin mag ja unten ganz schön ausgesehen haben, allein oben macht sie keinen angenehmen Eindruck. In dem Aufruf sagt das Komité selbst: „unerschöpflich fließt der Born, wenn er nationaler Begeisterung entströmt", dabei haben die Herren kaum die Hälfte der Kosten sammeln können. Sie haben sich auf diese Denkmalsgründung eingelassen und das Reich soll sie nun aus der Sache herausziehen. In unserer Zeit leidet man etwas stark an der Denkmalsmanie; ich bin überhaupt kein Freund von Denkmälern für Lebende und freue mich über das Wort von Allerhöchster Stelle über Denkmäler bei Lebzeiten. Ich hoffe, daß von jener Seite (nach der Fortschrittspartei hindeutend) heute energisch Opposition gegen diese Ausgabe gemacht wird, denn diese Herren sagten ja, man müsse sparsam sein und warnten uns vor der Bewilligung neuer Steuern. Mag das Komité von Neuem sammeln; es kommt ja nicht darauf an, ob das Denkmal ein paar Jahre früher oder später fertig wird.

Abg. **Rickert**: Es würde mich freuen, wenn der Abg. v. Schorlemer die Rede dann gehalten hätte, wenn es sich um die Bewilligung vieler Millionen handeln wird. Die Kommission hat dem Antrage einschließlich der Parteigenossen des Vorredners einstimmig zugestimmt. Ich verstehe deshalb, wenn man heute den Antrag ablehnen wollte, was aber eine Zurückverweisung an die Kommission bedeuten soll kann ich nicht begreifen; denn die Kommission kann nicht mehr Material beschaffen, das wird Sache der Regierung sein, wenn sie auf den Antrag eingeht. Es ist allerdings eine Beschämung, daß die Wohlhabenden der Nation nicht vermocht haben, diese Summe aufzubringen, beschämender noch wäre es, wenn ihre Vertretung zur Fertigstellung nicht die Hand bieten wollte. Ich fasse das als eine Ehrensache der Vertreter der Nation auf. (Beifall; Widerspruch im Zentrum.)

Abg. **Richter** (Hagen): Es befremdet mich, daß der Abg. v. Schorlemer mit einem solchen Nachdruck das Interesse der Steuerzahler ins Feld führt in einem Augenblick, wo seine Partei im Begriff steht, gerade das Interesse der Steuerzahler in Folge der Verständigungen mit dem Reichskanzler vollständig preiszugeben und die Kassen der Regierung mit mehr als 100 Millionen neuer Steuern zu füllen. In einem solchen Augenblick, wo das Zentrum im Begriff steht, die hohe Tabacksteuer, den Petroleumzoll, alle anderen Dinge zu bewilligen, hier in dieser Weise über 400,000 ℳ Zuschuß zu debattiren, das heißt in der That Mücken seihen, während man Kameele verschlucken will. Ich glaube nicht, daß Sie durch die Heftigkeit solcher Reden im Volke die Meinung erwecken werden, daß Sie noch die Alten von früher sind. Nein, alle Welt ist klar über den großen Rechtsabmarsch, der sich jetzt unter der Führung des Abg. Windthorst vollzieht, den Zusammenschluß mit den Konservativen, die Preisgebung aller liberalen und demokratischen Grundsätze, die Ihnen sonst mit anderen Parteien gemeinsam waren. Ich bin im Kulturkampf nicht Ihr Gegner gewesen, habe nicht für die Maigesetze gestimmt. Aber ich sehe ein, daß Sie jetzt in einer vollständigen Wandlung begriffen sind und die Rechte des Volkes, namentlich die Interessen der Steuerzahler nach allen Seiten preisgeben. (Unruhe.)

Präsident v. **Seydewitz**: Ich muß dem Herrn Redner bemerken, daß der letzte Ausdruck doch nicht mehr ganz parlamentarisch ist.

Abg. **Richter** (Hagen): Ich kann mich nur damit entschuldigen, daß in letzter Zeit viel stärkere Ausdrücke in das parlamentarische Lexikon aufgenommen worden sind. — Es ist in der That traurig, daß die begonnenen Sammlungen nicht Fortgang haben. Das liegt nicht am Komité, sondern an einer gewissen Passivität, die man jetzt bei Sammlungen für Denkmäler antrifft. Es liegt daran, daß in der That nicht mehr jener Stolz auf die nationalen Errungenschaften, jenes lebendige Selbstbewußtsein vorhanden ist, wie vor einigen Jahren. Das haben wir zum Theil der Interessenpolitik zu verdanken, die Sie mit dem Reichskanzler verfolgen. (Unruhe.) Ich bin allerdings der Meinung, daß es viel wichtiger ist, als neue Denkmäler zu stiften, daß man — um ein Wort des Herrn von Forckenbeck zu gebrauchen — thatkräftig dafür eintritt, daß die klerikal-konservative Mehrheit sobald wie möglich wieder beseitigt wird. (Heiterkeit.) — Was aber diesen speziellen Fall betrifft, so glaube ich, daß, nachdem einmal die Sache in Gang gekommen ist, nachdem sie die weiteste Oeffentlichkeit gefunden, nachdem Se. Majestät der Kaiser persönlich die Weihe vollzogen hat, wir gegenwärtig nicht mehr anders können, als diesen Antrag annehmen, vorbehaltlich aller Details, die sich später finden werden, wenn die Forderung uns im Einzelnen vorgelegt worden ist.

Referent Abg. Dr. **Lucius**: Das Gefühl der Beschämung, daß diese Petition überhaupt an uns gelangt ist, wird noch gesteigert durch den Charakter der Debatte. Die Budgetkommission hat ihren Beschluß **einstimmig** gefaßt und beantragt keineswegs schon die Bewilligung der Summe, sondern nur die Ueberweisung der Petition zur Berücksichtigung.

Das Haus genehmigt darauf den Antrag der Budgetkommission. Gegen denselben stimmen das Zentrum, die Sozialdemokraten und die Abgg. Sonnemann, Haerle, die Elsässer Grad und Winterer; für den Antrag stimmt außer den liberalen und konservativen Parteien auch der ultramontane Abg. v. **Miller**.

Nachdem dann in zweiter Berathung der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die **Konsulargerichtsbarkeit**, en bloc angenommen, setzt das Haus die Berathung des **Zolltarifs** fort. Bei Pos. 34, Kohlen, hat der Abg. Ackermann beantragt, auf **Braunkohlen** einen Zoll von 2 ₰ pro 100 Kilo zu legen, während nach der Vorlage Kohlen aller Art frei eingehen sollen.

Abg. **Ackermann**: Meine Herren, nach der Vorlage sind Steinkohlen, Braunkohlen, Koaks, Torf, Torfkohlen zollfrei. Ich kann nicht glauben, daß die Zollfreiheit von den verbündeten Regierungen so ohne Weiteres acceptirt worden, und daß man so kurzer Hand über die Sache im hohen Bundesrath hinweggegangen ist, wie man nach den zu dieser Position gegebenen knappen Motiven anzunehmen versucht sein möchte. Ich glaube vielmehr, mich nicht zu irren, wenn ich annehme, daß auch in dem hohen Bundesrathe — und dort von maßgebender Stelle — beabsichtigt worden ist, einen Schutz für die deutsche Kohle, insbesondere für die Braunkohle, einzusetzen. Ich habe nach diesen Vorgängen geglaubt, verpflichtet zu sein, die hochwichtige Frage wenigstens durch einen Antrag hier zur weiteren Diskussion zu bringen. Ich halte mich um so mehr dazu verpflichtet, als in meinem Heimathlande mit der Kohle wichtige Interessen verbunden sind und von mir verlangt wird, daß ich Gelegenheit gebe zur gründlichen Erörterung der Sache. — Die Steinkohle wird bekanntlich in Deutschland schon seit Jahrhunderten gefördert, und die Vorräthe reichen noch für Jahrtausende. Die erste Nachricht über Förderung von Steinkohlen datirt aus dem 10. Jahrhundert und kommt aus dem Zwickauer Revier, das damals von Sorben-Wenden bewohnt wurde. Inzwischen hat man irgend welchen Werth Jahrhunderte lang auf den großen Reichthum, den uns die Natur in der Kohle darbietet, nicht gelegt. Die Zwickauer Polizei hat z. B. im Jahre 1348, glaube ich, eine besondere Verordnung erlassen, durch welche die Metallarbeiter gewarnt werden, dieses Brennmaterial zu gebrauchen, weil durch den Ruß die Luft verpestet werde. Noch in der Mitte des vorigen Jahrhunderts hat ganz Deutschland nur etwa 150,000 Tonnen Steinkohlen gefördert, und jetzt werden in Deutschland 37½ Millionen Tonnen mit einem Werthe von etwa 220 Millionen Mark gefördert. Die deutsche Steinkohle hält vollständig die Konkurrenz mit der englischen Steinkohle aus, ja sie übertrifft die letztere an Qualität. Die Versuche, welche angestellt worden sind, insbesondere auch von der deutschen Marine, bestätigen, daß vornehmlich die westfälische Kohle an Heizkraft, an Zeitdauer des Rauches, an Aschenrückständen die englische Kohle übertrifft, vielleicht nur an Kohäsion etwas nachsteht, während die oberschlesische Kohle wieder an relativer Festigkeit die englische Kohle überragt. Nun ist zwar zuzugeben, daß die Ausfuhr der deutschen Steinkohle die Einfuhr der fremden, namentlich der englischen Kohle ganz gewaltig überragt. In den Jahren 1866 bis 77 ist die Einfuhr der Steinkohle nur gestiegen von 100 auf 175 pCt., die Ausfuhr aber von 100 auf 237 pCt., oder, das Jahr 1877 allein ins Auge gefaßt, die Einfuhr hat in diesem Jahre an Steinkohle 2 Millionen Tonnen, oder 40 Millionen Zentner betragen, die Ausfuhr dagegen 5 Millionen Tonnen oder 100 Millionen Zentner. Immerhin aber werden für die Seehäfen und die nördlichen Provinzen noch etwa 2 Millionen Tonnen englische Kohle eingeführt, während wir nach diesen Gegenden hin, meist nach den skandinavischen Ländern, nur 350,000 Tonnen ausführen. Von einer Ausfuhr nach überseeischen Plätzen, auch nur nach den europäischen Häfen des Atlantischen Ozeans oder des Mittelmeeres, ist keine Rede. Die Ausfuhr der deutschen Steinkohle beschränkt sich nur auf den Landweg und geht nach Belgien, Holland, Frankreich, Schweiz, Rußland und Oesterreich. Das wird gewiß nicht wesentlich anders werden in Deutschland, so lange Deutschland noch der künstlichen Wasserstraßen entbehrt. Die Industrie von Steinkohlenwerken beschäftigte im Jahre 1818 44,200 Arbeiter und diese Zahl ist im Jahre 1875 gestiegen auf 209,112 Arbeiter. Die Zahl der Steinkohlenarbeiter hat sich also in kurzer Zeit verfünffacht, dagegen sind die Lohnsätze für die Arbeiter dermalen sehr gedrückt. Die Löhne waren früher 12—14 ℳ pro Arbeiter und Woche, sie gingen dann auf 18—22 ℳ hinauf und sind jetzt wieder zurückgegangen auf 13—16 ℳ Es entspricht das den Kohlenpreisen, die ganz gewaltig gefallen sind, und zwar von 10,94 ℳ pro Tonne auf 5,70 ℳ Bei dieser Sachlage könnte man wohl versucht sein, auch einen Schutzzoll gegen die fremde Steinkohle zu beantragen, ich habe jedoch geglaubt, davon absehen zu müssen, und zwar vornehmlich darum, weil nur 5 pCt. der gesammten Förderung deutscher Steinkohlen vom Auslande entnommen worden, und dieser Prozentsatz zu gering ist, als daß man nöthig hätte, gegen die Steinkohle sich noch durch einen besonderen Zoll zu schützen. Anders aber, sehr anders liegt die Sache bei der Braunkohle. Deutschland ist an Braunkohle etwa ebenso reich wie an Steinkohle, die Braunkohle kommt vor in Niederschlesien, in der preußischen und sächsischen Lausitz, im nördlichen Gebiete des Königreichs Sachsen, in Thüringen bis nach Hessen und dem Westerwald in Baiern. Die deutsche Braunkohle ist in vielen Gegenden, das muß ich zugeben, sehr geringwerthig, und verträgt nicht die Kosten des Transports für den Fall der Versendung, es giebt aber doch auch bessere Qualitäten deutscher Braunkohle. Diese kommen vor im Westerwald, im Meißenerwalde in Hessen, in der Wetterau am Taunus, bei Merseburg, Weißenfels in Thüringen, in Anhalt, bei Spremberg, bei Frankfurt a. O., in Braunschweig, bei Zittau in Sachsen. Die deutsche Braunkohle wird jetzt auch weiter in der Form von Preßsteinen (Briquets) versendet. Die Förderung der Braunkohle hat sich ferner gehoben, seitdem aus derselben in verschiedenen Gegenden, namentlich in der preußischen Provinz Sachsen und in Anhalt, Mineralöle, Paraffin und Stearin gewonnen werden. Es sind in Deutschland 1848 gefördert worden an Braunkohle 1,417,000 Tonnen, mit einem Werthe von 3,788,000 ℳ, im Jahre 1877 schon 10,720,000 Tonnen mit einem Werthe von 35,717,000 ℳ Die Einfuhr der fremden Braunkohle nach Deutschland hat 1878 20 pCt. der gesammten Produktion der Braunkohle in Deutschland betragen. Während wir also vorhin sahen, daß bei den Steinkohlen nur 5 pCt. vom Ausland kommen, führt uns das Ausland an Braunkohlen 20 pCt. der heimischen Produktion zu. Von der böhmischen Braunkohle wurden 1871 eingeführt 17 Millionen Zentner, 1878 schon 51 Millionen Zentner. Die Einfuhr der böhmischen Braunkohle ist sonach in 7 Jahren um 200 pCt. gestiegen. Bei den deutschen Braunkohlenwerken werden etwa 26,000 Arbeiter beschäftigt. Diese leiden selbstverständlich unter der großen und fortwährend in der Zunahme begriffenen Konkurrenz der fremden Braunkohle. Aber nicht blos die Arbeiter, die in den Braunkohlenwerken beschäftigt sind, ganz vorzüglich auch die in den Steinkohlenwerken beschäftigten Arbeiter hängen mit ihrem Schicksale und ihren Lohnsätzen ab von der Konkurrenz, die ihnen die Braunkohle bereitet. Und die Zahl dieser Arbeiter ist eine gewaltige. In den sächsischen Steinkohlenwerken allein werden 33,287 Arbeiter beschäftigt und etwa 130,000 Menschen ernähren sich in Sachsen von der Steinkohlenindustrie. Die böhmische Braunkohle macht merkwürdigerweise der böhmischen Steinkohle im Inlande, in Oesterreich, so gut wie gar keine Konkurrenz. Das liegt in den eigenthümlichen Tarifverhältnissen in Oesterreich, dagegen wirft Oesterreich, insbesondere Böhmen, den bei weitem größten Theil seiner Braunkohlen nach Deutschland, Oesterreich verwendet von seiner Braunkohle für sich selbst nur 38 pCt. und führt 62 pCt. nach Deutschland über. Wenn wir nun weiter erwägen, daß auf dem Kohlenförderungsbetrieb sehr hohe direkte Steuern liegen, daß der Staat gerade von dieser Industrie ganz gewaltige Abgaben fordert zur Bestreitung der Lasten des Reichs und der Partikularstaaten, und daß hierzu die auswärtigen Kohlenimporteure gar nichts zahlen, so scheint es mir doch angezeigt, mindestens durch einen kleinen Satz gegen die Einfuhr fremder Braunkohle etwas das Mißverhältniß auszugleichen. Die böhmische mittlere Braunkohle von mittlerer Qualität wird jetzt bezahlt pro Zentner mit 20 ℳ, es würde also, da ich einen Zollschutz von 20 ₰ pro 100 Kilo beantrage, ein Werthzoll von 10 pCt. in Frage stehen. Ich habe gehört, man fürchte, daß, wenn sich Deutschland gegen die böhmische Braunkohle schütze, Oesterreich Repressalien ergreifen und einen Zollschutz gegen die deutsche Steinkohle beantragen werde, was insbesondere auf die Steinkohlenindustrie in Oberschlesien schädigend einwirken müßte. Ich muß sagen, dieser Grund kann jeder Position der Vorlage entgegengesetzt werden; was das Ausland gegen uns thut, wenn wir uns schützen gegen die ausländische Konkurrenz, das haben wir zu erwarten; dieser Einwand ist ein gravamen de futuro und hat hier nicht mehr und nicht weniger Werth als bei jedem andern Zollsatz. Auch soll man nicht einwenden, daß die Braunkohle der Industrie unentbehrlich geworden sei, und daß die Industrie vertheuert werde, wenn die Einfuhr der fremden Braunkohle mit einem kleinen Zollsatze belegt werde. Es handelt sich ja nur um einen mittleren Satz. Das ist freilich richtig, es berühren sich hier Interessen, aber ein Ausgleich muß doch stattfinden, und man soll nicht die eine Industrie schädigen, dadurch, daß man die andere allzusehr begünstigt. Die Industrie hat lange Zeit ohne die böhmische Braunkohle gearbeitet, die Kleinindustrie bediente sich des Holzes als Feuerung, und die Großindustrie verwendete Steinkohlen. Das ging Alles ganz gut, erst in der neuesten Zeit hat man angefangen, die böhmische Braunkohle in großen Massen zu verwenden, und dagegen, glaube ich, muß man sich im Interesse des deutschen Kohlenbetriebes wehren. Die Kohlenbergwerke kommen überhaupt bei den Tarifvorlagen sehr schlecht weg, eine Partie von Artikeln, die sie in ihrem Betriebe gebrauchen, sind belegt

worden mit einer neuen Steuer oder mit einer höheren Steuer, der Betrieb wird also künftig sehr vertheuert. Ich erwähne beispielsweise, daß in den sächsischen Kohlenwerken im Jahre 1879 verbraucht worden sind 120,260 Kubikmeter Stammholz, 41,628 Kubikmeter Schnittholz, 134,000 Kilogramm Erdöl, 18,500 Kilo Leder und außerdem 664,000 Kilo Rüböl von den Arbeitern in den Gruben. Das sind alles Artikel, für die in Folge der Vorlage künftig mehr zu bezahlen sein wird, die Ausgaben für die Kohlenindustrie vermehren sich und sonach glaube ich, kann diese Industrie auch Anspruch machen auf einen mäßigen Schutz gegen ihren Hauptfeind, gegen die böhmische Braunkohle. Ich denke wenigstens, daß die Gunst, die man erst vor wenigen Tagen dem deutschen Schiefer zugewendet hat, auch von der deutschen Kohle und von dieser in erhöhtem Maße beansprucht werden darf. Ich empfehle daher meinen Antrag.

Abg. **Streit**: Ich bin zwar nicht mit der Schutzzollpolitik der Majorität einverstanden und werde gegen den Tarif stimmen. Wenn er aber einmal angenommen wird, so wäre es eine Ungerechtigkeit, die mitteldeutschen Braunkohlenwerke, deren Produktionskosten durch Zölle auf Holz, Leder, Eisen, Getreide, Petroleum und Rüböl so bedeutend vermehrt werden, nicht gegen die böhmische Konkurrenz zu schützen. Sie würden ihre Existenz, die sie nur noch infolge der augenblicklich niedrigen Produktionskosten fristen, dabei aufgeben müssen. Ich werde deshalb dem Antrage Ackermann beistimmen.

Abg. Dr. **Hammacher**: Die böhmische Braunkohle ist von so vorzüglicher Qualität, daß die deutsche mit ihr niemals konkurriren kann. Der Zoll von 1 ₰ per Zentner ist so gering gegenüber den Transportkosten, daß der Import dadurch nicht eingeschränkt wird. Dagegen würde der Zoll auf Braunkohlen Oesterreich zu einem Zoll auf unsere niederschlesischen und oberschlesischen Steinkohlen veranlassen, der uns weit mehr schaden könnte als der Braunkohlenzoll nützt. Ich würde es weit begreiflicher finden, wenn man gegenüber dem massenhaften englischen Import einen Steinkohlenzoll verlangte. Die Braunkohlenindustrie kann nur auf dem Wege des Transportwesens durch billige Eisenbahntarife, wie sie die oberschlesische Kohle jetzt schon in Ostpreußen genießt, und Verbesserung der Wasserstraßen gefördert werden.

Der Antrag Ackermann wird abgelehnt und die Regierungsvorlage genehmigt.

Position 36 (Theer, Pech, Harze aller Art, Asphalt) wird ohne Debatte genehmigt.

Zu Position 37 (Thiere und thierische Produkte, nicht anderweit genannt) beantragt Abg. Delbrück, die Worte „frische Fische" in lit. a. einzufügen, während die Abgg. **Fürst v. Hatzfeldt** und Frhr. v. **Manteuffel** „lebende Fische", sofern sie nicht seewärts eingehen, mit einem Zoll von 2 ℳ pro 100 Kilogr. belegt wissen wollen.

Abg. Dr. **Delbrück** motivirt sein Amendement damit, daß dasselbe keine Aenderung, sondern nur eine Klarstellung der Position bezwecke, dessen Absicht es ja sei, die frischen Fische als zollfrei zu behandeln.

Abg. Frhr. v. **Manteuffel**: Gestatten Sie mir nur mit wenigen Worten den von den Herren Abgg. v. Hatzfeldt, v. Soden, Graf zu Stolberg-Stolberg und mir gestellten Antrag zu begründen. Zunächst erlaube ich mir die Abänderung, die der Herr Präsident Ihnen schon mitgetheilt hat, zu rechtfertigen. Sie entspringt daraus, daß wir bei Stellung des Antrages übersehen hatten, daß für Waaren und Gegenstände, auf die ein Zoll von 6 ℳ resp. weniger gelegt ist, das Bruttogewicht maßgebend sein soll. Es würde also, wenn der von uns vorgeschlagene Satz von 6 ℳ hier zur Annahme gelangte, bei dem sehr erheblichen Bruttogewicht ein Zoll von praeter propter 18 ℳ auf die eingehenden Fische gelegt werden. Das hat nicht in unserer Absicht gelegen, und wir schlagen vor, den Satz von 2 ℳ in Ansatz zu bringen, weil dadurch der von uns gewünschte Zoll erreicht wird. Die Berechnung ist ziemlich genau, wenn man annimmt, daß bei dem Bruttogewicht der Fische das Dreifache des Nettogewichts sich herausstellt. Was meinen Antrag selbst anlangt, so glaube ich, daß alle diejenigen Herren, die überhaupt auf dem Boden des Tarifs stehen, dem Antrage zustimmen müssen, es liegt für mich wenigstens ein ersichtlicher Grund nicht vor, warum man Vieh, Getreide und andere landwirthschaftliche Produkte besteuern sollte und den Fischen, die einen sehr wesentlichen Theil der landwirthschaftlichen Produkte, vor Allem in einzelnen Theilen des Deutschen Reichs bilden, einen Schutz nicht gewähren sollte. Meine Herren, ich gehe weiter, ich glaube bei den großen Sympathien, die Sie bis jetzt für die Bestrebungen der Fischzucht an den Tag gelegt haben, — ich erinnere Sie an die Sympathien, die Sie Herrn v. Behr-Schmoldow bei seinen Fischreden stets entgegen gebracht haben — daß auch einige der Herren, die sonst weniger mit mir auf gleichem Boden stehen, sich mit mir vereinigen, und der Meinung sein werden, daß durch den Zoll, den wir auf die Fische legen wollen, der Fischzucht im Inlande ein wesentlicher Dienst geleistet werden könne. Sie werden überzeugt sein, daß gerade in Bezug auf die Fischzucht in Deutschland noch sehr Vieles und Großes zu leisten ist. Was ich vor Allem mit meinem Antrage treffen will, das ist der Import der böhmischen Karpfen, derjenigen Karpfen, die in großen Massen die Elbe herunterkommen und die Produktion der Karpfenteiche der Lausitz und Schlesiens entschieden schädigen. Die böhmischen Karpfen wachsen unter viel günstigeren Verhältnissen wie die unsrigen, die Teiche haben besseren Boden; während wir nur in der Lage sind, fünfjährige Karpfen zu verkaufen, sind die böhmischen Karpfen bereits in 3 Jahren so vollwichtig, daß sie auf den Markt gebracht werden können. Außerdem sind wenigstens wir in der Lausitz in der Nothwendigkeit, die Karpfenteiche ab und zu brach liegen zu lassen, während das bei dem besseren Boden der böhmischen Karpfenteiche nicht nöthig ist. Die Böhmen produziren in ihren Teichen und Seen doppelt so günstig Karpfen, wie es in den Regierungsbezirken Liegnitz und Frankfurt möglich ist. Ich glaube also auch aus dem Grunde den Antrag Ihrer Annahme empfehlen zu sollen, weil Sie dadurch einem Theil des Deutschen Reiches, der bezüglich der Bodenbeschaffenheit besonders wenig von der Natur begünstigt ist, einen nothwendigen und wohlverdienten Schutz gewähren. (Bravo!)

Regierungskommissar Geh. Rath **Tiedemann** erklärt sich mit dem Amendement Delbrück, welches wesentlich eine redaktionelle Bedeutung habe, einverstanden, bezeichnet dagegen den Antrag Hatzfeldt als zwar von einem richtigen Gedanken ausgehend, aber in der vorliegenden Form nicht acceptabel. Er treffe nicht allein die böhmischen Karpfen, sondern auch viele andere Fische, zudem gingen viele Seefische über die Landesgrenze ein, die dann nicht als seewärts eingehend behandelt würden. Um kein Mißverständniß aufkommen zu lassen, wolle er erklären, daß nach der Auffassung der verbündeten Regierungen unter allen Umständen alle Fische zollfrei bleiben sollen, welche von deutschen Fischern auf deutschen Böten gefangen würden.

Das Resultat der Abstimmung ist die **Annahme** der Position mit dem Amendement Delbrück und die Ablehnung des Amendements Hatzfeldt.

Nach derselben Position sollen **Eier von Geflügel** einem Zoll von 3 ℳ pro 100 Kilogramm unterworfen sein. Abg. **Delbrück** beantragt für dieselben Zollfreiheit. Eine Fabrik in der Nähe von Passau verarbeite jährlich an Eiern 256,000 Ztr. Brutto, die sie zum größten Theil aus Oesterreich beziehe. Von ihrer gesammten Fabrikation kämen 80 pCt. auf gewerbliche Zwecke, 20 pCt. würden zur Verproviantirung von Schiffen verwendet. Der vorgeschlagene Zoll würde das Kilogramm Eier um 6 ₰, Eiweiß um 5 ₰, Albumin um 34 ₰ vertheuern und der betreffende Fabrikant habe erklärt, daß er im Fall der Annahme des Zolltarifs sein Etablissement nach Oesterreich verlegen werde. Der Zoll sei eine Anomalie, denn er vertheuere das Albumin, welches zollfrei eingehe; er treffe empfindlich die Leder-, Portrait- und Goldleistenfabrikation und werde das Aufhören der Fabrikation des Albumins in Deutschland zur Folge haben. Sein finanzielles Ergebniß werde voraussichtlich sehr gering sein.

Regierungskommissar Geh. Rath **Tiedemann**: Die Frage, ob ein Zoll auf Eier zu erheben sei, hat erst in den letzten Jahren auftauchen können, denn bis vor kurzem bildeten dieselben keinen Gegenstand des Welthandels. Während bei uns der Import von Eiern im Jahre 1868 nur 90,000 Zentner betrug, hat er im vorigen Jahre die Höhe von 772,000 Zentner gegen eine Ausfuhr von 408,000 Zentner erreicht. Der vorgeschlagene Zoll beträgt für das Schock Eier nur 9 ₰; wegen der Albuminfrage verweise ich auf die Aeußerungen des Abg. v. Varnbüler in der Generaldiskussion.

Der Antrag Delbrück wird **abgelehnt** und die Position nach der Vorlage genehmigt.

Zu Position 39 (Vieh) beantragt Abg. **von Simpson-Georgenburg** eine Erhöhung des vorgeschlagenen Zollsatzes für 1 Pferd von 10 auf 20 ℳ

Nach der Vorlage sollen ferner Stiere und Kühe 6 ℳ, Ochsen 20 ℳ, Jungvieh 4 ℳ, Kälber unter 6 Wochen 2 ℳ, Schweine 2,50 ℳ, Spanferkel unter 10 Kilogr. 0,30, Schafvieh 1 ℳ, Lämmer 0,50 ℳ Zoll per Stück zahlen. Ziegen sollen frei sein.

Abg. **Richter** (Meißen) beantragt den Zoll für Ochsen auf 25 ℳ pro Stück zu erhöhen und als Jungvieh Thiere bis zu 2½ Jahren gelten zu lassen.

Abg. **Staudy** will Schweine mit 4 ℳ und Spanferkel unter 10 Kilogr. mit 1 ℳ verzollen.

Abg. Dr. **Wachs**: In weite Landstriche von Oldenburg und Schleswig-Holstein wird im Frühjahr mageres Vieh in großen Quantitäten eingeführt und später, nach dem es fett gemacht worden, wieder nach dem Ursprungslande ausgeführt. Nun hat die englische Regierung angeblich zur Abwehr der Rinderpest und ähnlichen Seuchen vor einiger Zeit ein Gesetz erlassen, wonach alles Vieh vom Kontinent mit Ausnahme von Dänemark nicht mehr auf den Londoner Markt gebracht werden darf, sondern an einem bestimmten Küstenplatz ausgeschifft und dort sogleich geschlachtet werden muß. Unter dieser Anordnung hat der deutsche Export von fettem Vieh erheblich gelitten und alle Versuche der Interessenten, sich andere Marktorte zu öffnen oder die englische Regierung zur Aufhebung dieser Maßregel zu veranlassen, sind erfolglos geblieben. Sie haben nur erreichen können, daß statt eines Küstenplatzes deren mehrere freigegeben sind und daß die Frist, innerhalb deren das Vieh geschlachtet werden muß, verlängert worden ist. In den betheiligten Kreisen, die sich den englischen Markt unter allen Umständen sichern müssen, sieht man mit Besorgniß dem projektirten Eingangszoll auf Vieh entgegen, weil er den Schaden, den sie gegenwärtig bereits erleiden, noch erhöhen würde. Nun verlautet, daß in der Kommission des Bundesraths die Ansicht ausgesprochen worden ist, daß der von mir geschilderte Import von magerem und Export von fettem Vieh unter den Begriff des Veredelungsverkehrs falle. Es würde den betheiligten Kreisen eine Aeußerung vom Regierungstische darüber, ob diese Auffassung zutreffend ist, sehr erwünscht sein.

Reg.-Kommissar Geh. Rath **Tiedemann** kann konstatiren, daß in der Kommission und bei den späteren Berathungen im Bundesrath ein Zweifel darüber von keiner Seite angeregt worden sei, daß die von dem Abg. Wachs ausgesprochene Annahme zutreffe. Ob der Bundesrath künftig einen entsprechenden Beschluß fassen werde, könne er nicht sagen.

Abg. v. **Simpson-Georgenburg**: Meine Herren, unter Nr. 182 liegt Ihnen ein Antrag dahingehend vor, den Zollsatz für Pferde von 10 auf 20 ℳ zu erhöhen, während der Zollsatz für Esel, Maulesel zum vorgeschlagenen Satze des Zolltarifs bleiben soll. Meine Herren, die Wichtigkeit der Pferdezucht in Ostpreußen für Preußen, für Deutschland, für die Reichsarmee ist bekannt. Von 6803 Pferden für die Reichsarmee kaufen 6 preußische Militairkommissionen 4389 Pferde in der Provinz Ost- und Westpreußen, — früher waren ja die Provinzen nicht getheilt, man konnte also damals nur von der Provinz Preußen — jetzt aber zum weitaus größten Theile in der Provinz Ostpreußen. So war es 1878. Außer den preußischen Remonteankaufskommissionen bezieht die königlich bairische Regierung jährlich 6 bis 800 Pferde für Armeezwecke aus der Provinz Ostpreußen. Die königlich sächsische Regierung bezieht durch Händler den größten Theil ihrer Pferde für Kavallerie und Artillerie aus Ostpreußen. Diesen Thatsachen gegenüber tritt die auffällige Erscheinung ein, daß in der Provinz Preußen qualitativ die Pferdezucht fortschreitet, quantitativ im stetigen Sinken sich seit einer Reihe von Jahren befindet. Meine Herren, den qualitativen Fortschritt kann ich nicht anders nachweisen, als durch die von Jahr zu Jahr zunehmende Zahl zur Vorstellung gelangender brauchbarer Pferde für die Armee. Die Berichte, welche darüber von der Remonte-Ankaufskommission an das königlich preußische Kriegsministerium gemacht werden, weisen diesen konsequenten Fortschritt nach, während in quantitativer Rücksicht die Zahlen, die in größeren Perioden mir nur zu Gebote stehen, das stetige Sinken absolut nachweisen. Meine Herren, in dem Werke von Meitzen „Boden und landwirthschaftliche Verhältnisse des preußischen Staats", Band 4, Liste g, beträgt der Bestand in Ostpreußen im Jahre 1864 381,137 Stück, im Jahre 1873, und zwar im Januar, die Ziffer 350,478, mithin in der Provinz Preußen weniger 30,659 Pferde. In dem gleichen Zeitraum ist nun der Pferdebestand in den anderen älteren Provinzen nur um ein sehr Geringes gefallen, theilweise gestiegen. So in Pommern beispielsweise ist in demselben Zeitraum der Pferdebestand von 178,677 auf 177,559 gefallen, in Westfalen von 125,570 auf 118,073, dagegen in den übrigen Provinzen zum Theil sehr erheblich gestiegen, ja in Schlesien um ca. 20,000 Stück. Wenn man nun die Zeitperiode von 1873 bis jetzt genau ins Auge faßt, so geben mehrfache Betrachtungen den Beweis, daß das Sinken der Zahl zwischen 1864 und 1873 in der Provinz Preußen stetig geblieben ist. Es ist diese Erscheinung um so auffallender, als gerade die Provinz Preußen und besonders Ostpreußen ihrer Natur und der Tradition nach auf die Zucht des Militairpferdes angewiesen ist. Meiner Auffassung nach liegen die Momente dieses Sinkens der Pferdezucht in der Provinz Preußen in Folgendem: Zunächst ist in der That im großen Allgemeinen in Deutschland der Hang und die Liebhaberei für das schwere Pferd kalten Blutes — meiner unvorgreiflichen Auffassung nach — über das Maß der Gerechtigkeit hinausgestiegen. Es werden schwere Pferde auf Böden eingeführt, auf denen das harte, genügsamere ostpreußische Pferd noch vollkommen die Arbeit leistet, bei besserer Futterverwerthung, und diese Liebhaberei und Vorliebe für schwere Pferde hat ja auch in leitenden Kreisen ihre Vertreter und Vertheidiger. Diese Vertheidigung liegt in der Natur selbst, besonders darin, daß mit den Thieren kalten Blutes leichter umzugehen ist und die Behandlung dieser schweren Pferde in der That für die Arbeit eine Erleichterung ist. So viel muß ich zugeben. Dagegen bei jedem Parallelversuche, der ja wiederholt gemacht ist auf leichteren Böden, ist die Futterverwerthung und damit die Leistung zu Gunsten des ostpreußischen Pferdes entschieden. — Meine Herren, es kommt noch ein Punkt, den ich Ihnen vorführen muß, der entschieden darauf influirt hat, daß die Zucht in Preußen zurückgeht. Es werden, wie ich bereits die Ehre hatte, zu sagen, über 4000 Pferde in der Provinz Preußen für die Armee gekauft. Sieht man sich nun die Durchschnittspreise, die nach den amtlichen Angaben des königlichen Kriegsministeriums zu meiner Kenntniß gekommen sind, an, so finden Sie, daß der durchschnittliche Preis eines Remonte-Pferdes 1877 im ganzen Lande 663 ℳ 13 ₰ beträgt. Von den beiden Kommissionen, die in Ostpreußen kaufen, hat die eine einen Durchschnittspreis von 657 ℳ 96 ₰, die andere 631 ℳ 86 ₰, also weniger als den Durchschnittspreis sämmtlicher Ankaufspreise, die in Deutschland gezahlt worden sind. Alle übrigen Kommissionen in den andern Provinzen und Ländern Deutschlands zahlten über den Durchschnittspreis; in Hannover und Westfalen beispielsweise pro Pferd 786 ℳ 32 ₰ Erwägt man nun, meine Herren, daß in der Quote, die die Provinz Preußen für die vaterländische Armee liefert, die sämmtlichen Pferde für alle Garde-Kavallerie-Regimenter enthalten sind, für die ganze Garde-Artillerie und wenn man dann wohl annehmen darf, daß diese Regimenter die besten Pferde bekommen, die überhaupt angekauft werden, so tritt das Mißverhältniß der gezahlten Preise in den einzelnen Provinzen deutlicher hervor. Erlauben Sie mir dieses Moment Ihnen noch ein klein wenig weiter auszuführen. In diesen preußischen Pferden sind auch die Chargenpferde, Dienstpferde für die Herren Offiziere bei der Gardekavallerie einbegriffen. Ich habe noch vor Kurzem die Aeußerung des Kommandeurs eines Garde-Kavallerieregiments in Potsdam gehört, daß in seinem Offizierkorps, in welchem sich sehr reiche Leute befinden, die jeden Preis für ein gutes Pferd im Auslande, in England anlegen, trotz alledem nach seiner Ueberzeugung nicht besser beritten sind, als die Herren Offiziere auf ihren Chargenpferden. Verfolgen Sie nun einmal die Laufbahn eines solchen Chargenpferdes, so sehen Sie, daß es im Werthe oft auf das Doppelte, Dreifache, auch das Vierfache, ja zu den höchsten Bestimmungen eines Reitpferdes hinaufsteigt, d. h. zu der für den Leibreitstall Sr. Majestät des Kaisers. Es liegt eine ganze Zahl solcher Fälle vor, daß frühere Chargenpferde in den kaiserlichen Marstall übergegangen sind. Meine Herren, es ist nicht zu leugnen, daß auch die Ausfuhrverbote, die ja ihre Nothwendigkeit gewiß hatten, einen wesentlichen Einfluß geübt haben auf die Reduktion der Pferdezucht der Provinz Preußen. In demselben Moment, in dem der Absatz für die Pferde produzirenden Provinzen schwerer wird und die Preise fallen, in demselben Moment fallen für die importirenden Provinzen und Gegenden die Pferdepreise, und es würde nach meiner Ueberzeugung ein kleiner Ausgleich für die Pferde produzirenden Gegenden sein, wenn der hohe Reichstag beschließen wollte, den Zollsatz nun mindestens auf 20 ℳ festzusetzen. Ein weiteres Moment, was, wie ich glaube, auch noch ganz entschieden darauf hinwirkt, ist die Ueberfluthung von geringwerthigen Pferden aus dem Auslande. Meine Herren, vom Jahre 1878 sind statistische Nachweisungen gegeben worden, die beweisen, daß über die Grenze von Rußland und Oesterreich minderwerthige Pferde 20,000 Stück mehr über die Grenze gekommen sind, als im Jahre vorher. Die Gesammteinfuhr im Jahre 1878 betrug 65,965 Stück, die Ausfuhr in dem gleichen Zeitraum dagegen 45,258; von Rußland wurden herübergeführt 12,387, ausgeführt nach Rußland 132, während von Oesterreich eingeführt wurden 10,035 Pferde und ausgeführt nach Oesterreich 1612. Die Einfuhr, namentlich von russischen Pferden, die zunächst in die Provinz Preußen hinströmen, ist in der Qualität, in der sie jetzt in die Provinz hineingekommen, für Militairzwecke nicht brauchbar, sie hat aber den Effekt, daß sie die Zucht in der Provinz zurückdrängt und die Konsumenten veranlaßt, die schlechteren Pferde zu kaufen, die oft zu unglaublichen Preisen dort an der Grenze verschleudert werden. Es möchte in dieser Beziehung in einem Zoll von 20 ℳ bereits nach meiner Meinung eine Schutzwehr gegen die Einfuhr der schlechtesten Qualitäten der Pferde zu erkennen sein. Nun, meine Herren, nehmen Sie ferner die Thatsache, daß viele Pferde aus Dänemark, Belgien, Frankreich und England zu Zwecken der Ackerarbeit zu Preisen von 1000 bis 1500 ℳ per Stück eingeführt werden. Bei solchen Werthen dürfte ein Zoll von 20 ℳ per Stück nicht zu hoch erscheinen. Ich möchte Sie hiernach dringend bitten, meinem Antrage Ihre Zustimmung zu ertheilen und damit der Zucht, die ja im Wesentlichen die Unabhängigkeit und Trefflichkeit unserer vaterländischen Kavallerie garantirt, Raum und Sicherheit zu gewähren; ich bitte Sie, nehmen Sie meinen Antrag an. (Beifall rechts.)

Abg. **Richter** (Hagen): Der Herr Reichskanzler stellte neulich die Viehzölle besonders als Ausgleich für eine Ueberlastung des platten Landes in Preußen dar. Wie verhält es sich aber in Wirklichkeit? Seit 1867, der Annexion haben sich die direkten Steuern in Preußen um 21 Millionen Mark vermehrt, aber diese Vermehrung ist ausschließlich auf die Städte gefallen. Das platte Land zahlt bei einer Bevölkerungszunahme um eine halbe Million relativ und absolut heute weniger Steuern als 1867. Die Grundsteuer ist gleichgeblieben, die Gebäudesteuer in den Städten weit stärker als auf dem Lande gestiegen, das platte Land zahlt gegen 1867 weniger Gewerbesteuer und 4½ Millionen Mark weniger Klassen- und Einkommensteuer; die Städte 7 Millionen Mark mehr. Alle Steuerreformen in Preußen seit 1867, insbesondere der Klassensteuererlaß von 9 Millionen Mark aus dem Jahre 1873 sind, wie amtlich konstatirt wurde, fast ausschließlich dem platten Lande zu Gute gekommen. Die Staatssteuern des platten Landes haben sich seit 1867 vermindert, die Zuwendungen für das platte Land aus Staatsfonds dagegen stark erhöht. Die Vorstellungen von Benachtheiligungen des platten Landes und die Bewegung der Agrarier haben ihren Ursprung in Hinterpommern, dort hat auch der Herr Reichskanzler während seines längeren Aufenthalts sich solche Vorstellungen angeeignet. Nun bezahlt der ganze Regierungsbezirk Köslin nur 1,800,000 ℳ direkter Staatssteuern, weniger noch als 1867. Wir würden uns sehr gut stehen, wenn wir den Hinterpommern alle Staatssteuern erließen und sie mit einem festen Zuschuß für sich selbst sorgen ließen. Man hüte sich in der Gegenüberstellung von Land und Stadt Rechnungen zu provoziren, sie würden zum geraden Gegentheil von dem führen, was man beabsichtigt. Was nun die Viehzölle anbetrifft, so erklärt sich die geringe Abnahme beim Rindvieh nach Verhältniß der Bevölkerung bei der Zählung von 1873 daraus, daß jene Zählung am 10. Januar, wo die Schlachtperiode schon weiter vorgeschritten ist und nicht wie die früheren Zählungen am 3. Dezember stattfand. Auch der Bericht des landwirthschaftlichen Ministers über die Jahre 1875—77 konstatirt eine bemerkenswerthe Ausdehnung der Rindviehzucht. Nur im Jahre 1877 haben wir mehr Rindvieh eingeführt als ausgeführt. Bereits 1878 hatten wir wieder eine Mehrausfuhr. Die Einfuhr aus Oesterreich, auf welche die Motive hinweisen, war bereits 1878 wieder auf die Hälfte gesunken, sie mußte 1877 größer sein, weil in diesem Jahre die Rinderpest uns große Verluste an Beständen zugeführt. Die Viehpreise standen gerade 1877 bei uns sehr hoch. Ueberhaupt sind die Rindfleischpreise fortgesetzt gestiegen. Ein Viertel der gesammten Ochseneinfuhr kommt nach Schleswig-Holstein, das ist alles Magervieh, was dort gemästet und nach England verkauft wird. Die Erklärung des Regierungskommissars, daß man dies als Veredelungsverkehr betrachten wolle, kann Schleswig-Holstein nicht beruhigen. Der Versuch ist bereits 1864 gemacht worden, mußte aber, da die Identität für die Rückzahlung bei der Ausfuhr nicht kontrollirt werden konnte, aufgegeben werden; wie vordem unter Dänemark, so hat auch nachher auf dieser Grenze immer Zollfreiheit für Vieheinfuhr bestanden, trotzdem wir an den übrigen Grenzen bis 1870 noch Viehzölle besaßen. Die Vieheinfuhr, soweit sie direkt den Konsumenten angeht, interessirt einzelne hochindustrielle Gegenden, welche dieselbe nicht entbehren können. In den Industriebezirken am Niederrhein und der Grafschaft Mark kommt die einheimische Rindviehzucht dem großen Bedarf gegenüber gar nicht in Betracht. Im ganzen Kreise Hagen zählte man 1873 130 Ochsen, im Kreise Iserlohn nur 73, fortgesetzt müssen Extrazüge nach Düsseldorf, nach Köln von Mainz nach Magdeburg Vieh zuführen. Trotzdem bleiben, wie aus den Berichten des landwirthschaftlichen Ministers hervorgeht, die Preise sehr hoch. Bei einer Sperre gegen Holland sind Arbeitsochsen oft gar nicht zu bezahlen. Der internationalen Fleischversorgung stehen größere technische und kommerzielle Schwierigkeiten schon an sich entgegen als der kosmopolitischen Brodversorgung. Die Vermehrung der Bevölkerung an sich, der größere Anspruch des Einzelnen auf Fleischnahrung, der Rückgang der Viehzucht in den industriellen Bezirken schaffen eine Nachfrage, der die landwirthschaftlichen Bezirke trotz größerer Intensität des Betriebes und Zunahme der Viehzucht für alle Gegenden ohne Bezugnahme auf das Ausland nicht genügen können. Abg. Loewe hat im Jahre 1870 bei Aufhebung der Viehzölle ausgeführt, daß wichtiger noch als Zölle auf Instrumente und Eisenzölle billige Nahrungsmittel seien, weil diese Muskeln und Nerven erst die Kraft schaffen, die Instrumente entsprechend zu handhaben. Herr Loewe findet sich für seinen jetzt entgegengesetzten Standpunkt damit ab, die Viehzölle als eine Art von Kontrollgebühr gegen die Rinderpest zu betrachten, aber wer etwas zur Kontrolle bringen will, hüte sich, Kosten darauf zu setzen, weil dies gerade eine Prämie ist, um sich der Kontrolle zu entziehen. Die Industriebezirke können schon deshalb nicht allein vom Inland kaufen, weil das Inland, speziell Schleswig-Holstein es vorzieht, seinen Viehüberschuß nach England zu verkaufen, weil die Engländer dafür höhere Preise bezahlen können als Rheinland und Westfalen. Wenn jene möglichst theuer verkaufen wollen, müssen wir auch vom Auslande möglichst billig kaufen können, anderenfalls müssen den Einfuhrzöllen Ausfuhrzölle entsprechen, damit, im nationalen Sinne, die Konsumenten in die Lage kommen, das nationale Vieh selber zu verzehren. (Heiterkeit.) Ich schließe mit einem Ausspruch des Abg. Friedenthal aus dem Zollparlament 1869. Er sagte bei Gelegenheit der Reichszollfrage: die Landwirthschaft habe nur ein Hauptinteresse, die gute und völlige Ernährung aller Bevölkerungsklassen, für ihn sei die erste wirthschaftliche Nothwendigkeit die Befreiung aller Lebensmittel von allen Erschwerungen der Gesetze." (Beifall)

Regierungskommissar Geh. Rath **Tiedemann**: Ich kann dem Vorredner nicht auf das Gebiet folgen, das er im ersten Theil seiner Rede berührt hat, einmal weil das nicht zu dieser Position gehört, und dann, weil ich auf die Widerlegung so detaillirter Zahlen jetzt nicht eingehen kann. Was den zweiten Theil seiner Rede betrifft, so geben die Motive selbst zu, daß die Vergleichung der Zahlen des deutschen Viehstandes in den Jahren 1864 und 1873 nur relativ zuverlässig ist, denn 1864 wurden nur in einzelnen Theilen Deutschlands und da nicht am gleichen Tage Erhebungen über den Viehstand gemacht. Das war aber wohl am 3. Dezember 1867 und am 10. Januar 1873 der Fall. Die Vergleichung dieser beiden Erhebungen giebt folgendes Resultat. 1873 haben sich die Pferde vermindert in Preußen um 76,900, in Baiern um 26,500, in Württemberg um 7327, nur Sachsen zeigt eine Zunahme von 2792 Stück. Die Schafe hatten abgenommen in Preußen um 2,600,000, in Baiern um 698,000, in Sachsen um 78,000. Die Schweine hatten abgenommen in Preußen um 536,000 und in Baiern um 120,000 Stück. Dagegen zeigte das Rindvieh eine Zunahme in Preußen um 615,000, in Sachsen um 22,000 Stück, Württemberg zeigte eine Verminderung um 28,000 und Baiern um 96,000 Stück. Ich entnehme diese Zahlen dem landwirthschaftlichen Kalender des Geh. Raths Thiel und dem Werke des Professors Wandel: „Depekoration". Vergleichen wir mit Deutschland andere Staaten, so zeigt Rußland in den Jahren 1866—1870 eine Vermehrung des Rindviehs um 1,700,000 und der Schafe um 4,300,000 Stück. In Amerika hat sich das Rindvieh in 10 Jahren um 7,000,000 Stück vermehrt; auch Ungarn zeigt eine erhebliche Vermehrung seines Viehbestandes. Der schlechte Stand der deutschen Viehzucht in dieser Vergleichung hat neben anderen Ursachen wohl hauptsächlich die, daß die Viehproduktion seit Aufhebung der Viehzölle gegenüber der großen Einfuhr in diesem wichtigsten animalischen Produkt nicht mehr lohnend ist. Auch in England, wo sich in einem Jahre das Rindvieh um 118,249 Stück vermindert hat, ist man zu ähnlichen Erwägungen gekommen. Wir haben auch alle Ursache, uns in diesem wichtigen Nahrungsmittel vom Auslande unabhängig zu machen. Gegen den Antrag des Abg. Richter (Meißen), der die Altersgrenze des Jungviehs auf 2½ Jahre festsetzt, muß ich mich entschieden erklären, da er wohl den Viehein- und verkauf befördert, dagegen die Viehproduktion, worauf es uns hauptsächlich ankommt, beeinträchtigt. Die Vertheuerung des Fleisches durch diesen Zoll wird sich nur auf die besseren Qualitäten und Stücke, die von den begüterten Ständen und Restaurants gebraucht werden, erstrecken, nicht aber auf das billige Suppenfleisch. Wenn wir unseren Getreidebau durch Urbarmachung größerer Landstrecken im Verhältniß zu unserer Bevölkerung vermehren wollen, so können wir das nur durch natürlichen Dünger, der nur durch eine vermehrte Viehzucht zu gewinnen ist. Ich bitte Sie deshalb, die Vorschläge der Regierungen anzunehmen.

Nach dem Schluß der Debatte bemerkt der Abg. **Friedenthal** (persönlich), seine vom Abg. Richter zitirte Aeußerung zu den Reiszöllen vom Jahre 1869 könne er im Zusammenhange hier nicht erörtern. Dagegen könne dieselbe nicht auf seine heutige Stellung zu den Viehzöllen bezogen werden. Er habe bei Gelegenheit des österreichischen Handelsvertrages im Zollparlament im Jahre 1868 als eine Voraussetzung der Ermäßigung der Viehzölle betont, daß wirksame Maßregeln gegen die Einschleppung der Rinderpest vom Ausland getroffen werden mußten. Da diese thatsächliche Voraussetzung nicht eingetreten sei, so sei selbst nach freihändlerischen Grundsätzen ein Zoll geboten.

Abg. **Richter** (Hagen): Die Aeußerung des Vorredners bestätigt, daß er die angeführte Rede gehalten, als mit dem Reiszoll die Abschaffung der Viehzölle in Frage stand. Mit allen Maßregeln gegen die Rinderpest, auch an der Grenze, sind die Freihändler damals, wie heute, einverstanden. Ich habe gerade dargelegt, daß Viehzölle als Prämien auf den Schmuggel die Grenzkontrolle gegen die Rinderpest nicht erleichtern, sondern erschweren.

Abg. Dr. **Friedenthal**: Die drei großen Invasionen, welche die Sperrung des westlichen Marktes herbeiführten, fallen in die Zeit nach 1870.

Sämmtliche Anträge mit Ausnahme desjenigen des Abg. Richter (Meißen), welcher die Altersgrenze für Jungvieh bestimmt, werden **abgelehnt** und mit dieser Modifikation die Regierungsvorlage **angenommen**.

Um 4½ Uhr vertagt sich das Haus bis **Freitag** 12 Uhr.

Ueber Gesundheitspflege.

Des Leibes Gesundheit ist das höchste Gut auf Erden und kein Mittel ist zu theuer, um sich damit Linderung und Heilung zu verschaffen, wenn es sich nur als reell und nützlich bethätigt. Allein das Theure bedingt nicht die Heilkraft und Wirkung des Mittels, sondern die Richtigkeit der Ingredienzien, die Dosirung und rechtzeitige Anwendung desselben und ein einfaches aber erprobtes, billiges Mittel erweist sich weit nützlicher und besser, als alle für theures Geld angepriesenen Wunder-Arzneien. Die als vortrefflich bekannten **Apotheker Richard Brandt's Schweizer Pillen**, deren Hauptbestandtheile Extrakte aus den feinsten Alpenkräutern, sind unstreitig das billigste und zuverlässigste Mittel bei Blähungen, Magenbeschwerden, Anschoppungen in den Gedärmen, Gallen- und Leberleiden, insbesondere bei Hartleibigkeit und dem damit verknüpften Gefühl des Voll- und Dickseins. Zwei bis drei Pillen genügen schon, eine gewünschte Erleichterung herbeizuführen und sind diese durchaus unschädlichen **Apotheker Richard Brandt's Schweizer Pillen pro Schachtel 35 Pfennige** in den Apotheken zu haben. Wegen der Bezugsquellen sehe man die heutige Annonce. 7564

Apollinaris
NATÜRLICH
KOHLENS. MINERAL-WASSER.
Apollinaris-Brunnen, Ahrthal, Rh.-Preussen
Gen.-Stabsarzt K. Univ.-Prof. Dr. v. Nussbaum, München: *"Äusserst erquickendes und auch nützliches Getränk, weshalb ich es bestens empfehlen kann."*
Geh. Med.-Rath Prof. Dr. Virchow, Berlin: *"Sein angenehmer Geschmack und sein hoher Gehalt an reiner Kohlensäure zeichnen es vor den anderen ähnlichen zum Versandt kommenden Mineralwassern vortheilhaft aus. 24. Dezember 1878."*
Geh. Med.-Rath Prof. Dr. F. W. Beneke, Marburg: *"Eins der erfrischendsten Getränke und sein Gebrauch, insonderheit bei Schwäche der Magenverdauung, sehr empfehlenswerth. 23. März 1879."*
Käuflich bei allen Mineralwasser-Händlern, Apothekern etc. und waggonweise zu beziehen von den General-Agenten.
Die Apollinaris Company Limited
Zweig-Comptoir Remagen a. Rhein. 6542

Der am 5. Juli cr., Abends 9½ Uhr, auf dem Dresdener Bahnhof (Berlin) abgehende Stangen'sche Extrazug wird am 6. Juli d. J., vor 10 Uhr, in Frankfurt a. M. eintreffen und somit alle Anschlüsse erreichen. Carl Stangen's Reise-Bureau.

Inserate.

Bekanntmachung.

Abseiten des Niedergerichts der freien Stadt Hamburg ist auf Antrag von **Gustav Jebsen** das gesetzliche Mortifikationsverfahren über nachstehende, ihm angeblich durch Diebstahl abhanden gekommene Obligationen der Hamburgischen Staats-Prämien-Anleihe von 1846 ℳ 100 —

Serie 131.	411.	452.	545.	676.
Nr. 6519.	20548.	22578/79.	27225.	33774.
1164.	1180.	1390.	1496.	1612.
58168/69.	58989.	69454.	74796.	80597.
1674.	1752.	1762.	1820.	
83691.	87564.	88088.	90993.	

eingeleitet und die vorläufige Zahlungssuspension bei der Finanz-Deputation verfügt worden, was hierdurch bekannt gemacht wird. 7550

Hamburg den 14. October 1878.

Oskar Goßler, Dr.
Actuar.

Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn.

An **allen Sonn- und Festtagen** werden bis auf Weiteres

Extrazüge

von Berlin nach Steglitz, Schlachtensee, Wannsee, Potsdam, Wildpark und Werder und zurück von Werder, Potsdam, Wannsee, Schlachtensee und Steglitz **nach Berlin** befördert. 6717

Die Abfahrtszeiten ergeben die Plakate an den Litfaßsäulen und die Anschläge auf den Stationen.

Berlin, den 13. Mai 1879.

Das Direktorium.

Dampfschifffahrt

von **Emden** nach dem Nordseebade **Norderney täglich** in ca. 4 Stunden; nach **Borkum** fast **täglich** in 2½—3 Stunden. Von und nach **Leer** via **Emden** ca. 2 Mal wöchentlich (Fahrzeit zwischen Leer und Emden 3 Stunden). Retourbillets auf allen 3 Emsdampfern gültig. **Billigste und kürzeste Verbindungen.** Fahrpläne gratis bei **W. G. Mattheessen** und **C. Dantziger** in **Emden**; **H. Grebe** in **Leer**. 7084

Im Verlage von **Bernhard Wehberg** in **Osnabrück** ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Des Reiches Noth und der neue Kulturkampf

von 7555

Otto Glagau.

gr. 8°. 288 Seiten eleg. geheftet 4 ℳ

Franco-Zusendung gegen Einsendung des Betrages.

Dieses ebenso inhaltreiche wie glänzend geschriebene Buch giebt u. A. eine Geschichte der Gründerprozesse und der sogenannten „Verläumdungsaera", eine Kritik der Gesetzgebungen seit 1867 — insbesondere höchst interessante Enthüllungen über die Münz- und Bankverfassung (**Goldwährung, Prägefreiheit** und **Notenfreiheit**), und liefert wichtige Beiträge zur brennenden **Judenfrage.**

Verlag von J. Guttentag (D. Collin) in Berlin.
(Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.)

Strafgesetzbuch für das **Deutsche Reich**
nebst den gebräuchlichsten Reichsstrafgesetzen.
Text-Ausgabe mit Anmerkungen
von
H. Rüdorff.
Zehnte Auflage.
Taschen-Format. Cartonnirt 1 Mark.

Diese neue zehnte Auflage, womit nunmehr diese so allgemein bekannte und beliebte Taschenausgabe des Strafgesetzbuches in **100,000 Exemplaren** verbreitet ist, unterscheidet sich von den anderen Ausgaben hauptsächlich dadurch, daß dieselbe in Uebereinstimmung mit den neuen deutschen Prozeßordnungen bearbeitet, daß bei jedem Paragraphen das zuständige Gericht bezeichnet, daß die gebräuchlichsten Reichsstrafgesetze mitgetheilt und daß die Entscheidungen der Gerichtshöfe berücksichtigt sind.

Die Thätigkeit der Polizei
in Strafsachen,
auf Grund der Reichs-Justiz-Gesetze und des Preußischen Landesrechts
für Bürgermeister, Amtsvorsteher, Gutsvorsteher, Gemeindevorsteher u. andere **Polizeibeamte** dargestellt
von
Genzmer, 7560
Staatsanwaltsgehülfe.
Taschen-Format. Cartonnirt 40 Pf.

Für die Verunglückten in Szegedin sind bei den Unterzeichneten ferner eingegangen: Einige junge Mädchen ℳ 15. Vorstand des Neuen Bürgervereins zu Wittenberge ℳ 20,15. L. C. ℳ 2. Amt Steinbusen ℳ 26,45. W. Walther, Friedland ℳ 30,50. Kämmereikasse Beuthen ℳ 118,15. Sammlung der Magdeburger Zeitung ℳ 1414,19. Sammlung des Westhavelländischen Kreisblattes in Rathenow ℳ 115,75. A. Vogel, Naumburg a./S. ℳ 486,25. Summa ℳ 2228,44. — Die Sammlung ist nunmehr hiermit geschlossen, und ist die Gesammtsumme der eingelaufenen Beträge ℳ 25,655,01 und fl. 102,10 ö. W.

Berlin, den 23. Juni 1879. 7561

A. von Hansemann. G. von Bleichröder.